



Beschluss-Protokoll

der 8. bis 10. Sitzung, Amtsjahr 2021-2022

Mittwoch, den 17. März 2021, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20.00 Uhr.

Vorsitz: *David Jenny, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin

Abwesende:

17. März 2021, 09:00 Uhr *Lea Wirz (GAB), Michelle Lachenmeier (GAB).*

8. Sitzung

17. März 2021, 15:00 Uhr *Lea Wirz (GAB), Michelle Lachenmeier (GAB).*

9. Sitzung

17. März 2021, 20:00 Uhr *Lea Wirz (GAB), Michelle Lachenmeier (GAB).*

10. Sitzung

Verhandlungsgegenstände:

	Mitteilungen	4
68.	Motion 4 Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Härtefall-Klausel für Corona-verursachte Arbeitslosigkeit	4
17.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität	5
18.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Areal Nauentor. Zonenänderung, Wohnanteiländerung, Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 109, Änderung des Bebauungsplans Nr. 160, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Änderung der Bau- und Strassenlinien im Bereich Gartenstrasse, Nauenstrasse, Peter Merian-Strasse, Peter Merian-Brücke, Hochstrasse, Solothurnerstrasse, Meret Oppenheim-Strasse, Bahnhof Basel SBB (Areal Nauentor)	5
19.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Papiermühle für die Jahre 2021–2024	10
20.	Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 2019/2020, inklusive Bericht der Schweizer Delegationen des Districtsrats und des Oberrheinrats zur Kooperation im Trinationalen Eurodistrict Basel und in der Oberrheinregion	12
23.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz) sowie zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Vereinfachung bei der Berechnung der Grundstückgewinnsteuer	13
21.	Ratschlag zur Bereinigung Gesetzessammlung Basel-Stadt (Tranche 2020)	14
22.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag an die Stiftung Wildt'sches Haus am Petersplatz für die Jahre 2021-2024	17
24.	"Bericht der Petitionskommission zur Petition P422 "Bäume pflanzen – JETZT!" PetKo	17

	20.5408.02 PET 25. Bericht der Petitionskommission zur Petition P424 "Weiterführung des Betriebs der Kindertankstelle Oekolampad während der Wintermonate 2020/21"	
25.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P424 "Weiterführung des Betriebs der Kindertankstelle Oekolampad während der Wintermonate 2020/21"	18
27.	Motionen 1 bis 3	18
	1. Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Corona-Bonus für das Gesundheitspersonal während der COVID-19-Pandemie	18
	2. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Basel wächst grün	19
	3. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Marktgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB §20 Abs. 2	20
28.	Anzüge 1 bis 8	20
	1. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Koordination des vorhandenen Parkraums in den bestehenden öffentlichen Parkhäusern	20
	2. Anzug Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Förderung des Ausbaus von 5G	20
	3. Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend Aufstockung der Petitionskommission auf 13 Sitze	21
	4. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend behindertengerechte und kleinkinderfreundliche Gestaltung des Rheinuferwegs	21
	5. Anzug Patrick Hafner betreffend Begegnungszone vor Rathaus	22
	6. Anzug Patrick Hafner betreffend kundenfreundliche Steuerverwaltung	22
	7. Anzug Patrick Hafner betreffend Optimierung von Anwohnerinformationen	22
	8. Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend Anlaufstelle sexuelle Gesundheit	22
29.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Ausschilderung und Signalisierung von Pendler- und Basisrouten gemäss dem Teilrichtplan Velo	23
30.	Bericht des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat	24
31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Teilverglasung der Dreirosenbrücke	25
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öffentliches Veloverleihsystem	25
33.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Esther Keller und Konsorten betreffend Erhöhung der Velofreundlichkeit der Basler Innenstadt	25
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Werbung auf BVB-Trams und Bussen	26
35.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Reinhard und Konsorten betreffend autofreie Sonntage auf der Wettsteinbrücke für eine lebendige Innenstadt Basel	27
36.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christophe Haller und Konsorten betreffend bessere verkehrstechnische Erschliessung des Grossraums Basel – Jura	27
37.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 130 Michelle Lachenmeier betreffend Umgestaltung der Rhein-Promenade	27
38.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 134 René Häfliger betreffend Steuergelder für aussichtslose Verfahren	27
39.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 136 Michael Hug betreffend Gastronomie unterstützen in der kalten Jahreszeit	28
40.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 151 Beat Leuthardt betreffend Stau statt ÖV-Priorität an der äusseren Neuweilerstrasse	28
41.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 153 Stefan Wittlin betreffend neue Pressabfallkübel	28
42.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Christian Griss und Konsorten betreffend rauchfreie öffentliche Spielplätze	29
43.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Wiedereinführung der Doppelhaltestelle Zoo Dorenbach	30

44.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 1 Jérôme Thiriet betreffend Schneeräumung auf Velowegen und Trottoirs	31
45.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 9 Beat Leuthardt betreffend rechtlich mangelhafte, weil eine Grossratsmotion verletzende «Absichtserklärung»	31
46.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 15 Harald Friedl betreffend Nichtbeantwortung von Fragen von 400 Quartierbewohnern aus einer „Informationsveranstaltung“ zum geplanten Parking unter der Tschudimatte	31
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	33
	Anhang C: Neue Vorstösse	63

Beginn der 8. Sitzung

Mittwoch, 17. März 2021, 09:00 Uhr

Mitteilungen

[17.03.21 08:59:44, MGT]

David Jenny, Grossratspräsident: Informationsanlass der Finanzkontrolle

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass heute Abend um 18:15 Uhr im Raum Sydney ein Informationsanlass der Finanzkontrolle stattfindet. Dabei stellt Daniel Dubois, der Leiter der Finanzkontrolle, den neuen und auch interessierten bestehenden Mitgliedern des Grossen Rates die Arbeit der Finanzkontrolle vor.

Aus meiner Sicht wäre dies ein idealer Anlass, um die Wartezeit bis zur Nachtsitzung zu überbrücken. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

68. Motion 4 Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Härtefall-Klausel für Corona-verursachte Arbeitslosigkeit

[17.03.21 09:01:44]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Erich Bucher (FDP); Beda Baumgartner (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *André Auderset (LDP); Beda Baumgartner (SP)*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

David Jenny, Grossratspräsident: ruft Eric Weber zur Ordnung auf und fordert ihn auf zur Sache zu sprechen.

Voten: *Jérôme Thiriet (GAB); David Wüest-Rudin (GLP); RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU; Eric Weber (fraktionslos); Toya Krummenacher (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 JA

46 NEIN

4 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 21.5107 ist erledigt.

17. Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität

[17.03.21 09:36:39, UVEK, BVD, 20.1629.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 7'125'000 zu bewilligen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; Jean-Luc Perret (SP); Luca Urgese (FDP); Eric Weber (fraktionslos); Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Umsetzung von Programmzielen im Bereich Naturschutz mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs wird für die Programmperiode 2020–2024 die einmaligen Ausgaben von insgesamt Fr. 7'125'000 (brutto) zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

18. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Areal Nauentor. Zonenänderung, Wohnanteiländerung, Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 109, Änderung des Bebauungsplans Nr. 160, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Änderung der Bau- und Strassenlinien im Bereich Gartenstrasse, Nauenstrasse, Peter Merian-Strasse, Peter Merian-Brücke, Hochstrasse, Solothurnerstrasse, Meret Oppenheim-Strasse, Bahnhof Basel SBB (Areal Nauentor)

[17.03.21 09:50:10, BRK, BVD, 20.0023.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Stefan Wittlin (SP); Beatrice Isler (die Mitte/EVP)*

Tonja Zürcher (GAB): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Andreas Zappalà (FDP); Pascal Messerli (SVP); Tim Cuénod (SP); Eric Weber (fraktionslos); Oliver Thommen (GAB); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Jeremy Stephenson, Präsident BRK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Rückweisung an den Regierungsrat.

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

16 JA

80 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung an den Regierungsrat.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Änderung des Zonenplans

II. Festsetzung eines Bebauungsplans

1.

2.

Baufeld A

Lit. a – e

Baufeld B und C

Lit. f – h

Baufeld D

Lit. i

Allgemein

Lit. j – m

Lit. n

Antrag

David Jenny, Grossratspräsident: Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt den letzten Satz von lit n betreffend Residenzpflicht zu streichen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK; René Brigger (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Mark Eichner (FDP); René Brigger (SP)*

Voten: *Tim Cuénod (SP); Mark Eichner (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Tonja Zürcher (GAB); Mark Eichner (FDP)*

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Zwischenfrage

Voten: *René Brigger (SP); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Abstimmung

über die Residenzpflicht.

JA heisst Streichung der Residenzpflicht, NEIN heisst keine Streichung.

Ergebnis der Abstimmung

46 JA

48 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Residenzpflicht nicht zu streichen.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der BRK, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 JA

14 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I. Änderung des Zonenplans

Der Zonenplan Nr. 14'151 des Planungsamts vom 22. Mai 2018 für die Änderung der Zonen im Bereich der Gartenstrasse, Nauenstrasse, Peter Merian-Strasse, Peter Merian-Brücke, Hochstrasse, Solothurnerstrasse und Meret Oppenheim-Strasse wird genehmigt.

II. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Der Bebauungsplan Nr. 14'149a des Planungsamtes vom 22. Mai 2018 wird verbindlich erklärt.
2. Zum Bebauungsplan werden folgende Vorschriften erlassen:

Baufeld A

- a. Im Baufeld A darf ein Gebäude mit einer Wandhöhe von 24 m und einer Bruttogeschossfläche von 67'000 m² erstellt werden.
- b. Innerhalb des Baufeldes A sind im markierten Bereich öffentlich zugängliche Innenhöfe anzuordnen. Um die Höfe sind publikumsorientierte Nutzungen anzuordnen. Die Höfe sind nach einem gesamtheitlichen Konzept attraktiv für die sich dort befindenden Nutzungen und für den Aufenthalt zu gestalten und zu begrünen.
- c. Von der Solothurnerstrasse zur Nauenstrasse und zur Centralbahnstrasse ist ein in seiner Breite und Höhe attraktiver, grosszügiger, öffentlich zugänglicher, die Höfe verbindender und durch Servitute gesicherter Fussweg zu realisieren.
- d. Von der Centralbahnstrasse zur Peter Merian-Strasse sowie zum Peter Merian-Weg ist eine attraktive, grosszügige, öffentlich zugängliche und durch Servitute gesicherte Fussgänger- und Velopassage zu realisieren. Es ist durch entsprechende Massnahmen sicherzustellen, dass sämtliche Verkehrsbeziehungen und Zugangssituationen im Rahmen der Sanierung und eines allfälligen Neubaus der Peter Merian-Brücke optimiert werden.
- e. Im Baufeld A sind Anlagen zur Eigenstromerzeugung mit dem qualitätssichernden Verfahren gemäss Vorschrift j. zu definieren. Dabei ist den Anforderungen des ökologischen Ausgleichs und den besonderen klimatischen Anforderungen Beachtung zu schenken.

Baufeld B und C

- f. In den Baufeldern B und C darf je ein Gebäude mit einer Wandhöhe von 87 m und einer Bruttogeschossfläche von 19'000 m² erstellt werden.
- g. Gegen die Gartenstrasse gerichtete Fensterflächen im Baufeld B werden auch angerechnet, wenn die Lichteinfallswinkel nicht eingehalten sind.
- h. Das Gebäude im Baufeld B muss gegen die Nauenstrasse keinen Lichteinfallswinkel einhalten. Baufeld D
Im Baufeld D darf ein Gebäude mit einer Wandhöhe von 87 m und einer Bruttogeschossfläche von 23'500 m² erstellt werden.

Baufeld D

- i. Im Baufeld D darf ein Gebäude mit einer Wandhöhe von 87 m und einer Bruttogeschossfläche von 23'500

m2 erstellt werden.

Allgemein

j. Zur Gewährleistung einer hohen städtebaulichen und architektonischen Qualität ist ein qualitätssicherndes Verfahren für das gesamte Areal durchzuführen. Bei der Auswahl der Teilnehmenden ist ein angemessener Anteil junger lokaler Teams zu berücksichtigen. Die Zusammensetzung des Beurteilungsgremiums ist bezüglich Geschlecht und Alter ausgewogen zu gestalten. Den Anliegen aus den Quartieren ist mit angemessenen Vertretungen Rechnung zu tragen.

k. Zur architektonischen und funktionalen Auszeichnung des obersten Geschosses in den Hochhäusern ist unter der Voraussetzung einer besonders hochwertigen Gestaltung ein Spielraum in der Höhe von zusätzlichen 2 m zulässig.

l. Die Anzahl Geschosse ist frei. Dachgeschosse sind nicht zulässig. Technische Anlagen sind innerhalb der zulässigen Wandhöhe anzuordnen.

m. Durch geeignete Massnahmen ist ein angemessener Schutz vor Stürzfällen sicherzustellen. Die Massnahmen sind konzeptionell im qualitätssichernden Verfahren nach Vorschrift j. aufzuzeigen und im Baubewilligungsverfahren zu dokumentieren.

n. Es sind Wohn- und Arbeitsnutzungen zulässig. Es sind minimale Bruttogeschossflächen für Arbeitsnutzungen von 50'000 m2 und für Wohnen von 36'000 m2 einzuhalten. Davon sind mindestens 12'000 m2 als preisgünstige Wohnungen anzubieten. Zusätzlich ist mindestens ein Drittel aller Wohnungen mit einer Residenzpflicht zu belegen.

o. Die partielle Perronerschiessung Ost des Bahnhof Basel SBB ist dauerhaft von beiden Seiten sicherzustellen. Sie ist attraktiv zu gestalten.

p. Es sind maximal 460 Autoparkplätze zulässig. Deren Erschliessung hat über den im Plan dargestellten Bereich an der Gartenstrasse zu erfolgen.

q. Zusätzlich zu den gemäss Gesetzgebung erforderlichen Veloabstellplätzen sind 400 öffentliche Veloabstellplätze zu realisieren, die bei nachgewiesenem Bedarf erweiterbar sind. Diese müssen von der Hochstrasse/Solothurnerstrasse und der Gartenstrasse aus fahrbar erreichbar und untereinander verbunden sein. Die Perrons müssen von dort direkt angebunden sein.

r. Es ist eine attraktive Aussenraumgestaltung der Eingangsbereiche

Hochstrasse/Solothurnerstrasse und Nauenstrasse zu gewährleisten. Im Zugangsbereich Süd sind bauliche Massnahmen wie Z.B. Rampen und Treppen zulässig.

s. Innerhalb der Baufelder muss nicht an die Baulinie angebaut werden.

t. Zusätzlich zum kantonalen Energiegesetz gelten die Zielwerte des SIA-Effizienzpfads Energie. Die Bebauung ist insbesondere bezüglich Begrünung, Beschattung und Durchlüftung hinsichtlich stadtklimatischer Einflüsse optimal zu gestalten. Bezüglich Bauökologie soll die Wiederverwendung von Baustoffen berücksichtigt werden.

u. Zusätzlich zum kantonalen Energiegesetz gelten die Zielwerte des SIA-Effizienzpfads Energie.

3. Das zuständige Departement kann Abweichungen vom Bebauungsplan zulassen, sofern dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird.

III. Änderung von Baulinien

Der Baulinienplan Nr. 14'154 des Planungsamts vom 22.5.2018 für die Änderung der Bau- und Strassenlinien im Bereich der Gartenstrasse, Nauenstrasse, Peter Merian-Strasse, Peter Merian-Brücke, Hochstrasse, Solothurnerstrasse und Meret Oppenheim-Strasse wird genehmigt.

IV. Aufhebung des Bebauungsplan Nr. 109 vom 10. Juni 1971

Der Grossratsbeschluss betreffend Festsetzung eines Überbauungsplanes für den Neubau des Postbetriebsgebäudes Basel 2 im Gebiet Nauenstrasse / Gartenstrasse / Peter Merian-Strasse / Eilgutstrasse / Centralbahnstrasse / Bahnhofareal vom 10. Juni 1971 wird aufgehoben.

V. Änderung des Bebauungsplan Nr. 160 vom 17. Januar 2001

Der Grossratsbeschluss betreffend Erlass eines Bebauungsplanes für das Areal Bahnhof Süd, Gundeldingen zwischen Margarethenstrasse, Güterstrasse, Solothurnerstrasse und Bahnareal vom 17. Januar 2001 wird im Geltungsbereich des Baubereichs D des vorliegenden neuen Bebauungsplans aufgehoben.

VI. Abweisung von Einsprachen (Teilweise Gutheissung)

Die im Ratschlag Nr. 20.0023.01 in Kapitel 6 aufgeführten Einsprachen werden abgewiesen, soweit die Anliegen mit der vorliegenden Nutzungsplanung nicht erfüllt werden.

VII. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Den Einsprecherinnen und Einsprechern ist dieser Beschluss zusammen mit dem zugrundeliegenden Ratschlag und dem dazu ergangenen Bericht der Bau- und Raumplanungskommission als Einspracheentscheid persönlich zuzustellen. Die Zustellung erfolgt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder, im Falle eines Referendums, nach der Annahme dieses Beschlusses in der Volksabstimmung. Wird der Beschluss in der Volksabstimmung abgelehnt, so ist den Einsprecherinnen und Einsprechern eine persönliche Mitteilung zuzustellen, dass ihre Einsprache obsolet geworden ist.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.

19. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Papiermühle für die Jahre 2021–2024

[17.03.21 10:57:07, BKK, PD, 20.0735.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 2'011'548 zu bewilligen sowie einen Nachtragskredit in der Höhe von 126'500.

Voten: *Franziska Roth, Präsidentin BKK; Joël Thüring (SVP); Catherine Alioth (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Catherine Alioth (LDP)*

Voten: *Claudio Miozzari (SP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Beatrice Messerli (GAB); Mark Eichner (FDP); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Kerstin Wenk (SP); Joël Thüring (SVP); Beatrice Messerli (GAB); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD; Franziska Roth, Präsidentin BKK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Grossratsbeschluss 1 Nachtragskredit

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

zum Nachtragskredit

JA heisst Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

74 JA

16 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Stiftung Basler Papiermühle wird ein Nachtragskredit in Höhe von Fr. 126'500 für das Jahr 2021 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

Grossratsbeschluss 2

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Antrag

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen SVP und die Mitte/EVP vor. Sie beantragen die Ausgaben auf Fr. 1'505'548 zu reduzieren.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

20 JA

70 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss 2

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 JA

3 NEIN

4 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Stiftung Basler Papiermühle werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 2'011'548

(2021: Fr. 398'637, 2022–2024: Fr. 537'637 p.a.) für die Jahre 2021–2024 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

20. Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 2019/2020, inklusive Bericht der Schweizer Delegationen des Districtsrats und des Oberrheinrats zur Kooperation im Trinationalen Eurodistrict Basel und in der Oberrheinregion

[17.03.21 11:47:02, RegioKo, PD, 21.5058.01, BER]

Die Regiokommission (RegioKo) beantragt mit ihrem Bericht 21.5058.01, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Tim Cuénod (SP)*

Schluss der 8. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 9. Sitzung

Mittwoch, 17. März 2021, 15:00 Uhr

Voten: *Tim Cuénod (SP); Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD; Jürg Stöcklin (GAB)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

23. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz) sowie zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Vereinfachung bei der Berechnung der Grundstückgewinnsteuer

[17.03.21 15:21:34, WAK, FD, 20.0651.02 15.5459.04, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Andrea Elisabeth Knellwolf, Präsidentin WAK; RR Tanja Soland, Vorsteherin FD*

Mark Eichner (FDP): beantragt Rückweisung an die WAK.

Voten: *Beda Baumgartner (SP); Harald Friedl (GAB); Tobias Christ (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Beda Baumgartner (SP); Tobias Christ (GLP)*

Voten: *Lorenz Amiet (SVP); Andreas Zappalà (FDP); RR Tanja Soland, Vorsteherin FD; Andrea Elisabeth Knellwolf, Präsidentin WAK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 JA

45 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

das Geschäft an die WAK zurückzuweisen.

21. Ratschlag zur Bereinigung Gesetzessammlung Basel-Stadt (Tranche 2020)

[17.03.21 16:29:28, JSSK, JSD, 20.1502.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und den Beschlussvorlagen zuzustimmen.

Voten: *Danielle Kaufmann, Präsidentin JSSK; RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

GRB 1

Aufhebung Gesetz betreffend Einführung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht

Schlussabstimmung

GRB1

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

69 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Aufhebung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht.

Detailberatung

GRB 2

Aufhebung Gesetz betreffend Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Ehrenfolgen von Konkurs und Auspfändung

Schlussabstimmung

GRB 2

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Aufhebung des Gesetzes betreffend Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Ehrenfolgen von Konkurs und Auspfändung

Detailberatung

GRB 3

Aufhebung Universitätsgesetz des Kantons Basel-Stadt

Schlussabstimmung

GRB 3

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Aufhebung des Universitätsgesetzes des Kantons Basel-Stadt

Detailberatung

GRB 4

Aufhebung Grossratsbeschluss betreffend den Bau einer Anstalt für normale Anatomie und Physiologie und Verwendung des Werkhofareals

Schlussabstimmung

GRB 4

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

70 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Aufhebung des Grossratsbeschlusses betreffend den Bau einer Anstalt für normale Anatomie und Physiologie und Verwendung des Werkhofareals

Detailberatung

GRB 5

Aufhebung Grossratsbeschluss betreffend die Anlage und Benützung eines an die Güterstation St. Johann angeschlossenen Verbindungsgeleises gegen die Elsässerstrasse hin und betreffend Anschluss von Industriegleisen an dieses Verbindungsgeleis

Schlussabstimmung

GRB 5

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

73 JA

0 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Aufhebung des Grossratsbeschlusses betreffend die Anlage und Benützung eines an die Güterstation St. Johann angeschlossenen Verbindungsgeleises gegen die Elsässerstrasse hin und betreffend Anschluss von Industriegleisen an dieses Verbindungsgeleise

Detailberatung

GRB 6

Aufhebung Grossratsbeschluss betreffend Änderung des generellen Kanalisationsplanes für das Gebiet im Hackberg in Riehen

Schlussabstimmung

GRB 6

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

77 JA

0 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Aufhebung des Grossratsbeschlusses betreffend Änderung des generellen Kanalisationsplanes für das Gebiet im Hackberg in Riehen

22. Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag an die Stiftung Wildt'sches Haus am Petersplatz für die Jahre 2021-2024

[17.03.21 16:41:04, FKom, ED, 20.1373.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 480'000 zu bewilligen.

Voten: *Jürg Stöcklin, Vizepräsident der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigiger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 JA

1 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Stiftung Wildt'sches Haus wird ein Staatsbeitrag für die Jahre 2021–2024 in der Höhe von insgesamt maximal Fr. 480'000 (maximal Fr. 120'000 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**24. "Bericht der Petitionskommission zur Petition P422 "Bäume pflanzen – JETZT!"
PetKo 20.5408.02 PET 25. Bericht der Petitionskommission zur Petition P424
"Weiterführung des Betriebs der Kindertankstelle Oekolampad während der
Wintermonate 2020/21"**

[17.03.21 16:46:02, PetKo, 20.5436.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

Voten: *Karin Sartorius, Präsidentin PetKo*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P422 (20.5408) zur Stellungnahme innert eines Jahres an den Regierungsrat zu überweisen.

**25 Bericht der Petitionskommission zur Petition P424 "Weiterführung des Betriebs der
Kindertankstelle Oekolampad während der Wintermonate 2020/21"**

[17.03.21 16:49:38, PetKo, 20.5436.02]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen.

Voten: *Karin Sartorius, Präsidentin PetKo*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P424 (20.5436) zur Stellungnahme innert eines Jahres an den Regierungsrat zu überweisen.

27. Motionen 1 bis 3

[17.03.21 16:54:19]

**1. Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Corona-Bonus für das
Gesundheitspersonal während der COVID-19-Pandemie**

[17.03.21 16:54:21, 21.5017.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

David Trachsel (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfrage

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); David Trachsel (SVP)*

Voten: *Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP); Lydia Isler-Christ (LDP); Fleur Weibel (GAB); Jessica Brandenburger (SP)*

Zwischenfragen

Voten: *Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP); Jessica Brandenburger (SP); Roger Stalder (SVP); Jessica Brandenburger (SP); Raoul Furlano (LDP); Jessica Brandenburger (SP); Joël Thüring (SVP); Jessica Brandenburger (SP)*

Voten: *RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD; Eric Weber (fraktionslos); Oliver Bolliger, Präsident der GSK*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

71 JA

16 NEIN

4 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 21.5017 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

2. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Basel wächst grün

[17.03.21 17:24:58, 21.5018.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Michael Hug LDP; Sasha Mazzotti (SP); Raphael Fuhrer (GAB); Christoph Hochuli (die Mitte/EVP); Thomas Mury (LDP); Oliver Bolliger (GAB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

66 JA

28 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

3. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Marktgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB §20 Abs. 2

[17.03.21 17:44:32, 21.5106.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

28. Anzüge 1 bis 8

[17.03.21 17:45:14]

1. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Koordination des vorhandenen Parkraums in den bestehenden öffentlichen Parkhäusern

[17.03.21 17:45:15, 21.5009.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 21.5009 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

2. Anzug Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Förderung des Ausbaus von 5G

[17.03.21 17:45:40, 21.5010.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Heidi Mück (GAB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Felix Wehrli (SVP); Eric Weber (fraktionslos); Salome Hofer (SP); Luca Urgese (FDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

75 JA

8 NEIN

9 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 20.5010 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

3. Anzug Thomas Gander und Konsorten betreffend Aufstockung der Petitionskommission auf 13 Sitze

[17.03.21 18:00:06, 21.5011.01]

Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Anzug 20.5419 einzutreten und ihn dem Ratsbüro zu überweisen.

Schluss der 9. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 10. Sitzung

Mittwoch, 17. März 2021, 20:00 Uhr

David Jenny, Grossratspräsident: Informiert, dass er eine Konsultativabstimmung durchführen wird, ob eine allfällige Nachtsitzung im April nicht schon um 19:00 Uhr statt um 20:00 Uhr beginnen soll.

Konsultativabstimmung

JA heisst um 19:00 Uhr beginnen, Nein heisst um 20:00 Uhr beginnen.

Ergebnis der Abstimmung

52 JA

15 NEIN

6 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

eine allfällige Nachtsitzung im April wird bereits um 19:00 Uhr beginnen.

4. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend behindertengerechte und kleinkinderfreundliche Gestaltung des Rheinuferwegs

[17.03.21 20:02:21, 21.5013.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Anzug 21.5013 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

5. Anzug Patrick Hafner betreffend Begegnungszone vor Rathaus

[17.03.21 20:03:00, 21.5014.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Anzug 20.5014 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

6. Anzug Patrick Hafner betreffend kundenfreundliche Steuerverwaltung

[17.03.21 20:03:32, 21.5015.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Anzug 20.5015 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

7. Anzug Patrick Hafner betreffend Optimierung von Anwohnerinformationen

[17.03.21 20:03:55, 21.5016.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 20.5015 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

8. Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend Anlaufstelle sexuelle Gesundheit

[17.03.21 20:04:24, 21.5021.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*; beantragt Nichtüberweisung

Pascal Messerli (SVP); *Jessica Brandenburger (SP)*; *Sebastian Kölliker (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

81 JA

13 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 20.5021 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

29. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Ausschilderung und Signalisierung von Pendler- und Basisrouten gemäss dem Teilrichtplan Velo

[17.03.21 20:16:45, BVD, 20.5224.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Raffaella Hanauer (GAB): beantragt Überweisung als Motion.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Jean-Luc Perret (SP)*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

49 JA

42 NEIN

2 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 20.5224 in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Eventualabstimmung

75 JA

17 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 20.5224 dem Regierungsrat zu überweisen.

30. Bericht des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat

[17.03.21 20:31:15, BVD, 19.5512.03, SMO]

Der Regierungsrat beantragt die Motion als erledigt abzuschreiben.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Beat Leuthardt (GAB): beantragt die Motion stehen zu lassen.

Voten: *Joël Thüring (SVP); Stefan Wittlin (SP); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen der Motion.

Ergebnis der Abstimmung

27 JA

60 NEIN

9 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 19.5512 stehen zu lassen.

31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Teil-Verglasung der Dreirosenbrücke

[17.03.21 20:53:14, BVD, 12.5315.05, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 12.5315 abzuschreiben.

Voten: *Heidi Mück (GAB); Lisa Mathys (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 12.5315 ist erledigt.

32. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öffentliches Veloverleihsystem

[17.03.21 20:57:19, BVD, 07.5326.07, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 07.5326 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 07.5326 ist erledigt.

33. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Esther Keller und Konsorten betreffend Erhöhung der Velofreundlichkeit der Basler Innenstadt

[17.03.21 20:57:46, BVD, 20.5045.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

David Wüest-Rudin (GLP): beantragt Überweisung als Anzug.

Beat K. Schaller (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Raffaella Hanauer (GAB); Lisa Mathys (SP)*

Christian von Wartburg (SP): beantragt Überweisung als Motion.

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

64 JA

17 NEIN

3 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 20.5045 in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

35 JA

49 NEIN

5 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Der Anzug 20.5045 ist erledigt.

34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Werbung auf BVB-Trams und Bussen

[17.03.21 21:18:21, BVD, 14.5268.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 14.5268 abzuschreiben.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Jean-Luc Perret (SP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *François Bocherens (LDP)*

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

46 JA

45 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 14.5268 ist erledigt.

35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Reinhard und Konsorten betreffend autofreie Sonntage auf der Wettsteinbrücke für eine lebendige Innenstadt Basel

[17.03.21 21:24:17, BVD, 16.5356.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5356 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 16.5356 ist erledigt.

36. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christophe Haller und Konsorten betreffend bessere verkehrstechnische Erschliessung des Grossraums Basel – Jura

[17.03.21 21:24:43, BVD, 18.5358.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5358 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 18.5358 ist erledigt.

37. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 130 Michelle Lachenmeier betreffend Umgestaltung der Rhein-Promenade

[17.03.21 21:25:12, BVD, 20.5420.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin ist abwesend.

Die Interpellation 20.5420 ist **erledigt**.

38. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 134 René Häfliger betreffend Steuergelder für aussichtslose Verfahren

[17.03.21 21:25:43, BVD, 20.5424.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist nicht mehr Mitglied des Grossen Rates.

Die Interpellation 20.5424 ist **erledigt**.

39. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 136 Michael Hug betreffend Gastronomie unterstützen in der kalten Jahreszeit

[17.03.21 21:26:15, BVD, 20.5427.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Michael Hug LDP*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 20.5427 ist **erledigt**.

40. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 151 Beat Leuthardt betreffend Stau statt ÖV-Priorität an der äusseren Neuweilerstrasse

[17.03.21 21:28:11, BVD, 20.5467.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Beat Leuthardt (GAB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 20.5467 ist **erledigt**.

41. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 153 Stefan Wittlin betreffend neue Pressabfallkübel

[17.03.21 21:31:27, BVD, 20.5469.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Stefan Wittlin (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 20.5469 ist **erledigt**.

42. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Christian Griss und Konsorten betreffend rauchfreie öffentliche Spielplätze

[17.03.21 21:34:55, BVD, 20.5015.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis 2022.

Joël Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Laurin Hoppler (GAB): beantragt Überweisung als Motion.

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Laurin Hoppler (GAB)*

Voten: *André Auderset (LDP); Melanie Nussbaunmer (SP); Eric Weber (fraktionslos); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

64 JA

27 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 20.5015 in einen Anzug umzuwandeln.

Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

66 JA

22 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den **Anzug 20.5015** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

David Jenny (FDP): Informiert, dass er die Sitzung bis 22:15 Uhr weiterführen würde. Eric Weber wünscht die Sitzung bis 23:00 Uhr zu halten. Entsprechend wird darüber abgestimmt.

Abstimmung

JA heisst Sitzung bis 22:15 Uhr, NEIN heisst Sitzung bis 23:00 Uhr.

Ergebnis der Abstimmung

90 JA

5 NEIN

1 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

Die Sitzung um 22:15 Uhr zu beenden.

43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Wiedereinführung der Doppelhaltestelle Zoo Dorenbach

[17.03.21 21:58:56, BVD, 18.5392.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5392 abzuschreiben.

Beat Leuthardt (GAB): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

71 JA

15 NEIN

0 ENT

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 18.5392 ist erledigt.

44. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 1 Jérôme Thiriet betreffend Schneeräumung auf Velowegen und Trottoirs

[17.03.21 22:01:57, BVD, 21.5020.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Jérôme Thiriet (GAB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 21.5020 ist erledigt.

45. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 9 Beat Leuthardt betreffend rechtlich mangelhafte, weil eine Grossratsmotion verletzende «Absichtserklärung»

[17.03.21 22:06:14, BVD, 21.5055.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Beat Leuthardt (GAB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 21.5055 ist erledigt.

46. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 15 Harald Friedl betreffend Nichtbeantwortung von Fragen von 400 Quartierbewohnern aus einer „Informationsveranstaltung“ zum geplanten Parking unter der Tschudimatte

[17.03.21 22:10:57, BVD, 21.5062.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Harald Friedl (GAB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 21.5062 ist erledigt.

Schluss der 10. Sitzung

22:15 Uhr

Basel, 17. März 2021

Dr. David Jenny
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 68_Motion 4: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein	Baumgartner Claudia	GLP	Enthaltung	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein	Christ Tobias	GLP	Nein	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein	Wüest-Rudin David	GLP	Nein	von Wartburg Christian	SP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein	Kühne Brigitte	GLP	Nein	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein	Pekerman Bülent	GLP	Enthaltung	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein	Sieber Johannes	GLP	Enthaltung	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Enthaltung	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Nein	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	Nein	Isler-Christ Lydia	LDP	Nein	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Nein	Alioth Catherine	LDP	Nein	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein	Hug Michael	LDP	Nein	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	Nein	von Falkenstein Annina	LDP	Nein	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Nein	Stephenson Jeremy	LDP	Nein	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein	Müry Thomas	LDP	Nein	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Nein	Baumgartner Beda	SP	Ja
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Nein	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja	von Wartburg Beat	LDP	Nein	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Nein	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Nein	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein	Trachsel David	SVP	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	Nein	Thüring Joël	SVP	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Ja	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Nein
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Ja	Suter Stefan	SVP	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Nein
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	46	0	0	0	16	0	1	29	0
	Nein	46	10	6	1	0	4	14	0	11
	Enthaltung	4	0	0	0	0	4	0	0	0
	Abwesend	4	0	1	0	2	0	0	1	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 17_Schlussabstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	-
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	-
Braun Beat	FDP	-	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	-	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	-	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	-	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	Ja	Thüring Joël	SVP	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Ja
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	84	10	5	0	15	8	11	24	11
	Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	15	0	2	0	3	0	4	6	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 18_Rückweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	16	0	0	0	16	0	0	0	0
	Nein	80	10	6	0	0	8	15	30	11
	Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	3	0	1	0	2	0	0	0	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 18_Streichungsantrag RR, Römisch II, 2. Abschnitt, Lit n

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Nein	Dill Alexandra	SP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein	Krummenacher Toya	SP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Enthaltung	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Enthaltung	Perret Jean-Luc	SP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Nein	Erdogan Seyit	SP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein	Wittlin Stefan	SP	Nein
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Nein
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Nein
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Nein
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	Nein
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	Nein
Vergeat Jo	GAB	Nein	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Nein	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Nein	Battaglia Olivier	LDP	Ja	Thüring Joël	SVP	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Nein	Mathys Lisa	SP	Nein	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Nein	Heer Barbara	SP	Nein	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Nein	Gander Thomas	SP	Nein	Stalder Roger	SVP	Ja
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Nein	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Nein	Brigger René	SP	Nein	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Nein	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	Nein	Sigirci Mehmet	SP	Nein	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Nein	Yilmaz Semseddin	SP	Nein			
Weibel Fleur	GAB	Nein	Amacher Nicole	SP	Nein			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	46	9	6	0	0	5	15	0	11
	Nein	48	0	0	0	16	2	0	30	0
	Enthaltung	3	1	0	1	0	1	0	0	0
	Abwesend	3	0	1	0	2	0	0	0	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 18_Schlussabstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Enthaltung	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein	Krummenacher Toya	SP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	-	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Nein	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Enthaltung	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Nein	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Nein	Battaglia Olivier	LDP	Ja	Thüring Joël	SVP	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Nein	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Nein	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Nein	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Ja
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Ja	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Nein	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	Nein	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Nein	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Nein	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	79	10	6	0	0	7	15	30	11
	Nein	14	0	0	0	14	0	0	0	0
	Enthaltung	3	0	0	1	2	0	0	0	0
	Abwesend	4	0	1	0	2	1	0	0	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 19_GRB I Nachtragskredit Schlussabstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein	Christ Tobias	GLP	Enthaltung	Sägesser Daniel	SP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein	Wüest-Rudin David	GLP	-	von Wartburg Christian	SP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	Ja
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	-	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	-	Messerli Pascal	SVP	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	Ja	Thüring Joël	SVP	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Ja	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Nein
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Ja	Suter Stefan	SVP	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	-	Amiet Lorenz	SVP	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Nein
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Nein
Leuthardt Beat	GAB	-	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	74	5	6	0	15	6	13	28	1
	Nein	16	5	0	1	0	0	0	0	10
	Enthaltung	1	0	0	0	0	1	0	0	0
	Abwesend	9	0	1	0	3	1	2	2	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 19_GRB II Änderungsantrag SVP und Die Mitte/EVP

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Nein	Dill Alexandra	SP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein	Krummenacher Toya	SP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Nein	Kaufmann Danielle	SP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Nein	Sägesser Daniel	SP	-
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	-	von Wartburg Christian	SP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Nein	Pfister Pascal	SP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein	Miozzari Claudio	SP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Nein	Perret Jean-Luc	SP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Nein	Erdogan Seyit	SP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein	Wittlin Stefan	SP	Nein
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Nein	Hofer Salome	SP	Nein
Bucher Erich	FDP	Nein	Isler-Christ Lydia	LDP	Nein	Mattmüller Georg	SP	Nein
Urgese Luca	FDP	Enthaltung	Alioth Catherine	LDP	Nein	Gölgeli Edibe	SP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein	Hug Michael	LDP	Nein	Wenk Kerstin	SP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein	von Falkenstein Annina	LDP	Nein	Brandenburger Jessica	SP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein	Stephenson Jeremy	LDP	Nein	Kabakci Mahir	SP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein	Müry Thomas	LDP	Nein	Kölliker Sebastian	SP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Nein	Baumgartner Beda	SP	Nein
Vergeat Jo	GAB	Nein	Faesch Lukas	LDP	Nein	Seggiani Michela	SP	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein	von Wartburg Beat	LDP	Nein	Mazzotti Sasha	SP	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein	Auderset André	LDP	-	Roth Franziska	SP	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein	Ebi Alex	LDP	-	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Nein	Hettich Daniel	LDP	Nein	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Nein	Battaglia Olivier	LDP	Nein	Thüring Joël	SVP	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Nein	Mathys Lisa	SP	Nein	Schaller Beat K.	SVP	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein	Heer Barbara	SP	Nein	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Nein	Gander Thomas	SP	Nein	Stalder Roger	SVP	Ja
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Nein	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Nein	Brigger René	SP	-	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Nein	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	Nein	Sigirci Mehmet	SP	Nein	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-	Yilmaz Semseddin	SP	Nein			
Weibel Fleur	GAB	Nein	Amacher Nicole	SP	Nein			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	20	10	0	0	0	0	0	0	10
	Nein	70	0	5	1	15	7	13	28	1
	Enthaltung	1	0	1	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	9	0	1	0	3	1	2	2	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 19_Schlussabstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Enthaltung	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Enthaltung	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	-	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	Ja
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	-	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	-	Messerli Pascal	SVP	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Enthaltung
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	Ja	Thüring Joël	SVP	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Ja
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Ja	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	-	Amiet Lorenz	SVP	Enthaltung
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	86	8	6	0	16	8	12	29	7
	Nein	3	0	0	1	0	0	0	0	2
	Enthaltung	4	2	0	0	0	0	0	0	2
	Abwesend	7	0	1	0	2	0	3	1	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 20_Schlussabstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	-
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	91	10	6	0	14	8	13	30	10
	Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	8	0	1	0	4	0	2	0	1
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 23_Rückweisung an WAK

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	-
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Enthaltung
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	50	10	6	1	0	8	14	0	11
	Nein	45	0	0	0	16	0	0	29	0
	Enthaltung	1	0	0	0	0	0	0	1	0
	Abwesend	4	0	1	0	2	0	1	0	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 21_01: Aufhebung Gesetz EG zum BG Internat. Privatrecht

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	-	Erdogan Seyit	SP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	-
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	-	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	-	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	-	von Falkenstein Annina	LDP	-	Brandenburger Jessica	SP	-
Eichner Mark	FDP	-	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	-	Thüring Joël	SVP	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	-	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	-	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	-
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	-	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	-	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	-	Amacher Nicole	SP	-			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	69	9	3	0	11	7	12	19	8
	Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	30	1	4	0	7	1	3	11	3
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 21_02: Aufhebung Gesetz Konkurs, Auspändung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	-
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	-	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	-	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	-	von Falkenstein Annina	LDP	-	Brandenburger Jessica	SP	-
Eichner Mark	FDP	-	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	-	Thüring Joël	SVP	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	-	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	-
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	-	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	-	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	-	Amacher Nicole	SP	-			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	71	9	3	0	12	8	12	19	8
	Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	28	1	4	0	6	0	3	11	3
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 21_03: Aufhebung Universitätsgesetz

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	-
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	-	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	-	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	-	von Falkenstein Annina	LDP	-	Brandenburger Jessica	SP	-
Eichner Mark	FDP	-	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	-	Thüring Joël	SVP	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	-	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	-
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	-	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	-	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	-	Amacher Nicole	SP	-			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	71	9	3	0	12	8	12	19	8
	Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	28	1	4	0	6	0	3	11	3
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 21_04: Aufhebung GRB Verwendung Werkhofareal

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	-	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	-
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	-	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	-	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	-	von Falkenstein Annina	LDP	-	Brandenburger Jessica	SP	-
Eichner Mark	FDP	-	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	-
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	-	Thüring Joël	SVP	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	-	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	-
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	-	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	-	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	-	Amacher Nicole	SP	-			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	70	8	3	0	12	8	12	19	8
	Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	29	2	4	0	6	0	3	11	3
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 21_05: Aufhebung GRB Güterstation St. Johann

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	-	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	-
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	-
Bucher Erich	FDP	-	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	-	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	-	von Falkenstein Annina	LDP	-	Brandenburger Jessica	SP	-
Eichner Mark	FDP	-	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	-
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	-	Thüring Joël	SVP	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	-	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	-
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	-	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	-			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	73	9	3	1	14	8	12	17	9
	Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	27	1	4	0	4	0	3	13	2
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 21_06: Aufhebung GRB Kanalisationsplan Gebiet Hackberg

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	-
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	-	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	-	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	-
Eichner Mark	FDP	-	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	-
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	-	Thüring Joël	SVP	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	-	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	-
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	-	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	-			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	77	10	3	1	14	8	14	18	9
	Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	23	0	4	0	4	0	1	12	2
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22_Schlussabstimmung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	-	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	-	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	-
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	-
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	-
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	-
Eichner Mark	FDP	-	Stephenson Jeremy	LDP	-	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	-
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Ja	Roth Franziska	SP	-
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaela	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	-	Thüring Joël	SVP	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	-	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	-	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	-
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	-	Wehrli Felix	SVP	-
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	-			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	-			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	71	9	5	0	14	7	13	15	8
	Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	28	1	2	0	4	1	2	15	3
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 27_01: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	-	von Wartburg Christian	SP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Enthaltung	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	Enthaltung	Isler-Christ Lydia	LDP	Enthaltung	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Nein	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Nein	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	-	Kabakci Mahir	SP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Nein	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Nein	Baumgartner Beda	SP	Ja
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Nein	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja	von Wartburg Beat	LDP	Nein	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Nein	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Nein	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	-	Battaglia Olivier	LDP	-	Thüring Joël	SVP	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Nein
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Enthaltung
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	71	9	5	0	15	7	3	29	3
	Nein	16	1	0	1	0	0	8	0	6
	Enthaltung	4	0	1	0	0	0	2	0	1
	Abwesend	9	0	1	0	3	1	2	1	1
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 27_02: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Nein	Hofer Salome	SP	Enthaltung
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Nein	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Nein	Gölgeli Edibe	SP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Nein	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Nein	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	Nein	Kabakci Mahir	SP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Nein	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung	Bocherens François	LDP	Nein	Baumgartner Beda	SP	Ja
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Nein	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja	von Wartburg Beat	LDP	Nein	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Nein	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Nein	Messerli Pascal	SVP	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Nein	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein	Trachsel David	SVP	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	Nein	Thüring Joël	SVP	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	Ja	Stumpf Daniela	SVP	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Ja	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Nein
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Ja	Suter Stefan	SVP	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Nein
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	66	7	6	0	16	8	0	29	0
	Nein	28	2	0	0	0	0	15	0	11
	Enthaltung	2	0	0	1	0	0	0	1	0
	Abwesend	4	1	1	0	2	0	0	0	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_02: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Enthaltung
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Enthaltung
Hoppler Laurin	GAB	Enthaltung
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Enthaltung

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Enthaltung
Baumgartner Claudia	GLP	Enthaltung
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Enthaltung
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Enthaltung
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	-
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Enthaltung
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	75	7	5	0	5	5	15	28	10
	Nein	8	0	0	1	7	0	0	0	0
	Enthaltung	9	1	0	0	4	3	0	1	0
	Abwesend	8	2	2	0	2	0	0	1	1
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 28_08: Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Enthaltung
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	81	7	6	0	16	8	13	30	1
	Nein	13	1	0	1	0	0	2	0	9
	Enthaltung	1	0	0	0	0	0	0	0	1
	Abwesend	5	2	1	0	2	0	0	0	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 29_Weiterbehandlung als Anzug oder Motion

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Enthaltung
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	49	10	6	0	0	8	14	0	11
	Nein	42	0	0	0	16	0	0	26	0
	Enthaltung	2	0	0	1	0	0	0	1	0
	Abwesend	7	0	1	0	2	0	1	3	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 29_Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Enthaltung
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	-
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	75	7	6	0	16	8	11	27	0
	Nein	17	3	0	1	0	0	2	0	11
	Enthaltung	1	0	0	0	0	0	1	0	0
	Abwesend	7	0	1	0	2	0	1	3	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 30_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Enthaltung
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Enthaltung
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Enthaltung
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Enthaltung
Brigger René	SP	Enthaltung
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	Enthaltung
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Enthaltung
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	27	0	0	0	1	4	0	22	0
	Nein	60	10	6	0	13	1	15	4	11
	Enthaltung	9	0	0	1	1	3	0	4	0
	Abwesend	4	0	1	0	3	0	0	0	0
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 33_Weiterbehandlung Motion oder Anzug

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Enthaltung	Krummenacher Toya	SP	-
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Nein	von Wartburg Christian	SP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Nein	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	-	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Nein
Urgese Luca	FDP	Ja	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	-
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Nein
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	-
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	Ja
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Nein
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Nein	Roth Franziska	SP	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Enthaltung	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	Ja	Thüring Joël	SVP	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Nein	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	-	Heer Barbara	SP	-	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Nein	Gander Thomas	SP	-	Stalder Roger	SVP	Ja
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	-	Suter Stefan	SVP	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Enthaltung	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	-	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	-	Amacher Nicole	SP	Nein			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	64	8	6	0	7	6	14	13	10
	Nein	17	1	0	1	3	2	1	9	0
	Enthaltung	3	0	0	0	2	0	0	1	0
	Abwesend	16	1	1	0	6	0	0	7	1
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 33_Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Enthaltung
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Enthaltung
Messerli Beatrice	GAB	Enthaltung
Bolliger Oliver	GAB	-
Hoppler Laurin	GAB	Enthaltung
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Enthaltung
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	-
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	Ja
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	-
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	35	3	3	0	3	7	1	17	1
	Nein	49	7	3	1	7	1	14	7	9
	Enthaltung	5	0	0	0	5	0	0	0	0
	Abwesend	11	0	1	0	3	0	0	6	1
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 34_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	-
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Sigirci Mehmet	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Wenk Kerstin	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Kölliker Sebastian	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	-
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	46	10	4	1	0	8	15	0	8
	Nein	45	0	0	0	16	0	0	29	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	9	0	3	0	2	0	0	1	3
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 42_Weiterbehandlung als Anzug oder Motion

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Nein	Friedl Harald	GAB	Nein	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Nein	Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein	Krummenacher Toya	SP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Nein	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Nein	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Nein	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	-
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Nein	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Nein	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Nein	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Nein	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Ja
Bucher Erich	FDP	Ja	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Nein	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	-
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja	Stephenson Jeremy	LDP	Ja	Kabakci Mahir	SP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja	Müry Thomas	LDP	Ja	Köllicker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	Ja
Vergeat Jo	GAB	Nein	Faesch Lukas	LDP	Ja	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Nein	von Wartburg Beat	LDP	Ja	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Nein	Auderset André	LDP	-	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein	Ebi Alex	LDP	Ja	Messerli Pascal	SVP	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Nein	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Ja
Stöcklin Jürg	GAB	Nein	Battaglia Olivier	LDP	Ja	Thüring Joël	SVP	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Nein	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	-	Stumpf Daniela	SVP	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Nein	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Ja
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Ja	Suter Stefan	SVP	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	Ja	Wehrli Felix	SVP	Ja
Mück Heidi	GAB	Nein	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Nein	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Nein	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	64	0	4	0	1	8	14	27	10
	Nein	27	10	2	0	15	0	0	0	0
	Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
	Abwesend	8	0	1	0	2	0	1	3	1
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 42_Überweisung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja	Friedl Harald	GAB	Ja	Dill Alexandra	SP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja	Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja	Krummenacher Toya	SP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja	Baumgartner Claudia	GLP	Ja	Kaufmann Danielle	SP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	-	Christ Tobias	GLP	Ja	Sägesser Daniel	SP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja	Wüest-Rudin David	GLP	Ja	von Wartburg Christian	SP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja	Kühne Brigitte	GLP	Ja	Pfister Pascal	SP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja	Miozzari Claudio	SP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja	Pekerman Bülent	GLP	Ja	Perret Jean-Luc	SP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja	Sieber Johannes	GLP	Ja	Erdogan Seyit	SP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja	Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein	Wittlin Stefan	SP	Ja
Jenny David	FDP	-	Furlano Raoul I.	LDP	Ja	Hofer Salome	SP	Enthaltung
Bucher Erich	FDP	Nein	Isler-Christ Lydia	LDP	Ja	Mattmüller Georg	SP	Ja
Urgese Luca	FDP	Nein	Alioth Catherine	LDP	Ja	Gölgeli Edibe	SP	-
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja	Hug Michael	LDP	Ja	Wenk Kerstin	SP	-
Braun Beat	FDP	Nein	von Falkenstein Annina	LDP	Ja	Brandenburger Jessica	SP	Ja
Eichner Mark	FDP	Nein	Stephenson Jeremy	LDP	Nein	Kabakci Mahir	SP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Nein	Müry Thomas	LDP	Ja	Kölliker Sebastian	SP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Nein	Bocherens François	LDP	Ja	Baumgartner Beda	SP	-
Vergeat Jo	GAB	Ja	Faesch Lukas	LDP	Nein	Seggiani Michela	SP	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-	von Wartburg Beat	LDP	Nein	Mazzotti Sasha	SP	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja	Auderset André	LDP	Nein	Roth Franziska	SP	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja	Ebi Alex	LDP	Nein	Messerli Pascal	SVP	Nein
Hanauer Raffaela	GAB	Ja	Hettich Daniel	LDP	Ja	Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja	Trachsel David	SVP	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Ja	Battaglia Olivier	LDP	Ja	Thüring Joël	SVP	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Ja	Mathys Lisa	SP	Ja	Schaller Beat K.	SVP	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Ja	Heer Barbara	SP	-	Stumpf Daniela	SVP	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Ja	Gander Thomas	SP	Ja	Stalder Roger	SVP	Nein
Wirz Lea	GAB	-	Cuénod Tim	SP	Ja	Suter Stefan	SVP	-
Zürcher Tonja	GAB	Ja	Brigger René	SP	Ja	Amiet Lorenz	SVP	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-	Nussbaumer Melanie	SP	-	Wehrli Felix	SVP	Nein
Mück Heidi	GAB	Ja	Sigirci Mehmet	SP	Ja	Schweizer Jenny	SVP	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Ja	Yilmaz Semseddin	SP	Ja			
Weibel Fleur	GAB	Ja	Amacher Nicole	SP	Ja			

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	66	9	1	0	15	7	10	24	0
	Nein	22	0	5	1	0	1	5	0	10
	Enthaltung	1	0	0	0	0	0	0	1	0
	Abwesend	11	1	1	0	3	0	0	5	1
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 43_Abschreibung

Isler Beatrice	die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	die Mitte/EVP	Ja
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Stöcklin Jürg	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	-
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	-
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	-
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	-
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Ja
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	Ja
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Sigirci Mehmet	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	Ja
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Wenk Kerstin	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Kölliker Sebastian	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	-
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	-
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

		Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
	Ja	71	10	6	0	0	7	13	27	8
	Nein	15	0	0	0	15	0	0	0	0
	Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Abwesend	14	0	1	1	3	1	2	3	3
	Total	100	10	7	1	18	8	15	30	11

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

1. Motion für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser

21.5027.01

Im Basler Trinkwasser tauchen immer wieder Fremdstoffe auf. Es handelt sich meist um Substanzen, die via den Rhein in die Trinkwassergebiete Lange-Erlen und Muttenzer Hard eingetragen werden. Diese Fremdstoffe werden teils

- jahrelang nicht entdeckt (wie 2019 eine Krebs auslösende Substanz aus einer Fungizid-Produktion der Bayer AG in Schweizerhalle, BL)¹
- nur per Zufall bestimmt (wie 2015 der Betonverflüssiger 2-Acrylamido-2-methylpropansulfonsäure AMPS² und 2006 gemäss Niklaus Jäggi, damals Kantonschemiker des Kantons Basel-Landschaft eine andere Substanz³).
- Zudem ist das Wasser schon getrunken, wenn die Analyseergebnisse vorliegen. Dies dauert nämlich in der Regel 24 Stunden. Dann aber ist allfällig verschmutztes Rheinwasser schon im Trinkwassersystem angelangt.⁴

Es darf somit auch heute noch bezweifelt werden, dass das Basler Trinkwasser die Lebensmittelgesetzgebung vollumfänglich einhalten kann. Diesen Mangel bei der Selbstkontrolle aber hat Niklaus Jäggi, Kantonschemiker Basel-Landschaft schon 2008 in einem Interview mit der Basler Zeitung festgehalten.⁵

Denn die «Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen» verpflichtet die IWB AG als «Betreiberin (...) einer Trinkwasserversorgungsanlage (...) periodisch eine Analyse der Gefahren für Wasserressourcen» durchzuführen.⁶ Diese «Gefahrenanalyse» sei «eine der notwendigen Bedingungen für die Einführung eines HACCP-Systems», so das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV).⁷

Die HACCP-Analyse (Hazard Analysis and Critical Control Points) hat zum Ziel, dass die Produktionsprozesse eines Lebensmittels wie Trinkwasser immer unter Kontrolle sind. So muss die endgültige Qualität des Produkts garantiert werden.⁸ Die HACCP ist ein Bestandteil der «Pflicht zur Selbstkontrolle» der Lebensmittelbetriebe, wie die «Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung» festlegt.⁹

Die Industriellen Werke Basel (IWB) bereiten das Trinkwasser mit einem Aktivkohlefilter auf. Aktivkohlefilter aber können nur bestimmte Fremdstoffe (sog. apolare Substanzen) gut aus dem Trinkwasser entfernen. Zudem besteht das Risiko von sogenannten Durchbrüchen.

Mehr Sicherheit für das Trinkwasser und die Einhaltung der Lebensmittelgesetzgebung bietet eine mehrstufige Trinkwasseraufbereitung, wie sie die Gemeinde Muttenz und erfolgreich betreibt.¹⁰ Mehrstufige Trinkwasseraufbereitungen u.a. mit Oxidationsanlagen betreiben auch die Städte Zürich und Genf (Seewasseraufbereitung).¹¹ Damit lassen sich viel breiter Substanzen aus dem Trinkwasser entfernen (sog. polare Substanzen, wie teils Pestizide, Medikamente, etc.).

Die Motionärinnen und Motionäre beauftragen deshalb den Regierungsrat den Bau einer mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage für das gesamte Basler Trinkwasser nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz umzusetzen.

¹ <https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/trinkwasserversorger-bestaetigt-krebserregender-stoff-schon-seit-jahren-im-basler-trinkwasser>

² <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/bau-und-umweltschutzdirektion/umweltschutz-energie/wasser/wasserversorgung/publikationen/downloads/tp3-grundwasser-hardwald.pdf/@download/file/TP3%20Grundwasser%20Hardwald.pdf#page=61>; Martin Forter/Walter Wildi: 'Trinkwassermanagement Hardwald', Basel/Le Grand Saconnex, 22.5.2018, S. 44

³ http://www.martinforter.ch/images/news/2019_04_20/20180522_Forter_Wildi_Trinkwassermanagement_Hardwald.pdf#page=44

⁴ «Ich konnte einfach nicht früher eingreifen», Interview mit Niklaus Jäggi, Kantonschemiker des Kantons Basel-Landschaft, in: Basler Zeitung, 29.2.2008.

⁵ <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/bau-und-umweltschutzdirektion/umweltschutz-energie/wasser/wasserversorgung/publikationen/downloads/tp3-grundwasser-hardwald.pdf/@download/file/TP3%20Grundwasser%20Hardwald.pdf#page=123>

⁶ Siehe Fussnote Fehler! Textmarke nicht definiert..

⁷ <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20143396/201805010000/817.022.11.pdf#page=2>

⁸ https://www.blv.admin.ch/dam/blv/de/dokumente/lebensmittel-und-ernaehrung/rechts-und-vollzugsgrundlagen/lebensmittelrecht2017/erlaeuterung-verordnung-wasser.pdf/download.pdf/19_1_Erlaeuterungen_zur_Verordnung_%C3%BCber_die_Qualitaet_von_Wasser_DE.pdf, S. 3.

⁹ «Die HACCP dient dazu, Gefährdungen der Wasserqualität zu erkennen und kritische Kontrollpunkte zu identifizieren. Ein CCP ist ein Punkt bzw. Schritt im Prozessablauf, an dem mit einem kontrollier- und steuerbaren Verfahren eine Gefahr vermieden, ausgeschaltet oder auf ein akzeptables Minimum reduziert werden kann» (Schweizerischen Vereins des Gas- und

Wasserfaches SVGW <http://wasserqualitaet.ch/index.php?id=819>).

⁹ <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20143388/201910150000/817.02.pdf#page=32>

¹⁰ <https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselst/stoffe-im-trinkwasser-verunsicherung-in-basel-moderne-reinigungsanlage-in-muttenz>

¹¹ Zürich: <https://www.stadt-zuerich.ch/dib/de/index/wasserversorgung/wasserverteilung/wasserwerke.html> u. <https://www.haustech-magazin.ch/artikel/in-sieben-stufen-zum-trinkwasser/>; Genf: https://www2.sig-ge.ch/a-propos-de-sig/nous-connaître/sites_expositions/usine-du-prieure, ab Min. 3:46.

Thomas Grossenbacher, Harald Friedl, Talha Ugur Camlibel, Raphael Fuhrer, Oliver Bolliger, Tonja Zürcher, Raffaella Hanauer, Michelle Lachenmeier, Beatrice Messerli

2. Motion betreffend gesetzliche Verankerung der Betreuung

21.5028.01

Im Gegensatz zur Pflege ist die Betreuung (im Alter) bis jetzt nicht gesetzlich geregelt.

Im ambulanten Setting übernehmen zum grössten Teil Angehörige, Freundinnen, Nachbarinnen und Freiwillige die Betreuung von älteren Menschen (zum allergrössten Teil ist dies immer noch Frauensache) und pflegebedürftigen Personen. Es handelt sich meistens um Alltagstätigkeiten wie Einkaufen, Putzen, Kochen, Fahrdienste und ähnliches. Mehr als die Hälfte der 65+-Jährigen nimmt Hilfe durch Angehörige oder Spitex-Dienste in Anspruch, denn die professionelle Hilfe ist kein Ersatz für informelle Hilfe. 63% der Personen, die Spitex-Leistungen in Anspruch nehmen, erhalten zusätzlich noch informelle Hilfe.

Der Pflege- und Betreuungsaufwand durch Angehörige und Dritte ist in §10 des Gesundheitsgesetzes (GesG) geregelt, auch gibt es weitere Bemühungen auf nationaler Ebene hier Entlastung zu schaffen.

Im stationären Setting ist die Pflege (GesG, §8) sowie dem KVG geregelt (KVG, Art. 25a, Abs. 5).

Fehlend ist eine umfassende gesetzliche Regelung der Betreuung, welche sowohl im ambulanten wie im stationären Setting von essentieller Bedeutung ist.

Die Motionär*innen bitten den Regierungsrat eine entsprechende gesetzliche Grundlage für die Betreuung in der Gesundheitsversorgung vorzulegen.

Sarah Wyss, Georg Mattmüller

3. Motion betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) in Verbindung mit dem Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (Wahlgesetz). Einführung des Anwaltsexamens als Voraussetzung zur Wahl eines Gerichtspräsidenten

21.5065.01

Das Gesetz nennt als einzige Voraussetzung für die Wahl zum Gerichtspräsidenten den Master-Abschluss eines Studiums der Rechte. Der Gerichtsaltag verlangt Kenntnisse des Prozessrechts, welche durch einen solchen Universitätsabschluss nicht nachgewiesen sind. Als zusätzliche Wählbarkeitsvoraussetzung sollte deshalb der Abschluss eines Anwaltsexamens verlangt werden.

Das Gesetz stellt auch keine Bedingung zum Leumund. Ein verurteilter Mörder mit Masterabschluss ist deshalb auch wählbar. Als zusätzliche Wählbarkeitsvoraussetzung sollte ein guter Leumund verlangt werden.

Ferner sollte in geeigneter Weise eine Ausbildung zum Richter verlangt werden. Im Gegensatz zu anderen Ländern, wie Deutschland, Frankreich und die angelsächsischen Länder, existiert in der Schweiz kein Lehrgang für eine Richterausbildung, was zu erheblichen Mängeln in der Gerichtsjustiz führt. Das Gesetz sollte deshalb den Abschluss einer Richterausbildung verlangen, insbesondere für Gerichtspräsidenten.

Der Motionär stellt den Antrag, das Gerichtsorganisationsgesetz entsprechend anzupassen.

Eric Weber

4. Motion betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG). Einführung einer Richterausbildung für Richter

21.5066.01

Das Gesetz nennt als einzige Voraussetzung für die Wahl zum Richter, die Stimmberechtigung in kantonalen Angelegenheiten. Der Gerichtsaltag verlangt Kenntnisse des Rechts und des Prozessrechts, welche damit überhaupt nicht nachgewiesen sind. Als zusätzliche Wählbarkeitsvoraussetzung oder Ausübungsvoraussetzung sollte deshalb der Abschluss einer Richterausbildung verlangt werden. Im Gegensatz zu anderen Ländern, wie Deutschland, Frankreich und die angelsächsischen Länder, existiert in der Schweiz kein Lehrgang für eine Richterausbildung, was zu erheblichen Mängeln in der Gerichtsjustiz führt. Das Gesetz sollte deshalb den Abschluss einer Richterausbildung verlangen,

Das Gesetz stellt auch keine Bedingung zum Leumund. Ein verurteilter Mörder mit Stimmberechtigung ist deshalb auch wählbar. Als zusätzliche Wählbarkeitsvoraussetzung sollte ein guter Leumund verlangt werden.

Der Motionär stellt den Antrag, das Gerichtsorganisationsgesetz entsprechend anzupassen.

Eric Weber

5. Motion betreffend Anpassung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (Wahlgesetz). Einführung des relativen Mehrs für die Wahl der Regierungsräte

21.5067.01

Die Regierungsratswahlen sollen sich auf einen Wahlgang beschränken, bei dem das relative Mehr gilt. Damit kommt dem Kräfteverhältnis der Stimmen mehr Rechnung zu, als über einen aufwändigen zweiten Wahlgang.

Der Motionär stellt den Antrag, das Wahlgesetz entsprechend anzupassen.

Eric Weber

6. Motion betreffend Einführung eines Qualitätssicherungssystems und Anpassung des Gerichtsorganisationsgesetzes (Gesetz betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft)

21.5068.01

Grundproblem unserer Gerichtsbarkeit ist, dass gewählte Richter Richter sind, und abgesehen von einer Wiederwahl in fünf Jahren und der Pensionierung keinerlei Kontrolle unterstehen.

Was mangelt:

- Eine Qualitätskontrolle
- Ein Qualitätssicherungssystem
- Eine kontrollierte Weiterbildung
- Ein Erfahrungsaustausch mit anderen Gerichten
- Eine Zweitbeurteilung im Sinne der Qualitätskontrolle (Peer Review)
- Eine Aufsicht, die den Namen verdient.

So ist ohne weiteres folgendes möglich, als Beispiel im Strafverfahren, dass Richter über Beschuldigte urteilen und es ist nicht dokumentiert:

- ob sie die Akten gelesen haben,
- ob sie den Sachverhalt verstanden haben,
- ob die Richter als Spruchgremium gemeinsam ein Urteil gefällt haben,
- ob sie, wann sie, und wie lange sie den Sachverhalt beurteilt haben,
- ob sie eine eigene Meinung gebildet haben oder sich der Meinung des Vorsitzenden angeschlossen haben,
- ob es eine Minderheitsmeinung gab,
- ob sie befangen sind, etc.

Diese Defizite sind erheblich werden aber tel quel hingenommen.

Der Kanton als Gesichtskreis ist zu klein, um ein professionelles Gerichtswesen zu etablieren. Die Grösse der meisten Kantone erlaubt nicht, einen Gerichtskörper aufzubauen, der auch komplexe Fälle beurteilen kann und eine Redundanz des Wissens schafft, welches zu einer kohärenten Rechtsprechung führt. Eine Kontrolle und Zweitmeinung kann nicht aufgebaut werden.

Gerade im kritischsten Bereich, dem Strafrecht, führt das zu Verandelungen zulasten eines sachgerechten Urteils. Staatsanwälte, Richter, und Anwälte kennen sich und sind oft per Du und in regelmässigen gesellschaftlichen und beruflichen Kontakt. Man kennt sich ja. Wie soll da ein unabhängiges Urteil entstehen. Anwälte unterlassen Befangenheitsanträge zu stellen, weil im nächsten Fall, vielleicht sogar noch in der gleichen Woche, sich wieder der gleiche Anwalt und der gleiche Richter gegenüberstehen. Ebenso beim Staatsanwalt. Strafrichter und Staatsanwalt sehen sich regelmässig. Die Staatsanwaltschaft liefert die Aufträge für das Strafgericht. Da ist eine natürliche Zurückhaltung in der Kritik implizit enthalten. Die notwendige Anonymität für ein unabhängiges Urteil fehlt gänzlich. Das gleiche gilt für den Instanzenweg. Die Richter der ersten Instanz und die Richter der zweiten Instanz sind Richterkollegen. Das verhindert die gesetzlich geforderte Rechtskontrolle.

Vorschläge de lege ferenda

Richter sollten nicht aufgrund der Parteizugehörigkeit gewählt werden, sondern aufgrund ihrer Fähigkeiten. Nach einer Zulassungsprüfung sind die Richter durch das Zufallsprinzip zu wählen, womit auch eine natürliche Fluktuation zustande kommt. Nicht mehr die Parteizugehörigkeit soll entscheiden, sondern Qualität und Unabhängigkeit.

Das Gerichtswesen ist zu professionalisieren. Weiterbildung und internationale Vergleiche sind notwendig.

Es ist eine Dokumentationspflicht zu schaffen, aus denen der Entscheidungsprozess des Gerichts nachvollziehbar wird.

Die gleichen Vorgaben gelten für die Staatsanwaltschaft. Einführung eines Qualitätssicherungssystems und Weiterbildungspflicht.

Der Motionär stellt den Antrag, das Gerichtsorganisationsgesetz entsprechend anzupassen.

Eric Weber

7. Motion betreffend Ernennung der Spruchkörper durch einen begründeten Richterzuteilungsentscheid und im Strafrecht durch das Zufallsprinzip; Anpassung des Gerichtsorganisationsgesetzes (Gesetz betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft)

21.5069.01

Der Anspruch auf einen unparteiischen, unvoreingenommen und unbefangenen Richter ohne Einwirkung sachfremder Umstände ist bei den Gerichten oft nicht gegeben. Richter setzen sich selbst ein oder befangene Richter ernennen andere Richter und bei Ausstandsverfahren bestimmen die befangenen Richter ihren eigenen Ausstandsrichter.

Der Anspruch auf die Bestellung eines unabhängigen Spruchkörpers, insbesondere im internationalen Kontext:

ii) Es ist auf den Aufsatz von Oliver Lücke Im Plädoyer 1/2018 „Gerichte: Fallzuteilung kann die EMRK verletzen“ hinzuweisen. Die wichtigsten Kernaussagen: Die 'Festlegung der Zusammensetzung des Spruchkörpers durch die Justizorgane ist konventionswidrig' (aaO S. 41). 'Die Regelung muss transparent und klar sein' (aaO S. 41, 42). „Bei der aktuellen Rechtslage besteht nämlich das Risiko, dass die derzeitige Richterzuteilung durch den EGMR ständig gerügt wird“ (aaO S. 43). Die Fallzuteilung des Strafgerichts widerspricht diesen Vorgaben krass!

jj) Da der Anspruch auf einen unparteiischen, unvoreingenommenen und unbefangenen Richter ohne Einwirken sachfremder Umstände ein verfassungsmässiger Anspruch ist, der nach völkerrechtlichen Prinzipien auszulegen ist, werden die Gerichtsverteilungspläne und Lösungen anderer Staaten hier kurz dargestellt.

- Schweiz: Bundesverwaltungsgericht

Vorbildfunktion nimmt in der Schweiz das Bundesverwaltungsgericht ein, welches mit einer Zuteilungssoftware das Spannungsfeld zwischen Geschäftslast und Fachkenntnissen einzelner Richter einerseits und dem Recht auf Gesetzlichen Richter andererseits zu kontrollieren versucht (dabei werden die Richter dann „durch den Computer“ zugeteilt, was jegliche Einflussnahme bei der Zuteilung ausschliessen soll). Ex Wikipedia; Der gesetzliche Richter.

- Deutschland

Das Bundesverfassungsgericht (D) hat in mehreren Entscheiden geurteilt, dass ein Gericht, dessen Spruchkörper nicht zum vorneherein bestimmt ist, verfassungswidrig ist und die Urteile aufzuheben sind.

BVerfGE17,294

BVerfGE 95, 322

BVerfGE14, 156

BVerfGE19,52

BVerfGE4,412

BVerfGE 9, 322

BVerfGE31, 145

BVerfGE 40, 356

Die Lektüre der Urteile ist klar, insbesondere das erste Urteil 17,294.

- Österreich

Das gleiche gilt für Österreich, Zitat aus www.justiz.gv.at Das österreichische Bundes-Verfassungsgesetz (Artikel 83 Abs. 2 B-VG) gibt dem Einzelnen das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter. Das Gesetz legt nach sachlichen und örtlichen Kriterien (etwa nach dem Wohnsitz des Beklagten) fest, welches der 166 österreichischen Gerichte zur Entscheidung einer konkreten Sache zuständig ist. Innerhalb des zuständigen Gerichts bestimmt die sogenannte Geschäftsverteilung nach objektiven und sachlichen Kriterien, welcher Richter den Fall bearbeitet. Diese Geschäftsverteilung wird von einem Richtersenat jeweils für ein Jahr im Vorhinein festgelegt. Dieses Verfahren schließt sachfremde Einflüsse auf die Auswahl des für die einzelne Rechtssache konkret zuständigen Richters aus.

- Lichtenstein

Lichtenstein kennt das Zufallsprinzip nach Akteneingang, dazu StGH 2000/60 vom 19.02.2001.

- USA Minnesota

Die Gerichte von Minnesota kennen das Zufallsprinzip. „An electronic Case ..., on a random basis...“ aus "Order for Assignment of cases".

- USA Ohio

Die Gerichte von Ohio kennen das Zufallsprinzip. „The clerk shall cause the computer to randomly assign...” aus "rules of practice of the court of common pleas".

- USA Michigan

Die Gerichte kennen das Zufallsprinzip. „The clerk shall employ a random method...” Assignment an Reassignment of Criminal Cases to Judges.

- USA Entscheid des obersten Gerichtshofes

Im Entscheid 78 Texas Law Review 1037 (April 2000) wurde das Zufallsprinzip vorgeschrieben: „...that the courts should put in place national standards designed to ensure random assignment”.

- Australian

Der 'Federal Court of Australia' verlangt eine Vorbestimmung des Richters im Zeitpunkt des Falleingangs. „...that each case commenced in the court is to be sequentially allocated to a judge of the court, at the time of filling, ...”.

- Dänemark

Zufallsprinzip: "randomly by a computer or by the clerk of court." (M. Fabbri and Philipp Langbroeck, Vol 1 EJLS No2.) ENCJ: European Network of the Councils for the Judiciary Report 2014. Der Report 2014, als internationales Richterstandardwerk proklamiert 11 Standards, darunter:

1. Zuteilung der Gerichtsfälle konform zu Art. 6 EMRK.
2. Öffentliche Bekanntmachung der Zuteilungskriterien.
3. Faire Zuteilung
4. Etablierte Methode der Richterzuteilung
5. Objektive Zuteilungsmethoden
6. Berücksichtigung der Komplexität des Falles in der Zuteilung
7. Reglementiertes Zulassungsverfahren
8. Senioritätsprinzip
9. Begründungspflicht der Richterzuteilung
10. Begründung der Zusammensetzung des Spruchkörpers
11. Information an die beteiligten Parteien über die Richterliche Zusammensetzung

kk) Das GOG erfüllt maximal 2-3 dieser Voraussetzungen, die überwiegenden Bestimmungen sind nicht erfüllt. Die Gesetzgebung in Basel-Stadt kennt die minimalen Vorschriften eines richterlichen Verfahrens nicht. Primär geht es darum, das Gericht als Behörde unabhängig und unantastbar zu machen. Die Rechtsprechung der Basler Gerichte passt auch dazu. Sie haben keine Ahnung was Europäischer Standard ist. Ein Qualitätssicherungssystem fehlt.

Aus den oben erwähnten internationalen Vergleichen, die sich grösstenteils an der EMRK orientieren, ist ein System der Intransparenz und der Zuordnung der Richter in der alleinigen Kompetenz der Gerichte ohne Geschäftsverteilungsplan, wie er in Basel-Stadt praktiziert wird, nicht EMRK-konform und damit verfassungswidrig. Die bisherige Praxis der Gerichte in Basel-Stadt, dass sich irgendein Richter als zuständiger Richter zu erkennen gibt, ohne diesen Entscheid des Kollektivs des Gerichts mittels einer begründeten Verfügung zu ernennen, ist durch das GOG nicht gesetzeskonform legitimiert.

Vorschläge de lege ferenda

Die Richterzuteilung ist durch einen begründeten Richterzuteilungsentscheid den betroffenen Parteien zu eröffnen.

Im Strafrecht muss die Richterzuteilung und Spruchkörperbildung nach dem Zufallsprinzip erfolgen (wie in USA, UK, und zahlreichen anderen Ländern).

Der Motionär stellt den Antrag, das Gerichtsorganisationsgesetz entsprechend anzupassen.

Eric Weber

8. Motion betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz, OG). Einführung der Kollektivunterschrift bei der öffentlichen Verwaltung

21.5070.01

Bei der Privatwirtschaft ist Kollektivunterschrift üblich und entspricht auch der üblichen Compliance. Die Kollektivunterschrift soll auch bei der öffentlichen Verwaltung eingeführt werden.

Der Motionär stellt den Antrag, das Organisationsgesetz entsprechend anzupassen.

Eric Weber

9. Motion betreffend Anpassung des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz). Die Einkommenssteuerbelastung ist auf 50% zu begrenzen

21.5071.01

Schon jetzt führen sämtliche Abgaben oft zu einer Belastung von über 50%. Die Einkommenssteuer ist deshalb auf 50% zu begrenzen. Sämtliche Abgaben und Steuern und Sozialversicherungen sind zu berücksichtigen.

Zu den Einkommenssteuern im weiteren Sinne zählen:

Die Einkommenssteuer

Die Vermögenssteuern, in der Annahme dass die Vermögenssteuer nicht zu einer Enteignung führen soll und aus dem Einkommen bezahlt werden soll (für letztere gilt bereits eine Grenze von 50%, allerdings nur zusammen mit der Einkommenssteuer).

Die Grundstückgewinnsteuer

Die AHV-Beiträge über dem rentenbildenden Maximum, da diese Beiträge eine reine Steuer sind und zu keinen Sozialversicherungsleistungen führen.

Die ALV-Beiträge für KMU-Unternehmer, da diese Beiträge eine reine Steuer sind. KMU-Organen zahlen ALV und erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit keine Arbeitslosengelder.

Die Reduktion der Einkommenssteuer wird auf Antrag pro Steuerjahr auf der kantonalen Einkommenssteuer gewährt.

Der Motionär stellt den Antrag, das Steuergesetz entsprechend anzupassen.

Eric Weber

10. Motion betreffend Anpassung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates an die Bedürfnisse eines digitalen Parlamentsbetriebs

21.5072.01

Der Abbruch der Bundessession hat es gezeigt. Das Parlament ist in Krisenzeiten handlungsunfähig. Jedermann redet von Digitalisierung und das Parlament ist dem verschlossen. Die Coronakrise ist Motivationsfaktor für die dringende Reform des Parlamentsbetriebs.

Wer kennt die endlosen Debatten nicht. Aus dem Fernsehen, Radio oder den Printmedien. Jedes Geschäft wird im Parlamentsbetrieb debattiert. Redner tragen sich ein und müssen die Redezeitbeschränkung beachten. Nach der Debatte wird abgestimmt. In vielen Fällen war bereits zuvor das Abstimmungsergebnis absehbar. Die Egomane und das Geltungsbedürfnis der Parlamentarier führen so im erheblichen Mass zu einem ineffizienten Gesetzgebungsorgan.

Wie kann der Parlamentsbetrieb effizienter gestaltet werden?

Erste Massnahme ist eine Intranetlösung für den Grossen Rat. Zugang haben die Parlamentarier und die Parlamentsadministration. Der Zugang erfolgt über einen geläufigen zweistufigen Zugangsprozess mit Passwort und TAN (oder dergleichen). Sämtliche Dokumente werden digital publiziert. Gesetzesentwürfe, Kommentare, etc. Diese Massnahme erspart Papier und erlaubt mehr Übersicht.

Daran anschliessend erfolgt ein zweistufiger Entscheidungsprozess. In einem Vorverfahren wird allen Parlamentariern die zu debattierende Geschäftsunterlage zugestellt. Innerhalb einer Frist äussern sich die Parlamentarier zum Geschäft (chatten). Nach Ablauf dieser Frist erfolgen konsultative Abstimmungen und Mitteilungen.

Soll das Geschäft öffentlich debattiert werden; ja / nein?

Nehmen Sie Vorlage an; ja / nein?

Haben Sie Änderungsanträge?

In der Folge bereitet die Parlamentsadministration das Geschäft vor. Wird mehrheitlich keine Debatte gewünscht und zeichnet sich eine klare Mehrheit ab, erfolgt eine rein elektronische Stimmabgabe. Mit dieser Vorgehensweise wird der Parlamentsbetrieb von unnötigen Debatten entlastet.

Zeigt sich Diskussionsbedarf, wird zur physischen Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnungen der Parlamente müssen angepasst werden. Quorren legen das Prozedere vor.

Wahlgeschäfte werden erheblich effizienter. Wenn wir an die ganztägigen Bundesratswahlen im Bundesparlament denken, werden diese so digital innerhalb kurzer Zeit entschieden. Dies ist zwar medial interessant, aber erheblich effizient. Alleine dies spart viel Zeit und Geld. Die digitale Wahl erfolgt elektronisch im parlamentarischen Intranet und die Administration kann kurze Zeit nach Ablauf der Wahlfrist das Wahlergebnis veröffentlichen oder zum zweiten Wahlgang einladen.

Sämtliche persönlichen Geschäfte der Parlamentarier vereinfachen sich. Vorstösse, Motionen, Kleine Anfragen, oder wie sie alle heissen, funktionieren digital. Anstelle des Sammelns physischer Unterschriften wird digital signiert. Debatten zu solchen Geschäften erfolgen nur, wenn erwünscht. Die Beantwortung aller parlamentarischer Anfragen erfolgt digital, bei wenigen wirklich wichtigen, gibt es den physischen Meinungsaustausch.

In Krisenzeiten, bei denen kein Parlamentsbetrieb möglich ist, kann die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit aufrechterhalten werden. Der heutige Stillstand der Parlamente zeigt dies leider dramatisch. Gerade jetzt wären parlamentarische Entscheide dringend nötig. Alle Entscheide in die Hände der Exekutive zu legen, ist problematisch.

Auf diese Weise lässt sich die Legislative erheblich in der Effizienz steigern. Dies gilt für den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, aber auch für Bund, Kanton und Gemeinde. Das Einsparungspotential für 2 Bundesratskammern, 26 Kantonsparlamente und etliche Gemeindelegislativen (Einwohnerräte) ist erheblich. Wenn so nur 10% der Kosten eingespart werden können, sind dies schweizweit CHF 100 - 200 Mio. und mehr pro Jahr. Diese helvetische Digitalisierung im Parlament könnte auf die Welt ausstrahlen. Die Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen sind dort multiple beträchtlich. Ganz abgesehen von der Aufrechterhaltung des Parlamentsbetriebs in Krisenzeiten!

Die Möglichkeit über Shareplattformen an den Generalversammlungen von Publikumsgesellschaften teilzunehmen hat bewiesen, dass kollektive Entscheidungen auf elektronischem Wege möglich sind, effizient sind und Kosten sparen. Das gleiche gilt für den Parlamentsbetrieb. Es wird Zeit, dass die Parlamente nicht nur über die Digitalisierung reden, sondern diese auch im Parlamentsbetrieb umsetzen.

Auch für die Exekutive, Gerichte, Kommissionen, etc. kann dieses Vorgehen kostensparend eingeführt werden. Vielleicht nicht so unmittelbar, wie beim Parlament.

Der Motionär stellt den Antrag, die Geschäftsordnung des Grossen Rates entsprechend anzupassen.

Eric Weber

11. Motion betreffend keine Marktgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise

21.5106.01

Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB §20 Abs. 2

Der Grosse Rat hat am 14.1.2021 die Motion Schaller betreffend «keine Allmendgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise» an den Regierungsrat überwiesen. In der Motion wird gefordert, dass die Allmendgebühren aufzuheben und die seit Mai 2020 einbezahlten Allmendgebühren zurückzuerstatten seien. Die Aufhebung soll mindestens bis zu dem Zeitpunkt gelten, an welchem die letzten Einschränkungen zu Lasten des Gewerbes wieder aufgehoben sind.

Bereits im November 2020 hat der Grosse Rat die Motion Stumpf betreffend «Gebührenerlass für die Herbstmesse 2021» dem Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme vom 3.2.2021 die Motion als rechtlich zulässig bezeichnet, dem Grossen Rat aber zur Ablehnung empfohlen, da ein solches Entgegenkommen nur den diesjährigen Teilnehmern zugutekommen würde und es zu einer Ungleichbehandlung gegenüber den Marktteilnehmern des Basler Weihnachtsmarktes sowie weiterer Märkte im Kanton Basel-Stadt kommen würde.

Unabhängig des Beschlusses zur Motion Stumpf, bei welcher es sich „nur“ um die Herbstmesse handelt, wurde der Motionär von verschiedenen Markthändlern angesprochen und darauf aufmerksam gemacht, dass es für sie zu dramatischen Einkommensausfällen gekommen sei und es unfair ist, wenn nun die Allmendgebühren, nicht aber die für Marktfahrende relevanten Marktgebühren erlassen werden.

Angesichts der negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Gewerbe, verschärft durch die vom Bundesrat beschlossenen Schliessungen und der Homeoffice-Pflicht, haben es Marktfahrende schwer, kostendeckend zu wirtschaften. Der ansonsten belebte Markt auf dem Marktplatz wird bspw. aufgrund der Bundesvorgaben nur begrenzt genutzt – entsprechend sinken die Einnahmen.

Entlastungsmassnahmen der Regierung galten bisher v.a. für den Allmendbereich. So haben Verkaufsstände auf Allmendboden (z.B. Marroni-Verkäufer) eine 50%-Reduktion der Gebühren (seit Mai 2020) erhalten. Marktfahrer für die von der Abteilung Messen und Märkte (PD) erhobenen Marktgebühren nur in der 1. Welle (März/April 2020) einen totalen Gebührenerlass (wie die Allmendpächter). Wobei hier zu erwähnen ist, dass in dieser ersten Phase ohnehin sämtliche Stände verboten waren.

Während der 2. Welle bekamen nun auch Taxifahrende rückwirkend eine Halbierung der Taxibewilligungsgebühren für das Jahr 2020 zugesprochen (Medienmitteilung vom 21.1.2021). Markthändler hingegen nichts.

Die Gemeinde Riehen hat vor Monaten reagiert und interessierten Marktfahrern, die sich bei der Gemeinde bewerben konnten, kostenlos einen Standplatz im Dorfzentrum zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot fand grossen Anklang. Seit Januar 2021 wird von der Gemeinde ein symbolischer Beitrag von lediglich 10.-/Tag und Stand erhoben.

Es erscheint angebracht, dass auch die Marktgebühren für den Stadtmarkt, den Neuwarenmarkt und Quartiermärkte (sofern gemäss COVID-Verordnung des Bundes zugelassen) erlassen werden. Für die restlichen Marktbereiche der Gebührenverordnung des Kantons gibt es derzeit keine Dringlichkeit (Weihnachtsmarkt/Weihnachtsbaummarkt finden erst Ende 2021 wieder statt) resp. sind bereits Vorstösse hängig (Herbstmesse, Motion Stumpf).

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, mindestens 50% der seit Mai 2020 erhobenen Marktgebühren der Gebührenverordnung betreffend Messen und Märkte in der Stadt Basel für den «Basler Stadtmarkt», den «Neuwarenmarkt» und die «Quartiermärkte» (3., 4., u. 6. des Anhanges zu §1 Abs. 1) – sofern ein gewerblicher Zweck besteht – rückwirkend zurückzuerstatten und bis zum Ende der letzten Einschränkungen zu Lasten des Gewerbes ab sofort lediglich maximal 50% der Gebühren zu erheben.

Joël Thüring, Luca Urgese, François Bocherens, Michael Hug, Beat Leuthardt, Roger Stalder, Balz Herter, Lorenz Amiet, Christoph Hochuli, Beatrice Isler

12. Motion betreffend Härtefall-Klausel für Corona-verursachte Arbeitslosigkeit

21.5107.01

Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB §20 Abs. 2

Richtigerweise werden unter der Corona-Krise leidende Unternehmen vom Bund und vom Kanton mit verschiedenen Instrumenten finanziell unterstützt, durch oder mit erleichtertem Zugang zu Kurzarbeitsentschädigung, durch Mietzinserleichterungen, Bürgschaftsprogramme oder dem Härtefall-Unterstützungsprogramm aus dem sogenannten Krisenfonds. Damit leisten der Bund und auch unser Kanton entscheidende und wirksame Beiträge zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Allerdings richten sich all diese Massnahmen bisher in erster Linie an die Unternehmen. Es sind aber auch die Lohnabhängigen, die unter den Folgen dieser Krise leiden. Trotz aller Anstrengungen ist leider wohl nicht zu vermeiden, dass nicht alle betroffenen Unternehmen überleben werden und damit ihre Angestellten die Arbeit verlieren. Eine corona-bedingte Steigerung der Arbeitslosigkeit ist bereits deutlich geworden, auch in Basel-Stadt¹: So liegt die Arbeitslosenquote seit März 2020 konstant über 3.5%, in den letzten Monaten gar über 4%². Eine Arbeitslosenquote über 4% verzeichnete der Kanton zuletzt im Jahr 2010, seit 2016 sank die Quote hingegen stetig bis auf 3% im Jahr 2019.

Zwar greift im Fall des Stellenverlusts die Arbeitslosenversicherung, aber für die Betroffenen bedeutet es trotzdem eine einschneidende Einkommenseinbusse, im Besonderen bei bereits tiefen Löhnen. Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt bleiben zudem, realistisch gesehen, vorerst leider düster. Dies hat auch der Bundesrat erkannt; er schlägt dem Bundesparlament daher eine Verlängerung der Taggeldbezugsdauer der Arbeitslosenversicherung um 3 Monate vor.

Diese Massnahme kann zwar Aussteuerungen reduzieren, jedoch löst sie das akute Problem vieler Betroffenen nicht. Insbesondere in den aktuell stark betroffenen Branchen wie beispielsweise der Gastronomie sind die Löhne tief und eine Einkommenseinbusse von 20-30% (gemäss AVIG) ist massiv und schmerzhaft. Hinzukommt, dass damit die Kaufkraft weiter geschwächt wird. Doch gerade um eine prognostische Rezession zu verhindern bzw. abzumildern, gilt es die Kaufkraft zu erhalten. Und diesen Menschen direkt unter die Arme zu greifen. Es scheint darum angezeigt, dass der Krisenfonds im Sinne seines Zwecks zur Vermeidung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie deren Folgen nun auch für von der Corona-Krise hart getroffene Arbeitnehmende eingesetzt wird. Ziel soll es sein, dass Menschen mit tiefen Einkommen, die auf Grund von Corona ihre Stelle verloren haben, die Einkommenseinbussen kompensiert werden. Den Motionär*innen schwebt dabei eine praktikable, schnell greifende Härtefall-Lösung ähnlich der Bundesmassnahme betreffend Kompensation der Einkommenseinbussen bei Kurzarbeitsentschädigung (Art. 17a Covid-19-Gesetz) vor.

Die Ausschüttung soll an Bedingungen geknüpft sein wie beispielsweise:

- Arbeitslosigkeitsmeldung seit Mai 2020 (Arbeitslosenquote in BS steigt erstmals über 4%)
- versicherter Verdienst von weniger als 4340.- CHF (entsprechend der Regelung betr. Bemessung der Kurzarbeitsentschädigung bei tiefen Einkommen Art. 17a Covid-19-Gesetz)

Die Massnahme soll zudem befristet sein. So wäre denkbar, dass sie automatisch drei Monate nach dem Quartal, in welchem die Arbeitslosenquote konstant unter z.B. 3.5% lag, endet. Die Prüfung der Berechtigung könnte beispielsweise vom RAV vorgenommen werden, dass alle ALE-Anmeldungen triagiert. Denkbar wäre eine Auszahlung dann über die öffentliche Arbeitslosenkasse.

Wichtig ist den Motionär*innen eine rasche Umsetzung, ganz im Sinne einer Härtefall-Massnahme. Daher schlagen die Motionär*innen eine Lösung über den Krisenfonds vor. Sollte der Regierungsrat eine andere sinnvollere Lösung sehen, wird diese aber selbstverständlich begrüsst.

¹ <https://www.statistik.bs.ch/aktuell/coronafolgen/arbeitslosenzahlen.html>

² <https://statabs.github.io/indikatoren/chart-details.html?hideHeader=false&id=7510>

Toya Krummenacher, Nicole Amacher, Sasha Mazzotti, Beda Baumgartner, Sebastian Kölliker, Georg Mattmüller, Michela Seggiani, Marianne Hazenkamp-von Arx

Anzüge

1. Anzug betreffend Gleichstellung der bisherigen und neugewählten Mitglieder des Grossen Rates

21.5073.01

Am 25.10.2020 wurden zahlreiche Grossräte frisch gewählt. Als neugewählte Mitglieder des Grossen Rates können diese Personen erst im Februar oder März 2021 Eingaben an den Grossen Rat einreichen, während dem wiedergewählte Grossräte in ihrer parlamentarischen Tätigkeit nicht eingeschränkt sind und aktiv sein können und

Eingaben an den Grossen Rat einreichen können. Weil mit dem Ablauf der Wahlperiode die Tätigkeit als Grossrat endet, führt dies dazu, dass die Amtsperiode von wiedergewählten Grossräten länger dauert, als solche von Neugewählten.

Ich bitte deshalb zu prüfen und zu berichten, wie wiedergewählte und neugewählte Grossräte gleich behandelt werden können.

Eric Weber

2. Anzug betreffend Einführung eines quartalsmässigen Reportings an die Mitglieder des Grossen Rates

21.5074.01

Im Hinblick auf die Arbeit der Mitglieder des Grossen Rates ist eine quartalsmässige Information notwendig. Der Anzugsteller schlägt ein Quartalsreporting vor, mit den Daten von acht Quartalen, inklusiv das aktuellste Quartal. Das Reporting soll folgende Informationen enthalten:

Einnahmen Steuern

Übrige Einnahmen

Total Einnahmen

Ausgaben Staatspersonal

Ausgaben Personal Staatsbetriebe

Total Personalausgaben

Übrige Ausgaben

Total Staatsausgaben

Kosten für Aufträge an Private

Staatsangestellte (auf 100% Basis)

Personalfuktuationsrate

Staatsverschuldung

Veränderung der Staatsverschuldung

Anzahl Einwohner Kanton

Anzahl Mitglieder des Grossen Rates, welche mehr als CHF 50'000 pro Jahr erhalten vom Kanton oder kantonalen Kantonsbetrieben oder von massgeblich staatlich subventionierten Betrieben.

Eric Weber

3. Anzug betreffend Bettler in der Stadt, Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

21.5075.01

Seit der Aufhebung des Verbots im Kanton Basel-Stadt zu Betteln, haben die Bettler stark zugenommen und prägen das Stadtbild. Viele Bettler reisen aus Rumänien und Bulgarien ein mit Billigflügen und verbringen hier ein paar Monate, bevor sie wieder zurückgehen.

Betteln ist eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit und ich bitte die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob bei der Einreise die dafür notwendigen Arbeitsbewilligungen, sei es als Angestellte oder als selbstständig Erwerbende, vorliegen.

Betteln ist eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit und ich bitte die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob die dafür in Basel erzielten Einkünfte der ordentlichen Besteuerung und / oder Quellensteuer unterliegen.

Betteln ist eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit mit gesteigerter Gemeingebrauch und ist bewilligungspflichtig. Ich bitte die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob solche kostenpflichtigen Bewilligungen für den Arbeitserwerb des Bettelns auf Allmend' gesetzeskonform ausgegeben werden.

Ich bitte die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob analog der Prostitution Bodenmarkierungen angebracht werden mit zugewiesenen "Bettelplätzen". Damit könnte eine gewisse Ordnung geschaffen werden.

Allenfalls könnte eine kombinierte Bewilligung "Betteln" ausgegeben werden mit Einreisebewilligung, Arbeitsbewilligung, Almbewilligung mit Gebühr und Quellensteuer.

Die Bettler übernachten in den Stadtpärken und verrichten die Notdurft in den Pärken der Stadt. Ich bitte die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob nicht Militärzelte und Notdurftkabinen aufgestellt werden können.

Ich bitte deshalb zu prüfen und zu berichten, wie Bettler gesetzeskonform behandelt werden können.

Eric Weber

4. Anzug betreffend Bürger-Sprechstunde im Basler Parlament

21.5076.01

Wenn man seit 50 Jahren jeden Tag alle Tageszeitungen in Basel lesen kann, dann sieht man, dass alles für Randgruppen gemacht wird. Kinder-Parlament. Ausländer-Parlament. Und und und. Aber wo bleibt der Schweizer? Dieser geht im Dschungel für die Ausländer- und Asylanten-Förderung total verloren und macht daher nur noch die Faust im Sack. Genau so geht es auch Eric Weber. Es sind Stimmen, die muss man hören.

In einem Parlament, und so soll es auch sein, werden alle politischen Strömungen kanalisiert.

Die Regierung oder das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie eine sogenannte Bürger-Sprechstunde im Parlament eingeführt werden kann. Konkret sei hier gedacht, dass einmal pro Monat oder alle zwei Monate während einer Stunde die Bürger das Wort ergreifen könnten. Bei uns im Parlament. Und von ihren Sorgen und Nöten berichten.

Sollte Eric Weber 2024 abgewählt werden, dann könnte Eric Weber so auch ab Februar 2025 weiter in der Politik bleiben.

Damit kein Missbrauch betrieben wird, darf jeder Bürger, der sprechen möchte, höchstens zweimal pro Jahr sprechen. Redezeit pro Bürger sind 10 Minuten. Ich bitte um Prüfung. Danke. Merci.

Eric Weber

5. Anzug betreffend keine geheimen Asyl-Lager in Basel

21.5077.01

Schon x-fach habe ich als Grossrat gefragt, wo sich denn konkret die Asylantenheime in Basel befinden. Als Grossrat hat man das Recht und die Pflicht, die Regierung zu fragen, was dem einfachen Búezer von der Strasse auf dem Herzen liegt.

Die Basler Regierung hat mir als Grossrat geantwortet, dass nicht publiziert wird, wo sich die Asylantenheime in Basel befinden. Wer aber aufmerksam durch die Stadt und seinen Wahlkreis geht, der weiss, dass sich z.B. ein grosses Lager von Wirtschafts-Asylanten an der Horbürgerstrasse befindet.

Mit diesem Anzug bitte ich zu prüfen, dass die Regierung doch mitteilen kann, wo sich alle Asylantenheime im Kanton Basel-Stadt befinden.

Eric Weber

6. Anzug betreffend Basler Pharma Giganten sollen anständig sein mit Grossräten und wenn das nicht der Fall ist, bitte ich um Prüfung von Staatlicher Enteignung wie in der DDR

21.5078.01

Seit Jahren drohen Pharma Giganten wie Novartis oder Roche mit dem Abzug von Basel. Dann sollen Sie gehen. Genosse Erich Honecker, Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, sagte kurz vor der Wende: „Weder Esel noch Stock halten die Flüchtlinge auf, die die DDR verlassen wollen.“

Und wenn die PHARMA Giganten gehen wollen, dann sollen sie bitte gehen. Ich bin eh gegen Kapitalismus. Ich bin Anti-Imperialist. Ich lese jeden Tag, seit meiner Kindheit in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) die Zeitungen der Partei, der SED, Neues Deutschland und Junge Welt. Ganz ehrlich gesagt, ich hasse alle Kapitalisten. Ich habe mich mit der PdA Grossrätin Louise Stebler bis zu ihrem Tod sehr gut verstanden und wir teilten unsere Meinung in 95 % der Fälle, nur nicht in der Ausländer-Politik. Ich bin Kommunist. Durch und durch. Aber auch Populist.

Und da fällt mir schon auf, wie die Kapitalisten mit dem einfachen Bürger umspringen. Und die Pharma Giganten haben nicht mal Respekt vor Grossräten. Seit 1984 bin ich Grossrat von und zu Basel, mit kurzen Unterbrüchen. Seit 1984 bekam ich noch nie ein Dankes-Schreiben von Roche oder Novartis zu meiner Wahl ins Kantonsparlament. Geschweige denn eine Einladung für ein Mittagessen oder einen Besuch der Industrie-Anlagen.

Wenn man sich mit offiziellem Presse-Ausweis, den ich seit 1979 habe, jedes Jahr, anmeldet, wird man abgewimmelt.

Als Mitarbeiter von zahlreichen Abgeordneten im Europa-Parlament, im Bundestag, im Nationalrat, im Landtag Sachsen oder im Landtag Sachsen-Anhalt kenne ich alle Post-Schreiben, die meine Abgeordneten erhalten. Nach jeder Wahl bekommt ein Abgeordneter in Deutschland weit über 350 Gratulations-Schreiben und auch Einladungen. Nichts davon in Basel. Die Riehener Zeitung ist so nett und schickt jedem Grossrat die Zeitung kostenfrei.

Seit fünfzig Jahren bekam ich noch nie ein Brief von Roche oder Novartis. Man fühlt sich als was ganz Einfaches. Daher will ich meinen ganzen Frust nun in diesem Anzug reinschreiben. Ich will nichts mehr in mich rein fressen.

Ich bitte die Basler Regierung zu prüfen, die ja in Kontakt mit den Pharma Multis steht, dass man ab sofort auch ein gutes Verhältnis zu den Grossräten aufbaut. Und diese auch mal zu einer Besichtigungs-Tour einladen tut.

Sollte dies aber in den nächsten zwei Jahren nicht gemacht werden, wegen Staatsverweigerung dieser Betriebe, bitte ich die Regierung, zu prüfen, wie man diese Firmen enteignen kann oder aus unserem schönen Stadt-Kanton vertreiben kann. Ich meine es vollkommen ernst. Ich denke so. Ich war auf dem Gymnasium und habe hoher IQ.

Eric Weber

7. Anzug betreffend Freigabe von allen Drogen

21.5079.01

Basel kann Weltgeschichte schreiben. Und wir müssen wieder Weltgeschichte schreiben, wie früher. Wie mit der Weltmesse für Uhren und Schmuck, die Basel World, die abgeschafft wurde. Auch die Basel Art steht vor dem Abgesang. Und der FC Basel wird nie mehr in der Champions League spielen.

Die Zeiten für Basel sind vorbei. Der Niedergang droht. Im Ausland wird man daher nicht mehr auf Basel angesprochen, wenn man sagt, man ist von Basel. Wir verkommen von einer Welt-Stadt zu einem kargen und traurigen Provinz-Nest mit nur noch Ökos.

Als Reiseleiter in Amsterdam habe ich schon vor 40 Jahren gesehen, dass dort der Umgang mit Drogen ganz anders ist. Man riecht es, wenn man dort durch die Gassen und Strassen schlendert.

Basel in der Mitte von Europa kann sich zum Drogen-Hot-Spot entwickeln, wenn wir nun mutig voran gehen und alle Drogen frei geben. Ich betone, ich habe noch nie Drogen genommen. Aber ich sehe doch in Basel, wie viele Menschen unter Sex- oder Alkohol-Sucht stehen. Und Sex-Sucht ist erlaubt. Und Alkohol-Sucht ist erlaubt. Aber die Drogen-Junkis werden bestraft. Obwohl das auch nur eine Drogen Sucht ist. Das sind doch „arme Hunde“ oder wie man dem sagt. Ich will ja nur helfen. Wie immer, als Grossrat und Mensch.

Viele meiner Wähler sagen mir: „Gell, wenn Du wieder im Grossen Rat bist, dann machst Du alles dafür, dass die Drogen legal sind.“ Und ich halte meine Wählerversprechen ein.

Daher bitte ich die Regierung zu prüfen, wie alle Drogen in Basel frei gegeben werden können. Dass wir zur Drogen Hauptstadt Europas aufsteigen können. Ich meine mein Anliegen ganz ernst. Meinen Wählern, die Drogen nehmen, sage ich täglich: „Du kannst Drogen nehmen, aber bitte alles in Massen. Nicht zu viel. Sonst gehst Du drauf. Und ich will nicht dass Du stirbst. Dann habe ich Dich auch nicht mehr als Wähler.“ Und ich will was für meine Wähler machen. Das ist meine Bürger-Pflicht.

Eric Weber

8. Anzug betreffend Schutz für Schwule und Lesben

21.5080.01

Die Grünen und SP nehmen sich dem Thema gerne an. Aber das kann ich auch. Daher bitte ich die Regierung, zu prüfen, wie der Schutz von Schwulen und Lesben besser gewährleistet wird. Das Thema darf nicht nur von der Linken bearbeitet werden, die dadurch noch mehr Wähler bekommt. Ich will auch meine Wähler für die Grossrats-Wahl 2024.

Ich betone, ich bin weder schwul noch lesbisch.

Eric Weber

9. Anzug betreffend Migrantenquote im öffentlichen Dienst beim Kanton BS

21.5081.01

Ich plane jetzt eine sogenannte Migrantenquote im öffentlichen Dienst des Kantons Basel-Stadt. Zur Begründung führe ich an, der Anteil von Migranten an der Bevölkerung Basels liege bei 35 Prozent, ihre Quote im öffentlichen Dienst der Stadt aber nur bei 12 Prozent. Ich will, dass der Staat Bedienstete nicht in erster Linie einstellt, um fähige Juristen, Verwaltungsfachleute und Polizeibeamte für uns alle einzustellen, sondern um zu verhindern, dass sich eigentlich schon halb oder dreiviertelabgewendete bzw. gar nicht integrierte Gruppen aus dem Migrantenmilieu ganz vom Staat „abwenden“.

Es wird daher die Regierung gebeten zu prüfen, wie Migrantenquoten im öffentlichen Dienst, also beim Kanton, geschaffen werden können.

Mit meinem Anzug bin ich der Zeit voraus und ich bitte die SP und die Grünen nicht von mir abzuschreiben, wie beim Gratis Internet in der Stadt und bei vielen weiteren Vorstössen von mir. Danke.

Eric Weber

10. Anzug betreffend Einführung einer 5%-Klausel im Basler Wahlrecht

21.5082.01

Die Sorgen und Klagen über Grossrat Eric Weber sind gross. Daher ändert man doch am liebsten das Wahlgesetz. Oder wollen Sie in Basel „Weimarer Verhältnisse“ mit vielen, sehr vielen Parteien.

Blicken wir zurück. 1990 verlangte die DSP, dass man wegen Eric Weber eine 5 % Klausel einführt. Später ist die DSP selbst von der Bildfläche verschwunden. Wie witzig. Aber das ist Politik.

Diese 5 % Klausel wurde dann eingeführt, damit Eric Weber endlich verschwindet. Mit der neuen Verfassung, zehn Jahre später, ging man dann auf 4 % runter, da man dachte, Eric Weber sei nicht mehr politisch aktiv.

Weit gefehlt. Eric Weber kam 2012 als Basler Wahlsieger zurück ins Parlament.

Dann wollte Sibel Arslan Eric Weber erneut verhindern und verlangte im Parlament die Einführung einer höheren Sperrklausel. Die dafür eingesetzte Kommission war sich nicht einig und gab dem Stimmvolk auf den Weg, die Abstimmung, dass man alle Prozent-Hürden abschafft. Die Abstimmung vom Februar 2017 hat ergeben, dass alle Prozent-Hürden abgeschafft wurden.

Obwohl Eric Weber 2020 viel schlechter als 2016 abgeschnitten hat, ist er zurück im neuen Parlament. Eric Weber hat von dem neuen Wahlgesetz profitiert.

In der Politik gibt es ein Sprichwort. Die Revolution frisst ihre Kinder. Und so ist es auch bei mir. Die SVP übernahm unser Parteiprogramm. Blocher war als Student ein Abonnement unserer Parteizeitung.

Und nun möchte ich mich als Grossrat selbst abschaffen. Daher beantrage ich zu prüfen, wie eine Sperrklausel im Kanton eingeführt werden kann, damit kleine Splitterparteien von der Bildfläche verschwinden. 198 Basler Menschen wählten mich ins Parlament. Diesen möchte ich danken.

Es muss aber verankert sein, dass das neue Wahlgesetz frühestens 2032 in Kraft gesetzt werden darf und kann.

Eric Weber

11. Anzug betreffend entweder dürfen alle trinken oder keiner

21.5083.01

Ich habe heute über Internet gesehen, wie an der Grossrats-Sitzung vom 14. Januar 2021 Grossräte während der Parlaments-Sitzung aus Flaschen getrunken haben. Zu Beweis-Zwecken habe ich Fotos gemacht.

Mir wurde das durch den Parlaments-Präsidenten immer verboten. Ich solle nicht trinken im Parlament. Ich solle nicht essen im Parlament. Aber die Regierungsräte dürfen seit über 100 Jahren im Parlament ihr Wasser oder egal was immer, trinken.

Diesbezüglich ist eine Vereinheitlichung wichtig. Gleiches Recht für alle.

Ich bitte das Büro des Grossen Rates zu klären, dass alle was trinken dürfen im Parlaments-Saal und nicht nur die Herren und Damen Regierungsräte.

Eric Weber

12. Anzug betreffend Tribüne für Zuschauer des Grossen Rates

21.5084.01

Keiner hat bisher gefragt. Aber ich mache es. Es ist unerträglich, dass der Grosse Rat ohne Zuschauer tagt. Mit Leichtigkeit kann eine Zuschauer Tribüne eingerichtet werden.

Wenn wir keine Zuschauer haben, gehen uns jeden Monat viele neue Wähler verloren. Wir haben bei der GR Wahl eine Beteiligung von nur noch 40% Wählern. Da blutet mir das Herz.

Ich bitte das Büro des Grossen Rates zu prüfen, wie man bitte möglichst schnell eine Tribüne wieder herstellen kann.

Eric Weber

13. Anzug betreffend Polizei muss den Schutz für den Grossen Rat erhöhen

21.5085.01

Parlamente werden mitunter attackiert. Kantonsrat Zug im Jahr 2001. Parlament der USA Anfang 2021. Und immer gab es viele Tote.

Nach dem Sturm auf das Kapitol in Washington wird der Deutsche Bundestag stärker geschützt.

Auch in Basel ist der Schutz völlig daneben. Ich habe schon oft Roland Schaad angesprochen, er solle doch bitte nicht ständig auf seinem Handy herumspielen sondern aktiv schauen, wer hier ins Parlament kommt.

Ich bitte das Büro des Grossen Rates genau zu prüfen, dass der Basler Grosse Rat besser abgesichert wird. Leute dürfen nur noch auf die Tribüne im Rathaus oder in die Mustermesse hinein, wenn diese abgesucht worden sind.

Eric Weber

14. Anzug betreffend wenn der Kanton liveschaltet- neue gesetzliche Regelungen sind nötig

21.5086.01

In diesem Anzug geht es um Persönlichkeitsrechte, Kamerawinkel, Kosten und Klicks. Und um Verbesserungen. Auch um Datenschutz.

Warum laufen unsere Ratssitzungen eigentlich nicht regelmässig im Fernsehen? Denn unser Stadtparlament fällt wichtige Entscheidungen. Nimmt Basel noch mehr Asylanten auf? Welche Strasse wird neu gebaut? Viele Städte und Kantone nutzen Live-Stream, Audio-Podcast und YouTube-Kanäle, um Ratssitzungen einer grösseren Zuhörerschaft zugänglich zu machen. Vielfalt und Regelungen sind gross - das zeigt meine Recherche durch andere Städte, die Erfahrungen mit der Übertragung und Aufzeichnung von Ratssitzungen haben.

Viele Städte zeichnen ihre Ratssitzungen auf. Ratsmitglieder und Verwaltungsangehörige müssen dafür ihr Einverständnis geben, können dies aber jederzeit widerrufen.

In Basel wurde ich bis heute nie gefragt, ob ich einverstanden bin mit der Aufzeichnung.

Für „spontane Willensbekundungen“ haben die Räte in Mönchengladbach aber die Möglichkeit, eine blaue Karte hochzuheben - das Signal für einen temporären Aufnahmestopp.

In Basel gibt es das nicht. Man kann nicht für seine eigene Rede einen temporären Aufnahmestopp verlangen.

Das Rats TV bietet den Bürgern zu Hause die Möglichkeit, Entscheidungsprozesse transparent zu machen. Mehr Transparenz und mehr Demokratie, dafür weniger Persönlichkeitsrechte. Diese Frage hat schon manche Stadt und Kommune in Bedrängnis gebracht.

Ich fühle mich um meine Persönlichkeitsrechte gebracht.

In Braunschweig wird die Live-Übertragung unterbrochen, wenn ein Ratsmitglied dies bei seinem Redebeitrag möchte.

In Basel gibt es das nicht. Ein Mangel.

In vielen Parlamenten müssen die Ratsmitglieder zu Beginn der Wahlperiode einmalig ihre Zustimmung für die Audio-Übertragung der Sitzungen geben.

In Basel wird das nicht gemacht. Ein MANGEL.

Mit diesem Anzug möchte ich das Büro des Grossen Rates bitten, zu besprechen, wie wir hier nach dem Gesetz handeln und wie man mit den Grossräten anständig umgeht. Danke.

Eric Weber

15. Anzug betreffend Alterspräsident vom Basler Grossen Rat

21.5087.01

Es gibt zahlreiche Beispiele, dass ein Alterspräsident nicht im Parlament sprechen darf. Im Bundestag wäre es ein Mann der AfD gewesen und auch im Landtag von Sachsen wäre es ein Mann der AfD gewesen. Die anderen Parteien haben das verhindert.

Nun hat Grossrat Eric Weber Angst, dass er nicht im Jahre 2032 als Alterspräsident den Basler Grossen Rat eröffnen darf, da dann durch Tricks bei der Geschäftsordnung Z.B. ein anderer Grossrat die Sitzung eröffnen darf. Z.B. der Grossrat mit den meisten Amtsjahren.

Eric Weber bittet daher mit diesem Anzug, dass bis zum Jahr 2060 festgeschrieben wird, in einem Gesetz oder in einer Verordnung oder in den Statuten des Grossen Rates in der Geschäftsordnung des Grossen Rates, dass es nicht geändert werden darf, dass der älteste Grossrat die neue Legislatur-Periode eröffnen darf.

Nur wenn ich Alterspräsident spielen darf, danke ich dann aus dem Grossen Rat ab.

Eric Weber

16. Anzug betreffend Krawattenzwang im Grossen Rat wieder einführen

21.5088.01

Früher hatten alle Grossräte Krawatten an. Das sah ich, als ich mit fünf Jahren im Jahr 1968 auf der Grossrats Tribüne Platz nahm. Heute kommen viele Grossräte mit Freizeit-Kleidung ins Parlament. Das geht nicht. Das ist unserem Hohen Hause unwürdig. Männer sollen mit Krawatte kommen und Frauen in Röcken, wie sich das gehört, die Kleiderordnung.

Mit diesem Anzug bitte ich zu prüfen, wie man eine saubere Kleider Ordnung einführen kann im Parlament.

Eric Weber

17. Anzug betreffend T-Shirt mit Werbung verbieten

21.5089.01

Politische Strassen Aktivisten nehmen mehr und mehr auch in Parlamenten Einsitz. Auf Ihren T-Shirts tragen sie politische Botschaften.

In Parlamenten in Deutschland ist das schon lange verboten. Aber nicht in Basel. Grossrat Eric Weber kommt immer mit einem Schweiz T-Shirt, was die Linken und Grünen und Gutmenschen täglich ärgert.

Der Regierungsrat wird gebeten, eine klare Hausordnung für das Parlament zu schaffen, in der ganz klar steht, welches T-Shirt getragen werden darf und welches nicht. Ich danke dem hohen Regierungsrat.

Eric Weber

18. Anzug betreffend Verschiebung der Grossrats-Wahl 2024 um eine Woche, damit meine jüngste Tochter kandidieren kann

21.5090.01

Ich habe es meiner jüngsten Tochter versprochen, dass ich diesen Antrag im Basler Parlament stellen werde. Für mich ist unvergesslich, wie ich am 25. Oktober 2020 durch meine jüngste Tochter unterstützt wurde. Sie hat von 12 Uhr bis 23 Uhr am Wahltag alles für mich verfolgt auf telebasel und im Internet. Von ihr habe ich auf 22.23 Uhr das End-Resultat erfahren, dass ich gewählt bin. Sie fand es auf der Seite Staatskanzlei Basel.

Sie wird am 7. November 2024 genau 18 Jahre und es ist mein grosser Wunsch, dass dann meine jüngste Tochter auch für das Parlament kandidieren kann.

In diesem Sinne bitte ich das Büro des Grossen Rates, dass man die Grossrats-Wahl 2024 um nur eine Woche nach hinten verschiebt.

Eric Weber

19. Anzug betreffend bitte keinen Personenkult in der Basler Politik

21.5091.01

Ich lese 2020 in Zeitungen, dass die Familie Eymann die „Kennedys“ von Basel sind. Was muss ich da lachen. Was masen sich gewisse Leute an.

Im Blick Basel habe ich 1988 gelesen, dass Herr Eymann sich als der schönste Politiker Basel bezeichnet. Den Artikel habe ich gesammelt, wie ich alles zum Thema Parlament und Grosser Rat archiviere.

Ich bitte das Büro des Grossen Rates zu prüfen, was man machen kann, damit der Personenkult in der Politik nicht koreanische Verhältnisse oder sogar USA-Verhältnisse annimmt. Es ist doch lachhaft, die Eymanns als die Kennedys von Basel zu bezeichnen.

Eric Weber

20. Anzug betreffend BVB-Kontrolleure ohne Uniform

21.5092.01

Früher kamen die BVB-Kontrolleure in zivil. Da sie teilweise wie Penner aussahen, wurden sie nicht erkannt und konnten viele Schwarzfahrer finden. Seit 2015 kommen die BVB Kontrolleure in Uniform und finden daher immer weniger Schwarzfahrer.

Wurden im Jahr 2010 noch 29'500 Schwarzfahrer erwischt, waren es im Jahr 2020, also genau 10 Jahre später, nur noch magere 3'955. Pro Tag an die 10 Schwarzfahrer, bei einem Personal-Aufwand von pro Tag 30 Kontrolleuren. Eine sehr magere Ausbeute.

Die Schwarzfahrer steigen rechtzeitig aus, wenn sie die BVB Kontrolleure in Uniform sehen.

Die Regierung wird gebeten zu prüfen, dass die BVB Kontrolleure wieder ohne Uniform kontrollieren.

Eric Weber

21. Anzug betreffend Veloverbesserungsmassnahmen zur besseren Erschliessung des Güterbahnhofs Wolf

21.5098.01

Der Grosse Rat hat am 09.12.2020 den Ratschlag und Bericht der UVEK 19.0702.02 zur Sanierung der St. Jakobs-Strasse, zwischen Zeughaus und Kantonsgrenze BL verabschiedet. Auf diesem Abschnitt der wichtigen Veloroute von und nach St. Jakob und Anschluss nach Muttentz wurden Velomassnahmen beschlossen.

Analysiert man den Bereich der St. Jakobs-Strasse, Hexenweglein/St. Alban-Ring bis Zeughaus-Strasse, dann zeigt sich, dass Handlungsbedarf besteht. Es fehlen Verbindungen und Abbiegebeziehungen für sichere und attraktive Veloverkehrsbeziehungen, vor allem im Zusammenhang mit der Erschliessung des Wolf-Areal.

Die Veloverkehrsbeziehung Bahnhof SBB - St. Jakob / Muttentz hat mit der Verbindung durch die Post-Passage - Peter Merian-Haus, Jacob Burckhardt-Haus, Hexenweglein und Auffahrt zur Grosspeterstrasse enorm an Bedeutung gewonnen. Diese Verbindung ist direkt und schnell. Die Velofrequenzen nehmen laufend zu. Es ist auch die schnellste Erschliessung des Areals Güterbahnhof Wolf, wo immer mehr Betriebe sich ansiedeln, die auf eine gute Veloerschliessung angewiesen sind.

In der Gegenrichtung von Muttentz / St. Jakob zum Bahnhof SBB besteht hingegen Handlungsbedarf damit von einer sicheren, direkten und schnellen Route gesprochen werden kann. Wohl kann man von der Kreuzung Zeughausstrasse stadteinwärts bis zur Singerstrasse teils auf einem Radweg fahren. Um aber von der Lichtsignalanlage bei der Singerstrasse ins Hexenweglein zu gelangen müssen stark befahrene Autospuren

überquert werden. Bei den Lichtsignalanlagen haben die Velofahrenden lange Zeit Rot, weil der Autoverkehr Priorität hat.

Um die Route Richtung Bahnhof zu verbessern müsste ab der Arealzufahrt City-Gate der Veloverkehr auf der südlichen Seite der St. Jakobs-Strasse bis zum Hexenweglein geführt werden. Damit könnte auch das Areal Wolf von dieser Verbindung Richtung Bahnhof SBB und Gundeli profitieren. Mit der Umzonung des Areals Wolf besteht die Möglichkeit für einen Landerwerb südlich der St. Jakobs-Strasse. Damit liesse sich Platz schaffen für eine Veloverbindung zum Hexenweglein.

Vom Güterbahnhof Wolf ins Gellert müssen heute Velofahrende grosse Umwege in Kauf nehmen, denn bei der Kreuzung Zeughaus besteht keine Linksabbiegemöglichkeit. Auch von der St. Jakobs-Strasse kann nicht rechts in den St. Alban-Ring abgebogen werden um Richtung Karl Barth-Platz zu gelangen.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten:

- ob kurzfristig vom Güterbahnhof Wolf, ab Einfahrtstor gegenüber der Singerstrasse, bis zum Hexenweglein, entlang der Südseite der St. Jakobs-Strasse eine provisorische Veloverbindung für die Fahrtrichtung Bahnhof geschaffen werden kann
- ob in Zusammenhang mit der Sanierung St. Jakobs-Strasse, Kreuzung Zeughaus, ein Velolinksabbieger in die Zeughaus-Strasse ins Gellert geschaffen werden kann
- ob in der St. Jakobs-Strasse für Velos das Rechtsabbiegen in den St. Alban-Ring zugelassen werden kann
- ob mittelfristig ab Kreuzung Zeughaus - Hexenweglein eine genügend breite Veloschnellroute auf der Südseite der St. Jakob-Strasse vom/zum Bahnhof SBB gebaut werden kann.

Jérôme Thiriet, Lisa Mathys, Tonja Zürcher, Oliver Bolliger, Eric Weber, Beatrice Messerli, Jean-Luc Perret, Johannes Sieber, Jeremy Stephenson, Lea Wirz, Heidi Mück, Raffaella Hanauer, David Wüest-Rudin, Beatrice Isler, Annina von Falkenstein

22. Anzug betreffend Bewahrung, Dokumentation und Vermittlung der Basler Fasnacht

21.5099.01

Im Jahr 2017 wurde die Basler Fasnacht auf die repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit der UNESCO aufgenommen. Dieser Erfolg wurde mit einem grossen Festakt im Beisein des Bundesrates, der baselstädtischen Regierung und vielen weiteren Exponenten gefeiert. Auch an diversen anderen Anlässen, z.B. als Basel-Stadt Gastkanton am Zürcher Sechseläuten war, wurde es auch durch das Stadtmarketing und Basel-Tourismus zum Anlass genommen, diesen Umstand zu zelebrieren.

Seither wurde es sehr ruhig um dieses Thema.

Die beiden abgesagten Fasnachten im 2020 und 2021 sorgen leider dafür, dass die Fasnacht immer wie mehr in den Hintergrund gerät und dass sich die junge Generation dadurch weniger angesprochen fühlt. Generell hat man seit Jahren das Gefühl, dass die Fasnacht primär als Werbemittel für unseren Kanton dient und nur eine geringe Wertschätzung durch die Politik und die Verwaltung erfährt.

Es besteht zurzeit keine Fachstelle, die sich um eine systematische Erfassung und Dokumentation des Kulturerbes kümmert und damit den Zugang für Forschung und Vermittlung ermöglicht, wie sie die UNESCO-Vereinbarung vorsieht.

Seit 2004 zeigt das Museum der Kulturen Basel zwar eine Ausstellung zur Basler Fasnacht. Das MKB versteht die Basler Fasnacht aber als lokale Ausprägung kultureller Dimensionen wie Performanz oder Zugehörigkeit und setzt die Basler Fasnacht mit anderen kulturellen Phänomenen in Beziehung. Das Staatsarchiv Basel-Stadt kann Archivbestände übernehmen, aufbewahren und erschliessen, aber keine thematische Dokumentationsstelle sein. Die seit 2017 bestehende kantonale Fachstelle Kulturgüterschutz muss Prioritäten auf die Sicherung und den Schutz materieller Kulturgüter setzen. Das im Jahr 1911 gegründete Fasnachts-Comité ist in erster Linie für die Organisation des Cortèges am Fasnachtsmontag und -mittwoch, die Herausgabe der Fasnachtsplakette, die Verteilung von Subventionsbeiträgen an die teilnehmenden Fasnachtseinheiten sowie in begrenztem Rahmen für die Nachwuchsförderung zuständig. Das Fasnachts-Comité eignet sich deshalb in ihrer Kernaufgabe ebenfalls nicht als zentrale Fachstelle für die systematische Erfassung und Dokumentation des Kulturerbes.

Die Unterzeichnenden sind der Ansicht, dass dieser Umstand geändert werden soll und bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten:

- Welche Massnahmen der Kanton zur Bewahrung, Dokumentation und Vermittlung des Weltkulturerbes treffen kann
- Ob und wie sich der Kanton auf Bundesebene mehr für die Erfüllung des ratifizierten UNESCO-Übereinkommens einsetzen kann
- Ob und in welchem Umfang die Regierung bereit ist, Mittel und Ressourcen für die Erfassung und Dokumentation der Basler Fasnacht zu sprechen.

Balz Herter, Michela Seggiani, Mark Eichner, Johannes Sieber, Joël Thüning, Niggi Daniel Rechsteiner, Olivier Battaglia, Andreas Zappalà, Andrea Strahm, Sebastian Kölliker, Beat K. Schaller, Salome Hofer, Karin Sartorius, Michelle Lachenmeier, Michael Hug, Jérôme Thiriet, Annina von Falkenstein, Christoph Hochuli, Franz-Xaver Leonhardt, Beatrice Isler, Pascal Messerli

23. Anzug betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt

21.5102.01

Zement und Beton (Gemisch von Zement, Sand, Kies und Wasser), gehören zu den wichtigsten Baumaterialien im Hoch- wie im Tiefbau. Alternative Baustoffe behaupten Baufachleute, würden den geltenden Anforderungen für anspruchsvolle Bauwerke wie Brücken, Tunnel, unterirdische Bauten und Hochhäuser bezüglich Festigkeit und Dauerhaftigkeit nicht genügen. Baustoffe wie Holz, Lehm, Ziegelsteine und andere kommen deshalb heute nur selten zum Einsatz.

Das muss sich ändern. Denn Zement und Beton sind aus Klimaschutz-Gründen problematisch. Global stammen 7-9% der vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen aus ihrer Verwendung. Mehr als 4 Milliarden Tonnen Zement werden heute weltweit verbraucht, mit steigender Tendenz. Wäre die Zement und Beton produzierende Industrie ein Nationalstaat, so wäre dieser hinter den USA und China der drittgrösste Verursacher von CO₂-Emissionen. Die Beschaffung von Sand und Kies belastet die Umwelt ebenfalls stark.

Die hohen CO₂-Emissionen sind einerseits die Folge der Energie, die bei der Herstellung von Zement benötigt wird und die in der Regel aus fossilen Quellen stammt. Immerhin lässt sich diese durch erneuerbare Energie ersetzen. Andererseits wird bei der Herstellung, d.h. bei der chemischen Umwandlung von Kalk in Zement bei 1500°C, unvermeidbar eine noch viel grössere Menge an CO₂ freigesetzt. Pro Tonne Zement entsteht bei der Herstellung eine halbe Tonne CO₂.

Alternativen zu Zement und Beton existieren, kommen aber noch kaum zum Zug. Eine Möglichkeit ist, Betonbauten konsequent wiederzuverwenden oder Beton zu rezyklieren. Damit lässt sich das Problem nur abmildern. Die Klimaproblematik erfordert, vermehrt alternative Baumaterialien (Holz, Lehm, Ziegelsteine etc.) einzusetzen, und soweit verfügbar, alternative Betonqualitäten zu verwenden, die bei der Herstellung weniger CO₂-Emissionen verursachen. Grundsätzlich sollten beim Bauen klimaschädliche Materialien auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden. Unvermeidliche CO₂-Emissionen müssen langfristig durch CCS-Technologien (Carbon Capture & Storage) aus der Atmosphäre entfernt werden, um die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Deshalb bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und berichten:

- Welche jährlichen Mengen an CO₂-Emissionen durch die Verwendung von Zement und Beton im Kanton BS verursacht werden, einerseits durch staatlich veranlassenes Bauen, andererseits durch das Bauen im Kanton generell?
- Wie sich diese Mengen im Verlauf der letzten 15 Jahre verändert haben?
- Wie diese Emissionen schrittweise auf Null reduziert werden können, sowohl bei der Bautätigkeit des Kantons als auch bei der Bautätigkeit von Privaten?
- Welchen Stellenwert dabei (1) Wiederverwendung, (2) Rezyklieren, (3) alternative Baumaterialien, (4) die Beschränkung des Bauens auf das Notwendige (Suffizienz), und (5) Carbon Capture & Storage Technologien haben werden, und welche Kosten bzw. Einsparungen dadurch entstehen.
- Wie und bis wann die Ergebnisse dieser Abklärungen in einen Massnahmenplan umgesetzt werden können und welche Gesetzesänderungen dafür notwendig sind.

Jürg Stöcklin, Raphael Fuhrer, Harald Friedl, Raffaella Hanauer, Brigitte Kühne, Jean-Luc Perret, Tobias Christ, Sebastian Kölliker, Tonja Zürcher, Stefan Wittlin, Oliver Thommen, René Brigger, Edibe Gölge, Andreas Zappalà, Luca Urgese, Lea Wirz, Christoph Hochuli, Brigitte Gysin

24. Anzug betreffend Parkhaus UKBB wann gibt es endlich eine Patienten-, Besucher- und Mitarbeiter-freundliche Lösung?

21.5103.01

Der Neubau des UKBB an der Spitalstrasse konnte 1999 bezogen werden. Damals war geplant, auf dem angrenzenden Areal eine Wohnüberbauung zu realisieren zusammen mit einem Parkhaus. Diese Tiefgarage hätte unter anderem Platz geboten für 280 Plätzen, 120 davon für das UKBB. An Stelle einer Wohnüberbauung wurde aber das soeben fertiggestellte neue Biozentrum realisiert und die Parkplätze in der Folge nicht gebaut. Der seit der ersten Analyse 2013 auf rund 200 Parkplätze gestiegene Bedarf ist u.a. durch das Fall-Wachstum des UKBB begründet, welches mit einer Zunahme von stationären und ambulanten Patientinnen, sowie von Mitarbeitenden einhergeht. Überdies wird derzeit in unmittelbarer Nähe des UKBB ein Neubau der ETH Zürich erstellt - dessen Benutzer mangels Alternativen ebenfalls grossmehrheitlich das City-Parking benutzen werden.

Im City-Parking stehen heute für das UKBB 80 fest zugeteilte Parkplätze zur Verfügung, diese reichen für den Betrieb eines bikantonal getragenen Zentrumsspiitals mit nationaler Bedeutung nicht aus. Die Parkplätze sind zu weit vom UKBB entfernt und finden wenig Akzeptanz bei Eltern und Besuchenden. Zudem sind sie weder behinderten- noch familientauglich. Auch für Mitarbeitende im Schichtbetrieb sind sie nur bedingt geeignet. Dem UKBB können keine vermehrten Parkplätze innerhalb des Parkhaus City zur Verfügung gestellt werden.

Als nationales Kompetenzzentrum für Kindermedizin versorgt das UKBB Patient*innen weit über die Kantonsgrenzen hinaus. Eine gewisse Mobilität wird auch durch die nationalen Bestrebungen in Richtung Hochspezialisierte Medizin (HSM) gefordert. Die ambulanten Besuche sind von 80'784 im 2011 auf 101'675 im 2019 gestiegen.

Dabei ist festzuhalten, dass nur gerade ein Drittel der Patienten aus Basel-Stadt kommen. Fast 40% der Patienten kommen aus Basel-Landschaft, 20% aus der restlichen Nord-West-Schweiz, der Rest aus der übrigen Schweiz und dem angrenzenden Ausland. Die Zahl der Mitarbeitenden hat sich parallel zu den Behandlungszahlen entwickelt (Mitarbeiter 2011: 761, 2019: 934). Auch hier ist festzuhalten, dass nur ein Drittel davon aus BS kommen, weitere 31% sind in BL wohnhaft, 10% in der restlichen Nordwest-Schweiz und 20% in Deutschland und Frankreich.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden und den Betrieb sicher zu stellen, braucht das UKBB die geplanten Parkplätze. Dieser Bedarf wurde im Rahmen des Planungsverfahrens genau geprüft und sorgfältig dokumentiert. Auch dank Entwicklungen in der Elektromobilität wird der Bedarf an Parkplätzen für das UKBB tendenziell zunehmen, ebenso haben Cargo-Velos vermehrten Platzbedarf.

Die jetzige Parkplatzsituation für Patientinnen, BesucherInnen und MitarbeiterInnen im UKBB ist nach wie vor äusserst unbefriedigend.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten zu prüfen und zu berichten:

1. Sieht der Regierungsrat den Bedarf für ein neues Parkhaus UKBB als gegeben an?
2. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass möglichst viele oberirdische Parkplätze unter dem Boden verlegt werden sollten?
3. Wie setzt der Regierungsrat den Plan um, oberirdische Parkplätze in den Untergrund zu verlegen?
4. In welchem zeitlichen Rahmen könnte ein Parkhaus unter dem Tschudi-Park fertiggestellt und somit eine Neugestaltung des Tschudi-Parkes realisiert werden?
5. Sieht der Regierungsrat reelle Alternativen zu einem neuen Parkhaus, welche die Anforderungen des UKBB erfüllen könnten (Grösse, Erreichbarkeit resp. Distanz zum UKBB, Parkmöglichkeiten für Velos, insbesondere grosse Cargo-Velos und Elektrobikes)?

Jeremy Stephenson, Joël Thüring, Lukas Faesch, Lydia Isler-Christ, Balz Herter, François Bocherens, Luca Urgese

25. Anzug betreffend eine verbesserte Kommunikation des Grossen Rates mit den Landgemeinden

21.5104.01

Die Verfassung der Kantons Basel-Stadt gewährleistet die Gemeindeautonomie der beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen und hält überdies fest, dass die Gemeinden bei der Vorbereitung von Erlassen und Beschlüssen des Grossen Rates und des Regierungsrates, die sie in besonderer Weise betreffen, rechtzeitig anzuhören sind.

Diese Anhörung funktioniert mittlerweile auf Ebene der kantonalen Verwaltung und des Regierungsrates mit einigen Ausnahmen recht gut. Als mangelhaft hat sie sich in jüngster Zeit jedoch insbesondere bei der Vorbereitung von grossräumigen Geschäften in den zuständigen Kommissionen herausgestellt. So hat die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) zu zwei Sanierungsvorhaben für Strassen auf Riehener Gemeindegebiet wesentliche Änderungen am Vorhaben beantragt, ohne die Gemeinde Riehen dazu anzuhören. Die Gemeinde war in der Vorbereitung involviert und hat ihre Anliegen eingebracht. Diese wurden jedoch von der UVEK ohne weitere Rücksprache nicht berücksichtigt. In beiden Fällen betreffen die Änderungen der UVEK keine rechtlich erforderlichen Anpassungen, sondern sind dem politischen Ermessensspielraum zuzuordnen. Damit wird die Gemeindeautonomie tangiert. Möglicherweise ist der zuständigen Kommission nicht richtig bewusst, dass die Sachgeschäfte eine eigenständige Gemeinde mit eigener Behörde und nicht ein Quartier der Stadt Basel betreffen. Die Geschäfte werden dort jeweils vom Gemeinderat, von der Verwaltung und der zuständigen Sachkommission des Einwohnerrats sorgfältig bearbeitet.

Um das Verständnis für diese speziellen Umstände, ein besseres Gespür für die Gemeindeautonomie und die Kommunikation unter den Behörden zu fördern, wäre es in diesen Fällen unter Blick auf die Kantonsverfassung angemessen, dass auch grossräumige Kommissionen die kommunalen Behörden direkt anhören. Dies soll insbesondere dann geschehen, wenn an einer regierungsrätlichen Vorlage, die unter Einbezug der Gemeinden erarbeitet wurde, wesentliche Änderungen vorgenommen werden. In früheren Jahren war dies im Übrigen gang und gäbe und gute Gewohnheit.

Die Unterzeichnenden aus Riehen und Bettingen bitten das Büro des Grossen Rates, zu prüfen und zu berichten, wie dieses Anliegen umgesetzt werden kann.

Thomas Widmer-Huber, Daniel Hettich, Felix Wehrli, Nicole Strahm-Lavachy, Jenny Schweizer-Hoffmann, Oliver Battaglia, Daniel Albietz, Pascal Messerli, Daniela Stumpf, Sandra Bothe

26. Anzug betreffend besseren Erschliessung der Innenstadt für den Veloverkehr

21.5105.01

Das Verkehrskonzept Innenstadt hat zu einer Beruhigung der Situation in der Innenstadt geführt: Die Fussgänger*innen-Zonen, die einen grossen Teil der Innenstadt abdecken, hatten eine erhebliche Attraktivitätssteigerung der Innenstadt zur Folge. Die Besserstellung des Fussverkehrs in der Innenstadt ist geglückt, Gleichzeitig wird die Umsetzung des Verkehrskonzepts Innenstadt jedoch heute dem Anspruch einer Velostadt (noch) nicht gerecht.

Mit der alleinigen Konzentration des Veloverkehrs auf die Achse Eisengasse - Marktplatz - Falknerstrasse - Barfüsserplatz sind auch die Veloabstellplätze entlang dieser Routen fast konstant überlastet. Aufgrund des ungenügenden Platzangebotes und der gesteigerten Nutzung durch Velofahrende, Fussgänger*innen, Boulevard-Nutzung etc. sind zusätzliche Veloabstellplätze entlang dieser Route schwierig umzusetzen. Die Velofahrenden haben das Bedürfnis, ihr Velo an einem zentralen Ort abzustellen, bevor sie dann zu FUSS in der Innenstadt verkehren. Dies ist zur Zeit nicht geregelt möglich. Dies führt wiederum vermehrt zu wildem Parkieren auch in Bereichen, wo weder Veloverkehr noch ein Veloparkplatz vorgesehen sind. Es braucht also Massnahmen, die weiter greifen als die bisherigen Lösungen. Eine Entspannung dieser Situation kann mit zusätzlichen, gut anfahrbaren und attraktiv platzierten Veloabstellplätzen geschehen. Eine gute Option wären zusätzliche Veloabstellplätze in der Freien Strasse, welche von der Streitgasse und der Baumleingasse anfahrbar gemacht werden könnten.

Weiteres Potenzial bestünde in der Akquise von zusätzlichem Raum im Innenstadtpereimeter (bspw. durch Kauf, Zwischennutzung leerstehender Ladenflächen oder Miete).

Die Anzugstellenden bitten deshalb die Regierung zu prüfen und zu berichten,

- wie in der Basler Innenstadt dem Mangel an Veloabstellplätzen entgegengewirkt werden und damit eine geordnetere Situation erreicht werden kann.
- wie allenfalls auch durch Zwischennutzungs-, Miet- oder Kauflösungen auf Privatareal mehr Veloabstellplätze geschaffen werden können.
- ob im oberen Teil der Freien Strasse zusätzliche Veloabstellplätze eingerichtet werden können und diese von der Streitgasse und der Baumleingasse anfahrbar gemacht werden können.

Raffaella Hanauer, Lisa Mathys, Marianne Hazenkamp-von Arx, Harald Friedl, Thomas Müry, Tonja Zürcher, Johannes Sieber, Laurin Hoppler, Lea Wirz, Yilmaz Semseddin, Fleur Weibel, Melanie Nussbaumer, Heidi Mück, Franziska Roth, Nicole Amacher, Christoph Hochuli, Jean-Luc Perret, Jérôme Thiriet, Sebastian Kölliker, Stefan Wittlin, Sasha Mazzotti, Thomas Gander, Michela Seggiani, Brigitte Kühne

27. Anzug betreffend Lebenshilfe (und keine Sex-Beratung)

21.5110.01

Ich lese in 20 Minuten Basel, das linke Grossräte gross in den Medien kommen, mit Ihrer Anfrage oder Anzug, zum Thema Sexberatung. Da muss ich nun auch handeln als Grossrat und spreche aus Lebenserfahrung.

Ich habe die Namen der Grossräte vergessen, die eine kostenfreie Sex-Beratung in Basel haben wollen. Sie sind für mich unwichtig und mit unwichtigen Sachen will ich mein Hirn nicht beschäftigen.

Die linken Grossräte haben aber was ganz Wesentliches vergessen. Bevor man Sex haben kann, muss man Geld haben. Wie kommt man an Geld? Durch Arbeit. Aber Menschen über 40 werden wegen ihrem „Alter“ schon gar nicht eingestellt und haben daher kein Geld und kein Sex.

Von 10 Frauen, die ich kennen lernte, seit mich meine Frau verlassen hat, wollten alle 10 Frauen nur Geld. Ich dachte, das kann es doch nicht sein: Geld für Sex. Geld, um dann zu sagen „Ich liebe Dich.“ Ich habe die Frauen durchschaut und daher brauche ich als Mensch und als Grossrat keine Sex-Beratung. Denn ohne Geld kann man scheinbar keine Frau heute mehr haben.

Daher sehe ich beim Grossteil meiner Wähler, alles arme Leute, die abgehängt und allein im Kleinbasel leben, wie vereinsamen diese. Hier, genau an diesem Punkt, soll angesetzt werden. Man muss zuerst zu einem gesunden und normalen Leben zurückkehren, bevor man Sex haben kann.

Aber ich sehe keine Sonne am Himmel. Die Zukunft ist grau. 95 % meiner Wähler sind allein, vereinsamt, abgehängt. Sie sehen keine Zukunft mehr. Genau so wie ich. Aber ich präsentiere diese Menschen im Parlament. Weil ich zu diesen Menschen gehöre. Und ich stehe dazu.

Ich bitte die Regierung zu prüfen, was für Schweizer (bitte nur für Schweizer, da wir hier viele Jahre lang in die Rente einbezahlt haben und auch an die Steuer) getan werden kann, in Sachen Lebenshilfe und Freude am Leben. Sicherlich sind wir nicht im „Wünsch Dir was“, aber wenn ich sehe, wieviel Geld die Wirtschafts-Asylanten bekommen, dann geht mir schon die Galle hoch. Ich bitte um Prüfung und Bericht, wie Gelder an Wirtschafts-Asylanten eingespart werden könnten und wie dann bitte genau mit diesen Geldern evt. ein Zusatz-Programm für abgehängte Schweizer geschaffen werden kann.

Eric Weber

28. Anzug betreffend Menstruations-Urlaub

21.5111.01

Durch andere Grossräte wurde ich auf diese Idee gebracht. Ich habe in 20 Minuten gelesen, dass eine junge Grossrätin beantragt, dass man kostenfrei Damenbinden verteilt oder so was Ähnliches für Frauen. Vor zwei Jahren habe ich gelesen, dass junge Grossrätinnen ihr Buschi mit ins Parlament bringen wollen. Und daher bin ich nun dafür, ganz nach Ihrem Denken, was ja populär ist, dass ich für einen Menstruations-Urlaub bin.

Aber nicht nur für Frauen. Auch für Väter. Denn ich weiss seit 30 Jahren, wie leider unausstehlich Frauen sein können, wenn sie ihre Tage haben. Es ist so. Und das muss einmal gesagt werden.

Schon 1985 habe ich im Parlament beantragt, Condom Automaten in Schulen aufzuhängen. Aber ich kam nicht durch. Später übernahm eine andere Partei meine Ideen. Daher spreche ich von Ideenklau im Grossen Rat.

Ich spreche hier mit wissenschaftlichen Daten. In der Phase nach der Blutung sind Frauen dreimal produktiver als während der Menstruation.

Es gibt Tage bei Frauen, da geht eigentlich nix. Da fühlt es sich an, als würde jemand ein Gemetzel veranstalten. Dazu Migräne, Rückenschmerzen, Kreislauf und die gestörte Verdauung. Konzentriertes Arbeiten? Kaum möglich.

Da klingt doch ein neuer Gesetzesentwurf für Menstruationsurlaub eigentlich sinnvoll: Unternehmen und der Kanton sollen verpflichtet werden, Frauen und Mädchen, die durch ihre Regelbeschwerden eingeschränkt sind, bis zu drei Tage freizustellen. Bei voller Bezahlung.

Arbeitnehmerinnen, die das regelmässig in Anspruch nehmen wollen, müssen einmal im Jahr ein Attest vorlegen. Klar, dass so ein Vorstoss von Grossrat Eric Weber für Diskussionen sorgt. Es ist kein Sexismus. Es ist eine gute Sache für viele Frauen, damit endlich das stille Leiden ein Ende hat.

Erinnert sei an meinen erfolgreichen Vorstoss im Parlament, 2013, Sex-Gutscheine für Behinderte einzuführen. Alle Schweizer Medien schrieben gross darüber, vor allem 20 Minuten.

Wenn das Gesetz durchgeht, wäre Basel der erste Kanton und das erste Land der westlichen Welt mit Menstruationsurlaub. Überraschenderweise gibt es einen „Menstrual Leave“ in asiatischen Ländern schon lange. In Japan wurde er 1947 eingeführt, Indonesien folgte 1948, Südkorea 2001, Taiwan 2013. Auch einige chinesische Provinzen machen mit. Selbst die Partnerstadt von Basel! Das will was heissen. Es gibt schöne Fotos von Guy Morin in unserer Partner Stadt.

In Asien hat das mehr mit den schlechten sanitären Anlagen zu tun als mit Gleichberechtigung.

„Menstruationsurlaub, das klingt wie: schöner bluten unter Palmen“, sagt Sabeth Ohl, Business-Coach und Autorin von „Die Zyklusstrategie“. Sie sieht wichtigere Baustellen, wie Lohnungleichheit und Wiedereinstieg nach Geburt und spricht sich gegen den Menstruationsurlaub aus.

Der Begriff ist tatsächlich irreführend: Urlaub bedeutet Erholung. Wenn aber eine Frau wegen ihrer Menstruation zu Hause bleibt, hat das nichts mit Krafttanken zu tun, sondern mit Krankheit – ein Bewusstsein, das viele nicht haben. Wie viele Frauen von starken Periodenbeschwerden betroffen sind, lässt sich schwer sagen, die Zahlen schwanken zwischen 20 und 30 Prozent. Verlässliche Studien gibt es kaum. Ein Basler Gynäkologie-Professor berichtete mir, dass er Patientinnen habe, die ihre Schmerzen während der Regel mit denen eines Herzinfarktes vergleichen.

Die Menstruation ist immer noch schambehaftet. Viele Frauen denken, dass das Leiden eben zum Frausein dazugehöre, oft wird deshalb eine Krankheit wie Endometriose erst spät festgestellt. Man vermutet, dass etwa jede zehnte Frau an Endometriose erkrankt ist. Bei Endometriose handelt es sich um Gebärmutter-schleimhautzellen, die durch die Eileiter in den Bauchraum gewandert sind. Diese Gewebe-Inseln bluten während der Regel mit. Allerdings kann das Blut aus dem geschlossenen Raum nicht abfließen, was zu starken Schmerzen führt.

Die Diskussion um den Regelurlaub ist ein Anstoss, endlich offene Gespräche über die Menstruation zu führen. So tun, als gäbe es den weiblichen Zyklus nicht, ist keine Option. Es gibt eben Tage bei Frauen, an denen sie nicht Vollgas geben können. Und an diesen Tagen wollen sie auch nicht mit dem Mann schlafen. Und haben wir nicht alle die chinesische Schwimmerin Fu Yuanhui gefeiert, die bei den Olympischen Spielen eine schwächere Leistung so erklärte: „Sorry, ich habe heute Nacht meine Periode bekommen.“

Wir müssen endlich ein gesellschaftliches Klima schaffen, das es uns möglich macht, selbstbewusst hinter solchen Sätzen zu stehen. Wenn wir dem Thema offen begegnen, trauen sich vielleicht auch mehr Frauen, über ihre Beschwerden zu sprechen. Und zum Glück gibt es ja in Basel das Recht, sich krank zu melden oder vom Frauenarzt krankschreiben zu lassen. Wir sollten uns gegenseitig ermutigen, die Möglichkeiten, die es gibt, auszuschöpfen.

Eric Weber

29. Anzug betreffend Vereinigung der ehemaligen Grossräte

21.5124.01

Viele Parlamente haben Vereinigungen geschaffen und Club-Mitgliedschaft für ehemalige und auch abgewählte Parlamentarier. Damit man nicht so allein ist. Man trifft sich für Ausflüge und für Treffen in der Stadt. In Basel gibt es das noch nicht, der Club der ehemaligen Abgeordneten.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie eine Vereinigung für ehemalige Grossräte geschaffen werden kann.

Eric Weber

30. Anzug betreffend neues Parlament muss direkt nach der Parlamentswahl zusammenkommen

21.5125.01

Das Basler Parlament ist etwas eigen. Auch wenn die Parlamentswahl schon lange zurückliegt, tagt das alte Parlament noch über weitere volle drei Monate. Das ist im Vergleich mit anderen Parlamenten nicht üblich. So wurde z.B. im März 2016 der Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt. Und im April 2016 kam er dann schon zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass der neu gewählte Grossrat im Monat nach der Wahl sich neu zusammenfindet und dass das alte Parlament das letzte Mal vor der Parlamentswahl tagt.

Eric Weber

Interpellationen

1. Interpellation Nr. 17 betreffend Wiedereinbezug der Gemeinde Riehen in das Gebiet von Pick-e-Bike

21.5096.01

Anfang September 2020 reduzierte die Pick-e-Bike AG ihr auch in Riehen beliebtes flächendeckendes Angebot auf lediglich noch zwei Standorte und kommunizierte diese Reduktion aktiv über die Medien. Die substanzielle Einschränkung erfolgte kurzfristig, nachdem mit der Gemeinde Riehen keine Einigung über einen kommunalen Betriebsbeitrag an die ungedeckten Kosten der Pick-e-Bike AG zustande gekommen war.

Am 1. Februar hat nun das Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt kommuniziert, Pick-e-Bike für die Jahre 2021-2023 mit 150'000 Franken aus dem Pendlerfonds zu unterstützen. Mit dem gesprochenen Beitrag erhält Pike-e-Bike aus dem Pendlerfonds für drei Jahre einen deutlich höheren Beitrag als damals von der Gemeinde Riehen gefordert. Dazu stellt der Interpellant folgende Fragen:

1. An welche Bedingungen ist der jährliche Beitrag von 150'000 Franken geknüpft? Welche Leistungen muss Pike-e-Bike dafür erfüllen?
2. Mit dem Beitrag des Kantons darf erwartet werden, dass das Angebot den Kanton auch entsprechend abdeckt. Ist der Wiedereinbezug der Gemeinde Riehen – wie dies bis zum 1. September 2020 der Fall war – geplant resp. seitens Pick-e-Bike zugesichert?
 - Wenn ja: Bis wann erfolgt die Ausweitung?
 - Wenn nein: Weshalb nicht? Ist der Regierungsrat bereit, die entsprechende Nachbesserung bei Pike-e-Bike einzufordern?

Daniel Albietz

2. Interpellation Nr. 18 betreffend Ausschreibung von Projekten trotz Krise und Home-Office-Pflicht

21.5097.01

Seit dem 18. Januar 2021 gilt die Home-Office-Pflicht auch für Verwaltungen von Gemeinden und Kantonen. Die gleiche Situation im vergangenen Frühjahr hat zu Verzögerungen bei Bauprojekten und zu einem nachfolgenden Einbruch der öffentlichen Bautätigkeit geführt. In einzelnen Gemeinwesen sind die Bautätigkeiten um bis zu 50 Prozent eingebrochen. Mitarbeitende in wichtigen Funktionen für die Auftragsvergabe waren in der Zeit des Home-Office vielfach nicht erreichbar. Ausschreibungen erfolgten deshalb nicht oder nur in reduzierter Anzahl. Für das Baugewerbe war diese Situation sehr schädlich.

Die Baubranche hat einen wichtigen Beitrag geleistet, eine grössere Rezession abzufedern. Anders als noch im letzten Frühjahr bestehen jetzt kaum mehr Auftragsreserven. Es gilt, den Verlust von Arbeitsplätzen im engeren und weiteren Baugewerbe zu vermeiden. Die rasche Ausschreibung und Vergabe von Projekten und Aufträgen hilft, die Baubranche als eine der Stützen der Wirtschaft vor Schäden zu bewahren. Abläufe sollten vereinfacht und beschleunigt werden. Bauprojekte müssen sicher und uneingeschränkt weiter geführt werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass das Baugewerbe auch in dieser Krisenzeit wichtige Beiträge zum Erhalt von Arbeitsplätzen liefert?
2. Ist der Regierungsrat bereit, das übliche Volumen an Aufträgen während der Krise beizubehalten oder sogar zu erhöhen?
3. Kann das Verfahren von der Projektierung bis zur Auftragserteilung mit Blick auf die aktuelle Lage beschleunigt und vereinfacht werden?
4. Sieht der Regierungsrat andere Möglichkeiten, das Bau- und Ausbaugewerbe in der Zeit der Krise zu unterstützen?

Daniel Hettich

3. Interpellation Nr. 19 betreffend unfreundliche Polizei

21.5170.01

Ich wollte bei der Polizei Anzeige erstellen lassen, da mich ein Asylbewerber aus Tunesien schon ein zweites Mal brutal zusammen geschlagen hatte. Halbnackt mit zerrissenen Kleidern erschien ich auf dem Spiegelhof und ein Polizist meinte, ich solle bei der Stawa Anzeige erstellen. Ich habe dann an die Beschwerde-Stelle der Polizei geschrieben (ich werde in der mündlichen Begründung aus dem Schreiben dann zitieren) und diese bedauerte die unglückliche Behandlung von Grossrat und Präsident Eric Weber. Der Posten-Chef kam mir frech und meinte, ob ich nun jeden Monat komme und Anzeige erstelle. Und zuerst weigerte sich die Polizei, meine Anzeige entgegen zu nehmen, obwohl ich viele Faustschläge ins Gesicht bekam!

1. Wo kann ein Bürger Anzeige erstellen?
2. Wann soll man bei der Polizei Anzeige erstellen?
3. Wann soll man direkt bei der Stawa Anzeige erstellen?
4. Wie viele Beschwerden gingen in den letzten fünf Jahren an die Beschwerde-Stelle der Polizei?
5. Ich bitte die Regierung, bei der Antwort auf meine Interpellation, in der Antwort auch mein Schreiben an die Beschwerde-Stelle abzudrucken und die Antwort der Beschwerde-Stelle hinzuzufügen. Ich gebe den Schriftverkehr hiermit frei.

Eric Weber

4. Interpellation Nr. 20 betreffend Zollrichtlinie soll regionale und nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln im Dreiland nicht gefährden

21.5171.01

Im Rahmen des Transformationsprogramms DaziT der Eidgenössischen Zollverwaltung zur vereinfachten und digitalen Abwicklung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs werden auch die Einfuhrbestimmungen aller zollfreien Waren überprüft. Die Anpassung der Zollrichtlinien ab 2022 hat auch eine grosse Auswirkung auf das trinationale Gebiet in Basel. Denn die Einfuhr lokal und nachhaltig produzierter Lebensmittel aus kleinbäuerlicher Produktion wird stark erschwert. Die Interpellantin hat deswegen bereits am 11. Januar 2021 eine Interpellation eingereicht und sich mit der Antwort der Regierung, welche sich offenbar für eine Beibehaltung der aktuellen Zollerleichterung für Lebensmittel im Sinne einer trinationalen Region einsetzt, als befriedigt erklärt. Die Regierung scheint die Sorge der Interpellantin zu teilen und hat sich diesbezüglich nun auch an den Bundesrat gewendet. Die Interpellantin hofft, dass der Bundesrat und die Zollverwaltung Bereitschaft zeigen, klimafreundliche und dem Regiogedanken entsprechende Lösungen für Produkte aus Grenzregionen zu suchen.

In der Basler Zeitung vom Montag, 15. Februar 2021, wird die Eidgenössische Zollverwaltung folgendermassen zitiert: "Im Rahmen einer Überprüfung stellte die Eidgenössische Zollverwaltung fest, dass Waren im Marktverkehr abgabenfrei/abgabenreduziert eingeführt werden, die nicht den Bestimmungen des Grenzabkommens entsprechen", sowie "Mit der neuen Richtlinie, die per 1. Januar 2022 in Kraft tritt, geht es darum, den rechtskonformen Zustand wiederherzustellen."

Da der Zoll selbst die aktuelle Praxis, dass auch Direktlieferungen an Haushalte und in Depots (Abo-System) unter das Marktkontingent fallen und damit vereinfacht und abgabenreduziert eingeführt werden, seit Jahrzehnten pflegt und den Produzierenden so kommuniziert, erstaunt die Äusserung des Zolls eines derzeit nicht "rechtskonformen" Zustands. Darum wendet sich die Interpellantin erneut in dieser Thematik an die Regierung. Gleichzeitig wird durch Nationalrätin Sarah Wyss beim Bundesrat eine ähnlich lautende Interpellation eingereicht.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung der Eidgenössischen Zollverwaltung, dass der heutige Zustand nicht rechtskonform sei? Wenn ja: Wo genau wurden Überschreitungen, Missbräuche, Unklarheiten, nicht rechtskonformes Auslegen oder Handeln festgestellt?
2. Erachtet der Regierungsrat die Anpassung der Richtlinie als rechtlich zwingend? Seit Jahrzehnten fallen Direktlieferungen an Haushalte unter die erleichterte Einfuhr.
3. Ist der Regierungsrat bereit, auch beim Bundesrat und bei der Zollverwaltung nachzufragen, worin die Notwendigkeit der Anpassung der entsprechenden Zollrichtlinie und die Neuauslegung dessen, was im Grenzgebiet als Marktkontingent gilt, besteht? Aus welchem rechtlich zwingenden Grund muss dies ab 2022 plötzlich neu geregelt werden?
4. Ist der Regierungsrat bereit, beim Bundesrat und bei der Zollverwaltung nachzufragen, ob es im Sinne des Bundesrates und der Ökologie sein kann, dass in Basel-Stadt die Einfuhr von lokalen und nachhaltig produzierten Lebensmitteln ohne inländische Konkurrenz aus kleinbäuerlicher Produktion erschwert werden?
5. Welche Massnahmen müssten der Bundesrat/die Zollverwaltung ergreifen, damit im Sinne einer nachhaltigen und lokalen Versorgung das Modell in Basel nicht unnötig erschwert wird?

6. Wann wurde der Kanton Basel-Stadt über das Vorhaben informiert? Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen mit der Zollverwaltung? Wie haben sich andere Grenzkantone zur Änderung des Abkommens geäussert? Wie und bis wann könnte die alte Regelung wiedereingeführt werden?
7. Wie kann künftig sichergestellt werden, dass bei binationalen Abkommen die Region Basel und ihre spezifische Lage im Dreiland besser berücksichtigt wird?

Alexandra Dill

5. Interpellation Nr. 21 betreffend ein vernünftiges Basel, dass sich für Lockerungen der Corona-Politik stark macht

21.5172.01

Die Corona-Zahlen sind national und kantonal massiv gesunken. Im Kanton Basel-Stadt gab es in den letzten beiden Wochen (Stand 25.02.2021) pro Tag nur noch zwischen 7 und 23 positiv getestete Ansteckungsfälle. Die Fälle auf Intensivstation belaufen sich im Kanton noch auf sieben (Stand 25.02.2021). Jegliche Schreckensszenarien, mit denen man die Bevölkerung vor Weihnachten verängstigt hat, sind nicht eingetreten: Die Infektionszahlen sind nicht explodiert, die Spitäler nicht kollabiert, das Gesundheitswesen nicht zusammengebrochen. Eine Lockerung des Lockdowns drängt sich auf. Dafür hat der Bundesrat aber kein Gehör. Er ist entschlossen, den Lockdown zu verlängern. Statt die Risikogruppen gezielt und wirksam vor Ansteckungen zu schützen, soll die gesamte Bevölkerung weiterhin eingesperrt werden. All diese Einschränkungen und Aufhebungen verfassungsmässiger Grundrechte verletzen das Verhältnismässigkeitsprinzip, welches bei der Pandemiebekämpfung ausser Acht gelassen wird.

Der Bundesrat erlässt radikale Massnahmen, deren empirische Evidenz nicht erwiesen ist, und nimmt gravierende gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und psychische Kollateralschäden in Kauf. Ganze Wirtschaftszweige werden an die Wand gefahren. Tausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gehen verloren. Viele Betriebe bangen um ihre Existenz oder haben ihre Liquidation bereits angekündigt. Das Sport- und Vereinsleben wird zerstört. Das psychische Leiden, gerade auch unter jungen Menschen nimmt massiv zu. Der Schuldenberg wächst und wächst. Die Perspektiv- und Ausweglosigkeit macht sich in der Bevölkerung breit.

Beim Lockdown wie bei der Maskenpflicht begnügt sich der Regierungsrat nicht mit den Vorgaben des Bundes, sondern erliess strengere Regeln wie:

- Restaurants früher geschlossen als nötig
- Jugendtreffs geschlossen
- Maskenpflicht für alle Lehrpersonen sowie Schüler ab Sek 1, obwohl diese erst ab der Sek 2 verpflichtend wäre. Dies obwohl Nutzen nicht nachgewiesen und Schaden für Gesundheit sowie Unterrichtsqualität hoch.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Evidenz und Begründungen veranlassen den Regierungsrat, im Kanton teils strengere Massnahmen durchzusetzen, wie der Bundesrat vorgibt?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die kantonalen Verschärfungen ab sofort aufzuheben?
3. Aufgrund welcher Zahlen, Daten und Fakten entscheidet der Regierungsrat über Lockerungsschritte im Kanton? Bisher schien es die Auslastung des Gesundheitswesens gewesen zu sein. Ist dies immer noch der Fall? Wenn ja, weshalb begann man nicht bereits mit Lockerungen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sich zukünftig beim Bundesrat für eine umgehende Lockerung des Lockdowns einzusetzen, damit Restaurants, Kultureinrichtungen, Fitnesscenter und Kinos möglichst rasch (und unter Berücksichtigung von Schutzkonzepten) wieder öffnen können und das soziale Leben wieder weitestgehend gewährleistet wird?
5. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Lockdown-Massnahmen (Schliessungen, Schutzkonzepte, Homeoffice-Pflicht etc.) drastische Auswirkungen auf die Berufswahl und -ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben, indem Praktika, Schnupperlehren, die praktische Lehrlingsausbildung und Volontariate von Studierenden nicht oder nur eingeschränkt stattfinden?
6. Ist der Regierungsrat bereit, sich gegen Impfprivilegien jeglicher Art auf Bundesebene auszusprechen?
7. Weshalb hat es der Regierungsrat unterlassen, die Spitalkapazitäten des Kantons auszubauen, obwohl man wusste, dass genügende Spitalkapazitäten das A und O der Krisenbewältigung sind?
8. Wie entwickelt sich die Suizidrate im Kanton Basel-Stadt seit Januar 2020?
9. Wie entwickelt sich die häusliche Gewalt im Kanton Basel-Stadt seit Januar 2020?
10. Wie entwickeln sich die Verwendung von Psychopharmaka im Kanton Basel-Stadt seit Januar 2020?
11. Wie hat sich die Arbeit der Kriseninterventionsstation (KIS) seit Januar 2020 verändert?

David Trachsel

6. Interpellation Nr. 22 betreffend störende Leuchtreklamen

21.5173.01

Seit mehreren Monaten prangt an der Fassade eines Neubaus im Geviert Zeughausstrasse - Singerstrasse - St. Jakobs-Strasse das Signet „B&B Hotel“ und leuchtet grellgrün in die nächtliche Idylle der umliegenden Quartiere bis in die Morgenstunden. AnwohnerInnen der Sissacherstrasse, des St. Alban-Rings, sowie des „Häxewägli“ sind durch ihre Lage besonders betroffen und wöhnen sich in Ihren Schlafzimmern teils in der Romantik eines Flughafenhotels. Die Leuchtreklame, welche wohl auf die BenützerInnen der angrenzenden Autobahn ausgerichtet ist, stört genannte AnwohnerInnen vor allem durch das nächtliche grelle Leuchten. Telefonate an die Eigentümer bzw. an die Mieterin „B&B Hotel“ konnten bisher nichts an der Situation ändern. Auch konnte das zuständige Amt bisher keine verbindliche Änderung in Aussicht stellen. Nach Paragraph 12 der Bau- und Planungsverordnung (BPV) ist im konkreten Fall die Stadtbildkommission für diese Art der Reklame zuständig.

Der Unterzeichnende ersucht die Regierung, um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Liegt eine rechtsverbindliche Bewilligung der zuständigen Behörde für besagte Leuchtreklame an der St. Jakobs-Strasse 195 vor?
2. Beinhaltet diese Bewilligung den Betrieb einer Leuchtreklame auch über die Nachtzeit?
3. Werden vorgängig zu einer Bewilligung solcher Reklamen potenziell Betroffene genügend informiert, damit deren rechtliches Gehör gewahrt ist?
 - a. falls Ja: wie wurden in vorliegenden Fall die Anwohnenden an der Sissacherstrasse und des St. Alban-Rings informiert?
 - b. falls Nein: Weshalb wurden die Anwohnenden an der Sissacherstrasse und des St. Alban-Rings nicht informiert?
4. Kann sich die Regierung vorstellen, im vorliegenden Fall die betroffene Bevölkerung zu unterstützen?
5. Wie soll in Zukunft mit der Bewilligung von Leuchtreklamen umgegangen werden, die durch eine exponierte Positionierung eine grosse Anzahl Personen beeinträchtigt?

Michael Hug

7. Interpellation Nr. 23 betreffend der Corona-Bekämpfungsstrategie im Kanton nach dem Impfdosen-beschaffungs-Versagen des Eidg. Departement des Innern

21.5175.01

Seit einigen Tagen sind die Infektionszahlen (Stand 1.3.2021) in der Schweiz stagnierend resp. sogar wieder leicht steigend. Auch der R-Wert ist mit 1,06 wieder über dem aus Sicht der Wissenschaftler für Lockerungen zumutbaren Wert. Erst bei einem R-Wert von deutlich unter 1,0 können Ansteckungsketten nachhaltig durchbrochen werden, weshalb die seit dem 1. März in Kraft getretenen weitreichenden Lockerungen riskant sein könnten.

Nachdem der Bundesrat bereits bei der Beschaffung von Hygienemasken zu Beginn der Pandemie versagt hat und im Früherbst durch eine beschlossene Lockerungsorgie unser Land unkontrolliert in eine gefährliche zweite Welle rasen liess, sind die Aussichten wegen seiner mangelhaften Corona-Bekämpfungsstrategie weiterhin nicht rosig. Um möglichst bald ein normales Leben zurückzuerhalten, sind deshalb ausreichend Impfdosen der einzige Ausweg.

So sind per 1.3.2021 in der Schweiz pro 100 Einwohner erst 8,7 Impfdosen verabreicht worden. Basel-Stadt ist dabei leicht über dem Durchschnitt und hat pro 100 Einwohner 11,62 Impfdosen verabreicht. Insgesamt geht es aber nur schleppend voran. So versagt das dafür zuständige Innendepartement im Vergleich mit Ländern wie Israel (93,5 Impfdosen/ 100 Einwohner), Grossbritannien (30,8) oder den USA (22,5) bei der Impfdosenbeschaffung und nimmt in Kauf, dass weiterhin Woche für Woche Dutzende von Menschen sterben, weil zu wenig Impfdosen zur Verfügung stehen. Anstatt frühzeitig ausreichend Impfdosen zu beschaffen und Leben zu retten, wird die Wirtschaft monatelang in einen Lockdown gezwungen und Abertausende von Arbeitsplätzen vernichtet.

Entsprechend ist es nun wichtig, dass Bund und Kantone eine umfassende und verlässliche Impfstrategie mit Perspektiven veröffentlichen. Neueste Meldungen, dass der Impfstoff von Johnson & Johnson demnächst zugelassen wird und den Vorteil hat, dass man von diesem nur eine Injektion benötigt, stimmen zwar zuversichtlich. Doch ausgerechnet dieser Impfstoff wurde bis dato vom Eidg. Departement des Innern nicht bestellt, was das Impfdosenbeschaffungs-Versagen nochmals verdeutlicht.

Der Kanton Basel-Stadt hat erfreulicherweise früh mit dem Impfen begonnen. Nun jedoch werden Impfwillige aus der entsprechenden Alterskategorie und Risikogruppe auf später vertröstet. Immerhin können sich Risikopatienten und Personen über 75 Jahre seit wenigen Tagen auf der Homepage für einen Impftermin registrieren. Gemäss Aussagen des Kantonsarztes sind jedoch erst bis im April 2020 die besagten Personen auch tatsächlich geimpft. Weitergehende Perspektiven, auch für andere Impfwillige, bestehen derzeit nicht. Die Registrierungsmöglichkeit auf der Homepage des Impfzentrums für alle Einwohnerinnen und Einwohner wurde seitens Gesundheitsdepartement bis dato verheimlicht, besteht aber bereits offensichtlich.

Auch in Bezug auf die Organisation des Contact Tracings im Kanton ergeben sich nach bald einem Jahr der Tätigkeit einige Fragen. Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

Zum Thema Impfen

1. Weshalb gibt es keine Impfstrategie im Kanton, welche aufzeigt, wann wem ein Impfangebot gemacht werden

kann?

2. Falls es eine solche Impfstrategie gibt: Ist der Regierungsrat bereit diese zu veröffentlichen, damit der Bevölkerung eine Perspektive aufgezeigt werden kann? Falls er nicht zur Veröffentlichung bereit ist: Weshalb nicht?
3. Via Twitter (26.2.21) hat der Kanton angekündigt, dass derzeit an einem Konzept für die Ausweitung von präventiven Tests gearbeitet werde. Bis wann wird diese Strategie veröffentlicht und kann zur Anwendung kommen?
4. Weshalb wurde eine solche Strategie nicht mit Basel-Landschaft gemeinsam entworfen?
5. Wieso wurde die grundsätzliche Impf-Voranmeldemöglichkeit für sämtliche Impfwilligen des Kantons bis anhin verheimlicht?
6. Hat es Einfluss auf die Termin-Reihenfolge, wenn sich einzelne Personen - die derzeit nicht zur Kategorie der Impf-Berechtigten gehören - bereits heute registrieren und andere wiederum nicht?
7. Ab wann sind auch Impfungen ausserhalb des Impfzentrums möglich (bspw. bei Hausärzten, in Apotheken etc.)?
8. Bis wann sind alle Impfwilligen des Kantons Basel-Stadt durchgeimpft?
9. Nach welchen Kriterien wurde die Firma Meconex als Betreiber des Impfzentrums ausgewählt?
10. Wie hoch sind die Kosten des Kantons für dieses Impfzentrum?

Zum Thema Contact Tracing

11. Was kostet den Steuerzahler das Contact Tracing-Team bis heute (Personal- und Sachaufwand etc.)?
12. Wie viele Personen haben in der 1. Welle und wie viele Personen in der 2. Welle im Contact Tracing-Team gearbeitet und wie viele Personen sind es derzeit?
13. Wie viele Mitarbeitende aus anderen Departementen wurden an das Contact Tracing ausgeliehen?
14. Wer hat die Tätigkeit dieser Mitarbeitenden an ihrem bestehenden Arbeitsplatz in dieser Zeit übernommen?
15. Weshalb befindet sich das Contact Tracing-Team nicht mehr im Gesundheitsdepartement an der Malzgasse, obschon dort Platz vorhanden wäre?
16. Wie viel kostet die zusätzliche Anmietung von Büroräumen?
17. Weshalb wurde ein Operativer Leiter für das Contact Tracing angestellt und ist diese Stelle befristet? Was ist sein genauer Tätigkeitsbereich?

Zum Thema Kampagne

18. Wie viel Geld hat der Kanton Basel-Stadt bisher für die Corona-Kampagne (u.a. Seifenboss, «lieber mit als ohne Maske», Impfen etc.) ausgegeben? (Bitte einzeln nach Thema der Kampagne und einzelnen Massnahmen aufschlüsseln)

Joël Thüring

8. Interpellation Nr. 24 betreffend offene Fragen zum Transformationsareal Klybeck

21.5183.01

Das Industrieareal Klybeck ist mit seinen 30 Hektaren das grösste Transformationsareal des Kantons Basel-Stadt. Der Kanton hat mit den ehemaligen Eigentümern 2016 eine Planungsvereinbarung zur weiteren Entwicklung des Gebiets unterzeichnet, in der festgehalten wurde, dass in Zukunft auf dem Areal auch Wohnnutzungen möglich sein sollen. Eine rechtsverbindliche Umzonung hat bisher nicht stattgefunden. Dieser Entscheid obliegt dem Grossen Rat, gegen dessen Entscheid allenfalls ein Referendum ergriffen werden kann.

In der Anpassung des kantonalen Richtplanes 2018 hat der Regierungsrat zum wiederholten Male festgehalten, dass aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden soll. Dieses Ziel teilen viele politische Akteurinnen und Akteure. Vielfach wird besonders die Schaffung von dauerhaft bezahlbarem Wohnraum gefordert. In den letzten Jahren sind die Marktmieten in Basel im schweizweiten Vergleich abgesehen von Zürich überdurchschnittlich gestiegen. Gemäss Mietpreisindex des Statistischen Amtes seit 2000 um 28.8 Prozent. Die Regierung hat 2018 deshalb im Richtplan auch festgehalten, dass ein Drittel der Transformationsareale für preisgünstige Mieten reserviert werden sollen. In der Beantwortung auf eine schriftliche Anfrage Mattmüller (19.5485.02) definiert der Regierungsrat Mieten als preisgünstig, die 25 Prozent unter dem Median der Angebotsmieten von Neubauten liegen, differenziert nach Zimmerzahl. Dieser sogenannte preisgünstige Wohnraum im Neubau kann sowohl durch gewinnorientierte wie auch gemeinnützige Eigentümerinnen erstellt und bewirtschaftet werden. Der Regierungsrat des Kantons Zürich definiert «preisgünstigen Wohnraum» hingegen nach dem einheitlichen Grundsatz der Kostenmiete: Diese ist in einer neuen Bestimmung des kantonalen Planungs- und Baugesetz (§ 49b) enthalten.

Auch die Initiative «Basel baut Zukunft» verlangt, dass «mindestens 50 Prozent des Gesamtbestandes der nutzbaren Bruttogeschossfläche pro Bebauungsplan [...] gemeinnützig im Sinne des Wohnraumförderungsgesetzes (SR 842) dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden müssen beziehungsweise [...] der Boden durch Verkauf oder im selbständigen und dauernden Baurecht an eine gemeinnützige Organisation gemäss Art. 4 Abs. 2 Wohnraumförderungsgesetz abgegeben werden muss.» In der oben erwähnten Antwort auf die Anfrage Mattmüller

beschreibt der Regierungsrat die Kostenmiete nach Definition der Stadt Zürich: «Eine Kostenmiete ist [...] genauso hoch, dass sie den Aufwand des Bauträgers deckt. Mit der Kostenmiete werden die Schuldzinsen und die Verwaltungskosten beglichen, der Unterhalt und Werterhalt der Liegenschaften sowie die Rückstellungen zur Erneuerung sichergestellt.»

Die Initiative wurde von der Verwaltung juristisch geprüft und von Regierungsrat und Grosse Rat als rechtlich zulässig erklärt. Dagegen wurde von Mitgliedern des Grossen Rates, finanziert durch die Investoren, eine Beschwerde eingereicht. Das Verfahren ist hängig und die politische Behandlung der Initiative ausgesetzt. Wie die BZ am 18. Februar 2021 berichtete, soll nun jedoch die Transformation des Klybeckareals beschleunigt werden: «Paragraf 106 des basel-städtischen Bau- und Planungsgesetzes sieht vor, dass die Regierung in Eigenregie Parzellen, die weniger als 4'000 Quadratmeter gross sind, umzonen kann. Auf Initiative der Abteilung Stadtentwicklung im Präsidialdepartement soll nun dieses Verfahren eingeleitet werden.»

In diesem Zusammenhang stellt der Interpellant dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass anfänglich als preisgünstig definierte Mieten im Verlauf von Mieterwechseln etc. langfristig deutlich höher zu liegen kommen als Mieten basierend auf einer Kostenmiete?
2. Beabsichtigt der Regierungsrat, die vorliegende Definition der Preisgünstigkeit dahingehend zu überarbeiten, dass die Zielsetzung preisgünstiger Wohnraum dauerhaft gewährleistet bleibt?
3. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die vorliegende Preisgünstigkeitsdefinition Fehlanreize setzt, da zwar maximale Flächen pro Wohnungstyp vorgegeben werden, aber keine Aussagen zu Mindestflächen getroffen werden?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Preisentwicklung der Mieten in Basel-Stadt für grosse Teile der Bevölkerung zu immer erheblicheren finanziellen Belastungen führen und deshalb der Anteil von dauerhaft bezahlbaren Wohnungen in Basel-Stadt gesteigert werden soll?
5. Wie möchte der Regierungsrat die Zielwerte für ausgewählte Kategorien des preisgünstigen Wohnraums, wie im Bericht zur Umsetzung der Initiative «Recht auf Wohnen» (20.0183.01) auf Seite 5 dargestellt bis 2035 (17%) respektive 2050 (25%) erreichen?
6. Möchte der Regierungsrat die Transformation des Klybeckareals beschleunigen?
7. Handelt er dabei im Einverständnis oder gar in Zusammenarbeit mit den aktuellen Grundeigentümern?
8. Inwiefern verzögert die Beschwerde gegen die Initiative «Basel baut Zukunft» die Arbeiten am Bebauungsplan für das Klybeckareal bzw. fliessen die Vorgaben der Initiative in die Planungsarbeiten ein?
9. Sieht der Regierungsrat einen Weg, die politische Behandlung dieser Initiative unter Berücksichtigung der juristischen Einschätzung seiner eigenen Rechtsabteilung, dass sie rechtlich zulässig sei, unverzüglich aufzunehmen?
10. Sieht der Regierungsrat eine Notwendigkeit, auf den § 106 des Bau- und Planungsgesetzes zurückzugreifen, den Gesamtperimeter somit planerisch zu «zerstückeln» und somit die Entscheidungskompetenz des Grossen Rates auszuhebeln? Wenn ja, warum?
11. Erachtet der Regierungsrat die Bewilligung einer Wohnnutzung in der heutigen Industrie- und Gewerbezone (Zone 7) aufgrund der Bestimmungen in § 106 BPG als rechtlich legitim?
12. Möchte der Regierungsrat sicherstellen, dass auch bei allfälliger Anwendung von § 106 BPG das Ziel von mehr bezahlbaren Wohnungen auf Basis der dauerhaften Kostenmiete im Klybeck erreicht wird?
13. Wie und gemäss welchem Zeitplan gedenkt der Regierungsrat die politische Entscheidungsfindung bezüglich des Bebauungsplans für das Klybeckareal zu gestalten?

Pascal Pfister

9. Interpellation Nr. 25 betreffend «Alkistübli» am Claraplatz

21.5184.01

Mit einer Medienmitteilung vom 3. März gab das Bau- und Verkehrsdepartement bekannt, dass es im Rahmen eines Pilotprojektes eine sogenannte «Smart Box» als Paketablage am Claraplatz testet¹. Grundsätzlich ist die Prüfung und Einführung dieser Paketablage begrüßenswert. Doch dort, wo diese nun stehen soll, treffen sich seit längerer Zeit Menschen in prekären Lebenssituationen. Seit Jahren verbringen sie zusammen Zeit auf der Bank neben der neuen Abholanlage. Im letzten Sommer wurden die ausrangierten Telefonkabinen am Claraplatz auf eine kreative Art und Weise aufgewertet, auch mit Unterstützung des Vereins für Gassenarbeit Schwarzer Peter². Nun verschwindet dieser Ort und muss der «Smart Box» weichen³. Unter anderem wird dies auch damit begründet, dass es sich um öffentlichen Grund handle, der nicht von einzelnen vereinnahmt werden könne. Ganz allgemein entsteht der Eindruck, dass hier ein weiteres Mal prekarierte Menschen an den Rand gedrängt werden und ihre Eigeninitiative nicht gewünscht ist.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Muss die Smart Box ausgerechnet an diesem Ort aufgestellt werden, beziehungsweise ist dieser Entscheid definitiv?
2. Kann der Regierungsrat alternative Orte für die Erstellung der Smart Box prüfen?
3. Wie steht der Regierungsrat zur Tatsache, dass mit dem aktuellen Vorgehen ein Projekt verhindert wird, das

- die Betroffenen aus Eigeninitiative realisiert haben und welches ohne staatliche Unterstützung funktionierte?
4. Falls der Ort als Treffpunkt definitiv wegfällt: Plant der Regierungsrat einen alternativen, niederschweligen Treffpunkt für prekarierte Menschen am Claraplatz bereitzustellen?
 5. Es wurde bereits mit dem Bau der Smart Box begonnen. Hatten die Nutzer des "Alkistübli" Zeit, um die Einrichtung des Stüblis abzubauen?
 6. Anerkennt der Regierungsrat das Bedürfnis, Begegnungs- und Treffpunkte für prekarierte Personen zu erhalten?
 7. Wie geht der Regierungsrat mit der Tatsache um, dass gerade auch aufgrund der Corona-Massnahmen bereits viele mögliche Treffpunkt und Orte für Menschen, welche suchterkrankt sind, eingeschränkt verfügbar sind? Wie sieht er ihren Platz in der Stadt generell?

¹ <https://www.bvd.bs.ch/nm/2021-mehr-komfort-und-weniger-lieferverkehr-dank-der-smart-box-basel-bd.html>

² <https://www.20min.ch/story/das-kreativste-alkistuebli-der-stadt-296833653638>

³ https://www.20min.ch/story/die-scheiben-wurden-in-stuecke-geschlagen-es-tat-im-herzen-weh-974059468927?fbclid=IwAR1LwIEJ9MabuGBK-0cLjU_AjVoTm47O_YAbNaTzsri_O9psyaygSzn0w

Beda Baumgartner

10. Interpellation Nr. 26 betreffend toxikologische Kriterien in Basel-Stadt

21.5185.01

Im Oktober letzten Jahres wurde öffentlich, dass der Riehener Gemeinderat den Trinkwasserbrunnen Hintere Au stilllegen und die Grundwasserschutzzone aufheben will. Damit soll auch die Deponie Maienbühl aus der Überwachung entlassen werden, obwohl aus der Deponie noch immer Giftstoffe austreten, unter anderem Derivate des Pharmawirkstoffs Crotamiton der damaligen Ciba-Geigy (heute: Novartis). Diese und weitere Substanzen verschmutzen weiterhin das Grundwasser sowie den Trinkwasserbrunnen Hintere Au und können in die Langen Erle gelangen. In der Beantwortung der Motion Grossenbacher betreffend Deponien Maienbühl (CH) und Mönden (D) (Motion 20.5400.01) schreibt der Regierungsrat: «Im November 2015 wurde durch das BAFU ein neu hergeleiteter k-Wert von 50 µg/l für Crotamiton geprüft, genehmigt und auf der Liste «Konzentrationswerte für Stoffe, die nicht in Anhang 1 oder 3 der Altlasten-Verordnung enthalten sind» veröffentlicht. Diesen neuen Konzentrationswert hat das AUE für die Beurteilung herangezogen». Ursprünglich hatte das AUE BS einen Konzentrationswert von 0.75 µg/l für die Überwachung der Deponie angewendet, der auf dem Bericht «Ermittlung und Überprüfung von Konzentrationswerten (k-Werten) für die Deponie Feldreben in Muttenz» beruhte. Diesen Bericht hat das «Forschungs- und Beratungsinstitut Gefahrstoffe GmbH (FoBiG)» im November 2010 im Auftrag des Amtes für Umweltschutz und Energie des Kantons Basellandschaft (AUE BL) erstellt. Der neue, rund 67 Mal höhere Grenzwert für Crotamiton von 50 µg/l hat der Kanton Waadt für das ehemalige Werkareal von Ciba-Geigy/Novartis in Nyon (VD) herleiten lassen. In Nyon war das Crotamiton aus alten, leckgeschlagenen Abwasserrohren des ehemaligen Werksareals ausgetreten und verschmutzt das Grundwasser. Das AUE stützt sich also bei der Beurteilung der Schadstoffe aus der Deponie Maienbühl teilweise auf Konzentrationswerte, die in einem anderen Kanton für ein Werkareal hergeleitet wurden.

Bei einer anderen Substanz im Klybeckareal beurteilt das Departement für Wirtschaft und Soziales (WSU) die Anwendbarkeit von Konzentrationswerten anderer Standorte völlig anders. Für das Grundwasser bei den Fabrikgeländen im Klybeck soll ein Deponiegrenzwert für Benzidin aus dem Wallis nicht zur Anwendung gelangen, wie Alt-Regierungsrat Brutschin am 27.10.2020 in einem Brief an die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) schrieb (www.aefu.ch/brief_brutschin): «Zur Konzentrationswert-Herleitung muss man wissen, dass jeder hergeleitete Konzentrationswert „im Einzelfall“ (Anh. 1 Abs. 1 AltIV und Anh. 3 AltIV) erfolgt und für jeden Standort neu hergeleitet werden muss. Somit ist es nicht möglich, die beiden bestehenden Benzidin-Werte (Wallis 2008 und 2019), aus der von Ihnen erwähnten Liste, zur abschliessenden Beurteilung heranzuziehen». Und weiter: «Ein Deponieareal und die darauf vorkommenden Schadstoffmengen lassen sich nicht mit einem Werkareal vergleichen, das nicht allein zum Zweck der Ablagerung von Abfällen betrieben wurde».

Ein offensichtlicher Widerspruch zur Handhabung des Konzentrationswerts für Crotamiton bei der Deponie Maienbühl in Riehen, wo ein Grenzwert eines Werkareals in Nyon zu Anwendung gelangt, das mit dem Kleinbasler Klybeck-Areal vergleichbar ist. Die Konzentrationswerte der Altlastenverordnung werden nach allgemeinen toxikologischen Kriterien hergeleitet. Für die Bewertung eines kontaminierten Standorts ist ausschliesslich das Potenzial der Emissionen von Schadstoffen in Wasser, Boden und Luft ausschlaggebend. Das heisst: Ein Konzentrationswert für einen Schadstoff im Grundwasser, der in einem anderen Kanton in Absprache mit dem BAFU hergeleitet wurde, sollte auch für die Bewertung anderer belasteter Standorte anwendbar sein. Unabhängig davon, ob es sich um einen Betriebsstandort wie die Chemieareale im Klybeck oder in Nyon oder um Ablagerungsstandorte wie in Riehen und im Wallis handelt.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht des AUE bei der Deponie Maienbühl in Riehen, dass ein Konzentrationswert für Crotamiton, der für ein Werksgelände in einem anderen Kanton hergeleitet wurde, auch hier zur Anwendung gelangen kann?
2. Wie kommt es, dass das AUE (bzw. das WSU) für die Deponie Maienbühl in Riehen einen Grenzwert eines Werkgeländes im Kanton Waadt heranzieht, im Klybeck aber ein anerkannter Grenzwert eines anderen

Kantons nicht zur Anwendung kommen soll?

3. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass der Benzidin-Grenzwert für Grundwasser aus dem Wallis auch für das Grundwasser im Klybeck zur Anwendung kommen soll? Falls nicht, was ist die Begründung hierfür?

Harald Friedl

11. Interpellation Nr. 27 betreffend fehlender Rückantwortkarten bei der Steuererklärung 2020

21.5186.01

Den Steuererklärungen 2020 sind neu nur dann Rückantwortkarten zur Verlängerung der Abgabefrist beigelegt, wenn bis anhin die Steuererklärung auf Papier ausgefüllt worden ist. Wer die Steuererklärung mit BalTax ausgefüllt hat, muss neu eine Fristverlängerung online beantragen. Konkret heisst das, die von vielen Personen seit Jahren benützte Rückantwortkarte fehlt in ihren Couverts. Dass eine Fristverlängerung auch telefonisch beantragt werden kann, wissen die wenigsten Steuerpflichtigen und es kann davon ausgegangen werden, dass einige dies vergessen werden.

In Basel-Stadt hatten 2018 Ende September 29 Prozent der Steuerpflichtigen ihre Erklärung noch nicht eingereicht (<https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/fristende-spatestens-dieses-wochenende-mussen-sie-ihre-steuererklärung-einreichen-Id.1317354>). Das unkommentierte Weglassen der erwähnten Verlängerungskarte betrifft also die Gewohnheiten und Abläufe vieler Steuerpflichtigen in Basel-Stadt.

Diese unangekündigte Praxisänderung hat negative, wenn auch sicher nicht beabsichtigte Folgen.

Ältere Menschen, Personen mit schlechten Deutschkenntnissen oder mit kognitiven oder psychischen Problemen und weitere Personengruppen realisieren nicht, dass sie sich mit ihrer PersID einloggen müssten, um eine Verlängerung zu beantragen. Oder sie wissen nicht, wie das geht, weil sie ihre Steuererklärung jeweils mit Hilfe Dritter ausgefüllt haben. Aber gerade deshalb sind sie noch mehr auf eine Verlängerung der Frist angewiesen als die administrativ kompetenten und digital affinen Bevölkerungsteile.

Schade, dass die Behörden im Vorfeld dieser Änderung nicht jene Organisationen konsultiert haben, die mit eben diesen Gruppen in Kontakt stehen.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Rückantwortkarten zur Steuererklärung 2020 wurden an die Steuerverwaltung BS zurückgesendet? Wie hoch ist dieser Anteil der Rücksendung in Prozent insgesamt zu den versendeten Steuererklärungen?
2. Ist der Regierungsrat damit einverstanden, dass für die Steuererklärung 2020 bis Ende September ausnahmsweise keine Mahngebühren erhoben oder Einschätzungen vorgenommen werden und dies auch für Personen, die keine Verlängerung der Frist beantragt haben?
3. Werden in Zukunft (ab Steuererklärung 2021) die Rückantwortkarten bei all denjenigen, welche ihre Steuererklärung weiterhin über BalTax einreichen, wieder beigelegt?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die künftige Handhabung solcher Änderungen in Zukunft mit Organisationen des sozialen Basel, wie beispielsweise Pro Senectute oder Plusminus, vorbesprochen werden sollten?

Oliver Bolliger

12. Interpellation Nr. 28 betreffend Covid-19 Schutzmassnahmen von Lehrpersonen

21.5187.01

Seit Ende Dezember steht in der Schweiz eine Impfung gegen Covid-19 zur Verfügung und im Kanton Basel-Stadt wird nach einem entsprechenden Impf-Plan geimpft.

In der Schweiz blieben die Schulen während der zweiten Welle offen, was angesichts der schwerwiegenden Folgen des Fernunterrichts für gewisse Kinder auch richtig ist. Daraus könnte man schliessen, dass diejenigen, die sich bei ihrer Arbeit in den Schulen auch einem erhöhten Risiko aussetzen, auch zu den Ersteren gehören müssen, die die Möglichkeit zur Impfung erhalten. Kinder haben zwar nach allem, was man bis heute weiss, ein geringeres Risiko, an Covid-19 zu erkranken, trotzdem birgt der Kontakt mit ihnen ein Risiko. Dies ist umso höher, je höher die Infektionszahlen in einer Region sind und je mehr Kinder bei geschlossenen Fenstern in einem Raum sitzen.

Wer also im Dienst der Allgemeinheit mit Kindern arbeitet, trägt ein erhöhtes Risiko, an Covid-19 zu erkranken - und sollte deshalb eine Chance auf eine baldige Impfung haben.

Vor dem Hintergrund, dass es auch in Schulen und Kindergärten nachweislich zu Ansteckungen kommt und Lehrpersonen einem ähnlichen Risiko ausgesetzt sind wie Betreuerinnen und Betreuer in Heimen, sollten auch sie nach Möglichkeit in die Zielgruppe 4 gemäss BAG-Einteilung aufgenommen werden.

Das Ansteckungsrisiko wird durch die Impfung der Lehrpersonen massgeblich reduziert. Folglich kommt es zu deutlich weniger krankheits- oder quarantänebedingten Ausfällen von Lehrpersonal. Dadurch kann der reibungslose Präsenzunterricht besser garantiert. Mit der Möglichkeit, Lehrpersonen früher zu impfen, verringern wir das Ansteckungsrisiko von vielen Menschen gleichzeitig: Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern sowie auch deren Eltern.

Nur wenn Lehrpersonen sowie Erzieherinnen und Erzieher gesund bleiben, lässt sich der für die Kinder so wichtige Schul- und Krippenbetrieb aufrechterhalten.

Aus obigen Gründen möchte ich die Regierung fragen:

1. Ob sie bereit ist Lehrpersonen in der Reihenfolge der Impfungen höher zu priorisieren und ihnen auf freiwilliger Basis eine Impfung anzubieten?
2. Wenn nicht, was sind die Gründe dafür?
3. Ist die Regierung zudem bereit den Lehrpersonen FFP2 Masken kostenlos für ihre Unterrichtstätigkeit als Schutzmassnahme zur Verfügung zu stellen?
4. Einwegschutzmasken müssten laut offiziellen Angaben relativ häufig gewechselt werden. Was ist die Erklärung dafür, dass SchülerInnen nur eine Maske pro Tag zur Verfügung gestellt wird?
5. Stehen an den Schulen flächendeckend die nötigen Desinfektionsmittel (Handhygiene) zur Verfügung? Wenn ja, wird dies auch regelmässig überprüft? Wenn nein, warum nicht?

Am Freitag wurde bekannt gegeben, dass mit einer erweiterten Teststrategie breiter als bis anhin auch an Schulen getestet werden soll. Laut Medienmitteilung beginnt im März die erweiterte Ausbruchsuntersuchung.

6. Ist die Teststrategie Basel-Stadt mit der im Nachbarkanton Basel-Land vergleichbar? Wenn nicht, worin unterscheiden sich die Strategien und was sind die Vorteile der basel-städtischen Strategie?
7. Wie werden die Lehrpersonen über den Ablauf der Testung informiert und wie werden sie darin unterstützt?
8. Ist sie wie in Basel-Land freiwillig? Falls ja, wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass sich, trotz Freiwilligkeit, genügend Lehrpersonen und SchülerInnen testen lassen?

Sasha Mazzotti

13. Interpellation Nr. 29 betreffend Umgang mit Kundgebungen und Menschenansammlungen

21.5188.01

In den letzten Wochen haben verschiedene Kundgebungen und Menschenansammlungen stattgefunden: Eine Gedenkkundgebung gegen den rechtsextremen Terroranschlag in Hanau, eine Versammlung für Frieden in Afrin, zahlreiche Menschenansammlungen und Umzüge während der „Nicht-Fasnacht“ und eine Demonstration von FCB-Fans.

Manchmal wurden Dialogteams eingesetzt, manchmal wenige Polizist*innen in normalen Uniformen oder zivil, manchmal gab es ein Grossaufgebot in Vollmontur. Manchmal wurden die Menschen bei Nichteinhaltung der Coronaregeln bloss gemahnt, manchmal gebüsst, und manchmal wurde die Ansammlung mit Gummigeschossen aufgelöst. Ein Konzept dahinter ist nicht ersichtlich. Offenbar sind Regierungsrat und Polizeileitung nicht bereit, aus vergangenen Fehlern (z.B. im Zusammenhang mit der feministischen Demonstration am 14. Juni 2020) zu lernen.

Besonders absurd wirkt der kurzfristige Entzug einer Bewilligung für eine rund zwei Wochen vorher bewilligte Kundgebung. Zwei Tage vor dem Kundgebungstermin wurde die Gesuchstellerin darüber informiert mit der Begründung, sie hätte in letzter Zeit schon mehrere Kundgebungen bewilligt bekommen. Weiter hiess es in der Verfügung, es könne wegen der Absage der Fasnacht zu Anfeindungen gegenüber den Kundgebungsteilnehmenden durch die Bevölkerung kommen und es hätten nach dem verlorenen Spiel gegen Winterthur einige FCB-Fans gedroht, es „passiere am Samstag etwas“, wenn die Leistung ihres Clubs nicht besser werde.

Abgesehen davon, dass ein kurzfristiger Entzug einer Bewilligung äusserst fragwürdig ist, ist die Begründung für diesen Akt nur schwer nachvollziehbar. Das einzige, was nicht schon vorher bekannt war, war die Niederlage des FCB gegen den FC Winterthur im Cup, somit kann nicht von einer so stark veränderten Situation gesprochen werden, die einen Entzug der Bewilligung rechtfertigen würde.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen stellen

1. Gib es ein Konzept für den Umgang mit verschiedenen Kundgebungen und Versammlungen? Wenn ja, welches?
2. Wie kann eine gewisse Rechtssicherheit garantiert werden, wenn kurzfristig Demo-Bewilligungen mit Begründungen entzogen werden, die schon vor Bewilligungserteilung bekannt waren?
3. Eine der Begründungen für den kurzfristigen Entzug der Demobewilligung war der Mangel an Einsatzkräften, da gleichzeitig Aktionen von FCB Fans befürchtet wurden. Am Kundgebungstag stand dann aber ein Grossaufgebot am Versammlungsplatz. Wie wird dies begründet?
4. Ist „Unmut in der Bevölkerung“ für den Regierungsrat tatsächlich ein Grund, die verfassungsmässige Kundgebungsfreiheit, welche vom Bundesrat im 2. Lockdown explizit nicht eingeschränkt wurde, aufzuheben?
5. Wie definiert der Regierungsrat den „Unmut in der Bevölkerung“? Wie viele Twitter-Nachrichten mit Unmutsäusserungen braucht es zum Beispiel, damit verfassungsmässige Rechte ausgehebelt werden? Spielt es eine Rolle, wer in der Bevölkerung „Unmut“ äussert?
6. Warum wurde die erwähnte Kundgebung mit Gummigeschossen aufgelöst und nicht wie 2 Tage später die Menschenansammlungen während der „Nicht-Fasnacht“ mit Dialogteams begleitet?
7. Werden in Zukunft auch bei Demonstrationen Dialog-Teams eingesetzt und vermehrt der Dialog gesucht?

8. Eine der Begründungen für den Bewilligungsentzug lautete, dass die Gesuchstellerin in letzter Zeit schon mehrere Demogesuche bewilligt bekommen hat. Es ist für alle Beteiligten von Vorteil, wenn es bei Demonstrationen und Kundgebungen klare Ansprechpersonen gibt. Ein Demogesuch einzugeben ist aber eine anspruchsvolle und risikobehaftete Aufgabe – so droht zum Beispiel die Weitergabe von Namen und Adressen an den Staatsschutz – was dazu führt, dass nur wenige und oft die gleichen Personen diese eher undankbare Rolle übernehmen und als Gesuchsteller*innen auftreten.

Ist dem Regierungsrat bewusst, dass mit dieser Begründung die Hürden für das Einreichen von Bewilligungsgesuchen erhöht werden? Ist dies die Absicht des Regierungsrats? Falls ja, warum?

Heidi Mück

14. Interpellation Nr. 30 betreffend Bettelnden, Fäkalien und Billettkontrollen

21.5189.01

Seit Monaten belästigen ausländische Bettler(banden) die Basler Bevölkerung. Mit fragwürdigen Entscheiden hat der Regierungsrat eine Viertelmillion-Franken Steuergelder eingesetzt, um den Roma-Bettlern in der Notschlafstelle Gratis-Übernachtungsangebote zu ermöglichen und die inländischen Obdachlosen in Hotels einquartiert. Nun ist die Notschlafstelle wieder frei und Romas nächtigen wieder in Parkanlagen und in öffentlichen Durchgängen. Die Ausgaben, welche der Kanton Basel-Stadt für die rumänischen Bettlergruppen auf Kosten der Steuerzahler ausgibt, müssen nun endlich beziffert werden.

Die Interpellantin hat in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Öffentliche Parkanlagen werden von der Bevölkerung in der Freizeit als Erholungsgebiet genutzt und die Grünflächen entsprechend vom Kanton bewirtschaftet. Es ist längst bekannt, dass die rumänischen Bettlerbanden ihre Notdurft in Parkanlagen, hemmungslos an Gotteshäusern und sogar in Mülltonnen von Restaurants verrichten sowie ihren Dreck und Müll liegen lassen. Im menschlichen Kot sind viele Keime enthalten, die krankmachen können. Diese Keime können mehrere Tage lang überleben.
 - a) Weiche Mittel und Massnahmen werden wie oft eingesetzt, um die Fäkalien fachgerecht zu entsorgen?
 - b) Wie hoch sind die personellen Mehraufwendungen und die Mehrkosten der Stadtreinigung für die Entsorgung des Drecks, des Mülls und des Wegräumens des Kots sowie des Desinfizierens der Wände etc. (sofern das überhaupt gemacht wird) seit Aufhebung des Bettelverbots im Sommer 2020?
2. Seit Monaten kämpft das Basler (Gastro)-Gewerbe ums nackte Überleben. Die vom Bundesrat verhängten Covid-19 Massnahmen drängen unzählige Gastronomie-Betreiber in den blanken Ruin. Unrat, welcher durch die Romas verursacht wird, kosten die Gastronomie-Besitzer zusätzlich viel Geld. Die verzweifelte Kontaktaufnahme von Gastronomiebetreibern mit der Kantonspolizei Basel-Stadt, Recherchen der Interpellantin sowie der nachgewiesenen Tatsache, dass Romas auch Müll-Container von Restaurant Besitzern verwenden, um ihre grosse und kleine Notdurft zu verrichten, zwingen die Gastronomiebesitzer, täglich die Abfallbehälter zu reinigen. Dass dies nicht nur mit Wasser und handelsüblichen Reinigungsmitteln gelingt, liegt wohl auf der Hand. Mit grossen Mengen an Desinfektionsmitteln müssen diese täglich aufwändig von Hand gereinigt werden. Der grosse Einsatz von Desinfektionsmitteln wirkt sich auf die Umwelt aus. Beim Reinigen gelangt ein Teil der Gifte ins Abwasser. «Einige dieser Substanzen sind sehr giftig für die Wasserorganismen» wurde eine Umweltexpertin am Schweizerischen Ökotoxzentrum in Dübendorf zitiert.

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:

- a) Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass der Einsatz von mehreren Litern Desinfektionsmittel Auswirkungen auf unsere Umwelt haben kann?
- b) Werden die Auswirkungen (sofern bekannt) bewusst verschwiegen, weil der Regierungsrat nicht handelt und die Romas weiterhin in unserem Kanton unterhalten werden?
- c) Täglich müssen Restaurantbesitzer und dessen Personal die Fäkalien an Hauswänden, Eingängen und in Mülltonnen entsorgen sowie reinigen. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass dieser tägliche Mehraufwand für die Ladenbesitzer zumutbar ist und die Kosten gerechtfertigt sind?
3. Diese unwürdige und demütigende Aufgabe kostet die Restaurantbetreiber sehr viel Geld. Aufgrund des Entscheids des Bundesrates vom 24. Februar 2021, müssen die Gastronomiebetriebe weiterhin geschlossen bleiben und die meisten Betriebe haben nach wie vor keine Einnahmen. Zudem ist es so, dass wer ab September 2020 einen Betrieb eröffnet hat, keinen Überbrückungskredit erhält!

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:

- a) Ist sich dieser bewusst, welche horrenden Kosten die Restaurantbesitzer aus der eigenen Tasche berappen müssen, um den Dreck von Bettelbanden zu entsorgen?
- b) Ist der Regierungsrat bereit, die betroffenen Gastronomen zu entschädigen (auch rückwirkend) und die tägliche Reinigung der oben genannten Fäkal-Thematik zur Aufgabe der Stadtreinigung zu machen?
- c) Falls der Regierungsrat nicht bereit ist, die betroffenen Gastronomiebetriebe zu unterstützen, will die Interpellantin wissen, weshalb nicht?
- d) Welche Massnahmen werden durch den Regierungsrat ergriffen, um diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu setzen?
4. Das Härtefall-Paket des Kantons Basel-Stadt unterstützt lediglich Betriebsstätten mit Betriebsaufnahme vor

dem 1. September 2020.

- a) Welche Willkür hat den Regierungsrat getrieben, um alle nach dem 1. September 2020 eröffneten Betriebsstätten zu benachteiligen, obwohl diese die Eröffnung bereits vor dem ersten Lockdown publiziert hatten?
5. Hundehalter bezahlen eine Hundesteuer, sind verpflichtet den Hundekot aufzunehmen und in den Abfallbehältern zu entsorgen. Eine Zuwiderhandlung wird mit Fr. 100.00 gebüsst. Die Interpellantin fragt den Regierungsrat:
 - a) Wie oft wurden Romas für das Erledigen ihrer Notdurft und das Liegenlassen des Mülls gebüsst?
 - b) Falls keine Bussen ausgesprochen wurden: weshalb werden Hundehalter gebüsst, Romas jedoch nicht?
 - c) Falls Bussen ausgestellt wurden, wie viele Bussen wurden effektiv bezahlt? Wenn nicht bezahlt wird, wie läuft das Inkasso ab?
 - d) Wie hoch sind die Einnahmen von Sommer 2020 bis heute?
 - e) Ist der Regierungsrat bereit, die Hundesteuern 2021 bis zur Aufhebung des Bettelverbots zu erlassen bzw. rückwirkend zu entschädigen?
6. Der Kanton Basel-Stadt hat für die Bettelnden extra «Toi Toi Toiletten» aufstellen lassen, welche jedoch wie wir wissen, nicht von den Bettelnden gebraucht werden.
 - a) Wie viele «Toi Toi Toiletten» wurden seit wann in Betrieb genommen?
 - b) Wie hoch sind die Kosten für Anschaffung und Betrieb seit deren Einführung?
7. Seit Ende 2019 müssen alle Schweizer ÖV-Betriebe Daten ins nationale Register einspeisen. Die Kosten für Schwarzfahrer werden deshalb erheblich teurer. Die Kosten für einmaliges Erwischen sind Fr.100.00. Beim zweiten Verstoss werden Fr. 140.00 verlangt und ab dem dritten Verstoss gar Fr. 170.00 sowie ein Eintrag ins nationale Register. Täglich fahren mindestens 20 Personen von den genannten Bettlern mit Sack und Pack mit dem ÖV selbstverständlich ohne Billett und verunreinigen auch noch Sitze und Haltestangen - denn letztendlich haben es die Leute mit der Hygiene nicht zum Besten.

Die Interpellantin fragt den Regierungsrat an:

- a) Bei wie vielen Romas wurde seit Sommer 2020 bis heute eine Billett Kontrolle durchgeführt und diese gebüsst sowie registriert?
- b) Falls nein, weshalb wurden keine Kontrollen durchgeführt?
- c) Ist dem Regierungsrat bekannt, welche Strecken und wann die Romas täglich den ÖV nutzen?
- d) Wie viele Bürgerinnen und Bürger, sprich Nicht-Romas, Nicht-Bettelnde wurden seit Sommer 2020 bis heute im ÖV kontrolliert, gebüsst sowie registriert?
- e) Wie viele Einnahmen wurden durch die Bussen generiert?
- f) Falls Kontrollen bei Nicht-Bettelnden und Nicht-Romas stattgefunden haben bzw. diese gebüsst wurden, will die Interpellantin wissen, weshalb diese Bevölkerungsgruppe der ausländischen Bettelnden von der BVB bevorzugt behandelt wird und weshalb andere Bevölkerungsgruppen für selbiges Vergehen gebüsst werden.
- g) Ist der Regierungsrat bereit, für alle Bevölkerungsgruppen den ÖV gratis anzubieten, bis das Bettelverbot wieder eingeführt wird?
- h) Falls nein, welche Massnahmen werden ergriffen, dass alle Schwarzfahrer gebüsst werden?
8. Bis am 10. Februar 2021 haben sich 17 Personen beim Migrationsamt gemeldet und erhielten ein Zugticket und zusätzlich 20 Franken Sackgeld.
 - a) Wie viele der 17 Personen haben effektiv den Zug genommen und Basel bzw. die Schweiz verlassen?
 - b) Wie kann sichergestellt werden, dass diese 17 Personen künftig nicht wieder auf Kosten der Basler Steuerzahler*innen unterhalten werden und keine weiteren Auszahlungen getätigt werden?
 - c) Welche Sonderregelungen wurden seit Einführung des Bettelverbots im Sommer 2020 den Romas gegenüber anderen EU Bürgern gewährt?
 - d) Weshalb wurden Sonderregelungen für die Romas erstellt?
 - e) Wie hoch sind insgesamt die Kosten, welche für die Romas seit Sommer 2020 aufgewendet werden mussten? Hierzu verlangt die Interpellantin eine detaillierte Aufstellung der Ausgaben und Auslagen.

Gianna Hablützel-Bürki

15. Interpellation Nr. 31 betreffend Klassenbildungen und Schulraumbedarf

21.5190.01

Erhöhte Schüler/-innenzahlen bedingen im kommenden Schuljahr 2021/2022 sehr wahrscheinlich die Bildung zusätzlicher Schulklassen.

Da dafür nicht überall in gleicher Weise Platz zur Verfügung steht, bittet die Interpellantin den Regierungsrat darum, nachfolgende Fragen zu beantworten.

1. Wie viele zusätzliche Klassen werden voraussichtlich im kommenden August gebildet werden müssen im Kindergarten, der Primar-, und Sekundarschule und in der weiterbildenden Schule (Stadt und Gemeindeschulen)?
2. In welchen Schulhäusern und an welchen Kindergartenstandorten werden diese Klassen untergebracht und welche Faktoren sind hierbei relevant?
3. Was für provisorische Lösungen, wie z.B. Schulcontainer, sind geplant und an welchen Standorten?
4. Welche Massnahmen sind angedacht, dass weiterhin genügend Spezialräume wie zum Beispiel Gruppenräume, Räume für Logopädie oder Psychomotorik zur Verfügung stehen?
5. Wie ist die Handhabung mit Einstiegsgruppen bei Platzmangel an einem Standort?
6. Welche Rolle wird einer möglichen Beeinträchtigung der Leistungen von Schüler/-innen durch eine neue Klassenbildung und/oder durch einen Schulhauswechsel beigemessen?
7. Welche nachhaltigen Massnahmen sind für das Schuljahr 2022/2023 geplant?

Michela Seggiani

16. Interpellation Nr. 32 betreffend Covid-19-bedingte Studienabbrüche verhindern

21.5191.01

Gemäss der Stiftung Educa Swiss haben sich Darlehensanfragen von Studierenden aufgrund der aktuellen Situation verdreifacht. Grund dafür sind einerseits das Fehlen von typischen Nebenjobs für Studierende (Gastronomie, Tourismus etc.) mit der sich die Studierenden ihr Studium zumindest zum Teil finanzieren. Andererseits fehle vermehrt die Unterstützung aus dem Elternhaus, weil auch dort durch Covid-19 die finanzielle Lage schwieriger wird. Auf Bundesebene wurde das Problem thematisiert und mit einer Forderung zur Unterstützung der Stiftung wie auch einer kantonsübergreifenden Härtefallunterstützung eingereicht. Der Bundesrat will nächste Woche antworten.

Für die Erholung der Wirtschaft ist es enorm wichtig, dass in der Nach-Corona-Zeit genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Wenn nun bekannt wird, dass Covid-19-bedingte, finanzielle Notlagen zu einer Vielzahl von Studienabbrüchen führen, muss dagegen angegangen werden.

Der Interpellant möchte gerne erfahren, wie akut die finanzielle Notlage von Studierenden in Basel-Stadt ist. Er bittet den Regierungsrat zu beantworten,

1. Ob in Basel-Stadt die Anträge auf Stipendien, resp. Anfragen für Darlehen bei Staat, Privaten oder Stiftungen zugenommen haben?
2. Ob es bereits Studienabbrüche zu verzeichnen gibt, die auf die finanzielle Notlage von Studierenden (aufgrund Covid-19) zurückzuführen sind?
3. Ob vorgesehen ist, auf kantonaler Ebene einen Härtefallfonds oder ein anderes geeignetes Gefäss für Studierende, die aufgrund der aktuellen Situation in finanzielle Notlage gekommen sind, einzurichten?
4. Ob die Stipendien-Vergabep Praxis der Universität Basel (Berechtigung ab 3. Semester im Bachelorstudium, resp. ab 2. Semester Masterstudium) ausreicht, den allenfalls erhöhten Bedarf an Stipendien zu decken?

Luca Urgese

17. Interpellation Nr. 33 betreffend wie konsequent wird gegen diskriminierende Aktivitäten von Polizist*innen vorgegangen?

21.5192.01

«Der Regierungsrat lehnt jegliches diskriminierendes Behördenhandeln entschieden ab und distanziert sich von jeder Form von Rassismus. Er ist bestrebt, sowohl präventiv als auch bei konkreten Einzelfällen konsequent gegen jegliche Art von Diskriminierung vorzugehen».

Das hielt der Regierungsrat in der Antwort auf meine Interpellation von letztem Juni betreffend rechtsextremer Netzwerke und rassistischen Tendenzen in der Kantonspolizei fest. Diese klare Positionierung der Regierung und ein aktives Vorgehen sind wichtig und notwendig. In Deutschland und Österreich wurden in den letzten Monaten und Jahren mehrere Netzwerke rechtsextremer Polizist*innen und Soldat*innen aufgedeckt, die Waffen horteten und Angriffe auf Politiker*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen planten. Es gibt mehrere Fälle von Morddrohungen gegen Politiker*innen und Kulturschaffende, die auf Daten basieren, die nur aus Polizeicomputern stammen können. Es ist deshalb wichtig, es nicht soweit kommen zu lassen, präventiv aktiv zu werden und bei Meldungen wegen rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen, oder andere diskriminierenden Äusserungen oder Handlungen konsequent zu handeln.

Kürzlich wurde im Onlinemagazin «Das Lamm» jedoch über einen Polizisten berichtet, der sich in den sozialen Medien rassistisch und islamfeindlich äussert. Ob er noch bei der Kantonspolizei Basel-Stadt angestellt ist, wurde von der Medienstelle der Kantonspolizei weder bestätigt noch dementiert.

Ich bitte den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Arbeitet der im Artikel genannte S.W. noch für die Kantonspolizei? Wurden personalrechtliche Massnahmen ergriffen?
2. Wie oft kam es bei der Kantonspolizei in den letzten Jahren zu Meldungen wegen des Verdachts auf

- rechtsextreme, rassistische, antisemitische, oder andere diskriminierende Äusserungen oder Handlungen?
3. In wie vielen Fällen waren Äusserungen oder Handlungen innerhalb bzw. ausserhalb des Dienstes Auslöser der Meldungen?
 4. Wie viele dieser Meldungen kamen von Dritten, also von ausserhalb der Kantonspolizei?
 5. Wird nur auf Meldung hin gehandelt, oder gibt es auch stichprobenartige oder andere verdachtsunabhängige Überprüfungen?
 6. Wie oft wurden personalrechtliche Massnahmen wie Verweise, Versetzungen, Freistellungen oder Kündigungen ergriffen?
 7. Gibt es eine Evaluation über die Wirkung der Präventionsmassnahmen?
 8. Reichen 38 Lektionen in «Menschenrechte, Ethik, Interkulturelle Kompetenz» in der Grundausbildung (total 1'100 Lektionen) aus, um Polizist*innen so zu schulen, dass es auch längerfristig wirkt und diskriminierendes Verhalten verhindert wird?
 9. Werden weitere Massnahmen geprüft und eingeführt, wenn sich zeigt, dass es trotz der ergriffenen Massnahmen zu diskriminierendem Verhalten oder zur Verbreitung von diskriminierenden Inhalten kommt?

Tonja Zürcher

18. Interpellation Nr. 34 betreffend „Solitude Bicyclade“ statt Solitude Promenade?

21.5193.01

Kaum an einem Ort in Basel konkurrenzieren sich Fussgänger und Velofahrer ähnlich stark wie auf der Solitude Promenade, dem Wegstück entlang dem Kleinbasler Rheinufer zwischen Tinguely-Museum und Stachelrain. Insbesondere während der nun bald beginnenden warmen Jahreszeit, welche mit den Rheinschwimmern noch zusätzlichen Fussgängerverkehr bringt, entsteht auf dem schmalen Weg wegen der starken Nutzung durch Fussgänger, häufig mit Kinderwagen oder Trottinett, Fahrrädern und anderen Formen des Langsamverkehrs regelrechter Dichtestress.

Historisch, wie der Name "Promenade" suggeriert, stand der Weg ausschliesslich Fussgängern offen. Erst in den vergangenen Jahrzehnten wurde er auch für Velos geöffnet.

Gestalterische Massnahmen, namentlich das Anbringen von Bodenmarkierungen und Piktogrammen, wurden zwar 2020 ergriffen, haben jedoch die Situation nicht nachhaltig entschärfen können. Nach wie vor halten sich viele Zweiradfahrer zudem nicht an das erwartete Schritttempo.

Da der Unterzeichnete schon selbst mehrfach Augenzeuge von heiklen Situationen im betroffenen Wegabschnitt geworden ist, wird die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

A Allgemeines

1. Teilt die Regierung die Ansicht des Interpellanten, dass die geschilderte Konkurrenzsituation zwischen Velofahrern und Fussgängern nach wie vor ein ungelöstes Problem darstellt?
2. Wurden zusätzlich zu den oben genannten Massnahmen weitere Schritte zur Entschärfung des Problems diskutiert oder ergriffen?
3. Wie häufig hat die Kantonspolizei während der vergangenen 2 Jahren im genannten Wegabschnitt Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt? Wurden dabei Fahrradfahrer gebüsst?
4. Erfüllt die Solitude Promenade baulich auf ihrer ganzen Länge die an von Fussgängern und Fahrrädern gemischt genutzte Verkehrsflächen geforderten Normen, Richtlinien und Vorschriften?

B Signalisation

5. Derzeit wird ein Piktogramm eingesetzt, welches offenbar besagt, dass bei starkem Fussgängerverkehr Velofahrer absteigen und stossen sollen. Entspricht dieses Piktogramm irgendwelchen Normen, Verordnungen o. ä.?
6. Wird das Piktogramm aus Sicht der Regierung von der Bevölkerung verstanden und richtig interpretiert oder würde die Signalisation "Fussgängerzone" mit Zusatz "Velos gestattet" gemäss Strassenverkehrsverordnung eher Klarheit schaffen?
7. Wäre eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 4 oder 5 km/h mittels ordentlicher Signalisation "Zulässige Höchstgeschwindigkeit" gemäss Strassenverkehrsverordnung eine prüfenswerte, da einfacher verständliche und durchsetzbare Alternative?
8. Welches Tempo (in km/h) gilt als "Schritttempo" und ab welchem Tempo ist dieses verkehrsrechtlich überschritten und kann somit geahndet werden?

C Kurzfristige Massnahmen

9. Ist die Regierung offen für die Entflechtung von Fussgänger- und Fahrradverkehr, wobei letzterer z. B. über den Fahrradstreifen an der Grenzacherstrasse geführt werden könnte?
10. Ist die Regierung offen für die Prüfung der Einführung von Zeitfenstern, beispielsweise an Nachmittagen oder Wochenenden, während welchen ein allgemeines Fahrverbot eingeführt werden könnte?

D Langfristige Pläne

11. Welche langfristigen Pläne zur Entschärfung der beschriebenen Situation hat die Regierung?
12. Inwiefern stehen diese allenfalls im Zusammenhang mit der angekündigten Weiterentwicklung des Roche-Campus?
13. Inwiefern kann eine solche Planung – so sie überhaupt schon existiert – beschleunigt werden?

Lorenz Amiet

19. Interpellation Nr. 35 betreffend der Situation von Sexarbeiter*innen in Basel-Stadt während der Corona Pandemie

21.5196.01

Sexarbeit ist eine risikoreiche und oftmals gesellschaftlich diskriminierte Arbeit. Sexarbeiter*innen werden benachteiligt und ausgegrenzt. Ein Grossteil der Sexarbeiter*innen in Basel-Stadt hat einen Migrationshintergrund, sie sind deshalb mehrfach präkarisiert. Wie vielen anderen Arbeitnehmenden ist es Sexarbeiter*innen zur Zeit auf Grund der Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus nicht möglich, ihrem Beruf nachzugehen. Dies, weil der Kanton Basel-Stadt weitere Massnahmen ergriffen hat und im Gegensatz zum Bund die Prostitution verboten hat. Das hat für die Betroffenen weitreichende Folgen. Auch die Lockerungen der Massnahmen ab dem 1. März 2021 bringen für die Sexarbeiter*innen keine Entlastungen.

Durch das Arbeitsverbot für Sexarbeiter*innen hat sich die Prostitution in die Illegalität verlagert. Das ist ein Problem. Zum einen für die Sexarbeiter*innen, die sich damit noch mehr Risiken aussetzen, zum anderen auch für die Bekämpfung des Virus, denn in der Illegalität gibt es auch keine verpflichtenden Schutzkonzepte.

Sexarbeiter*innen, die von zu Hause aus arbeiten berichten, dass ihre Anträge für die sogenannte Dreidrittel-Mietzinshilfe abgelehnt wurden. Das ist insofern stossend, weil sie gleichzeitig bei den Steuern gewerblich besteuert werden und Steuerbescheinigungen beigelegt wurden.

Auf Grund der prekären Lage der Sexarbeiter*innen in unserem Kanton bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie können Sexarbeiter*innen in der aktuellen Lage vom Kanton finanziell unterstützt werden?
2. Wie kann sichergestellt werden, dass Sexarbeiter*innen, welche von zu Hause aus arbeiten vom Dreidrittels-Rettungspaket 2 profitieren können?
3. Setzt sich der Regierungsrat mit einer Wiedereröffnung des Sexgewerbes, unter strengen Hygienemassnahmen, auseinander? Welche Rahmenbedingungen sind für ihn massgebend?
4. Ist der Regierungsrat bereit, das Verbot der Prostitution beim nächsten Öffnungsschritt in der baselstädtischen Covid-19-Verordnung wieder aufzuheben?
5. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, Sexarbeiter*innen in Härtefällen zu unterstützen, indem sie einen Betrag für eine Institution spricht, die Sexarbeiter*innen betreut?

Jessica Brandenburger

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Praxis der Basler Sozialhilfebehörden im Umgang mit Vorsorgegeldern

21.5109.01

In einem Radiobeitrag von „Espresso“ wurde neulich aufgezeigt, wie die Sozialhilfebehörden von Aargauer Gemeinden mittels einer sogenannten Abtretungserklärung auf das Altersguthaben von Sozialhilfebezüglern zugreifen, um so Sozialhilfesschulden zu tilgen. Diese Praxis ist offenbar nicht unüblich und in vielen Kantonen verbreitet. Für Basel ist die Regelung über den Vorbezug der AHV in den Unterstützungsrichtlinien der Sozialhilfe Basel-Stadt in Kapitel 7 festgehalten, von einer Begleichung von Sozialhilfesschulden ist aber dort nicht die Rede.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Arbeitet auch die Sozialhilfebehörde Basel-Stadt in der Praxis mit solchen Abtretungserklärungen oder vergleichbaren Methoden, um Sozialhilfesschulden auf Kosten von Altersguthaben zu tilgen?
2. Wie viele Fälle gab es in den letzten fünf Jahren effektiv, bei denen mittels Altersvorsorgeguthaben Sozialhilfesschulden beglichen worden sind? Wie viel Geld konnte so von den Sozialhilfebezüglern zurückbezahlt werden?
3. Wie schätzt die Regierung die Praxis des Kantons Basel-Stadt in Bezug auf Umgang mit Altersvorsorge und Rückforderungen im Vergleich zur übrigen Schweiz ein?
4. Wie begründet die Regierung ihre aktuelle Praxis?
5. Sind Anpassungen vorgesehen?

6. Wie will sich Basel diesbezüglich in der SKOS positionieren? Ist insbesondere geplant, auf eine Vereinheitlichung in der ganzen Schweiz hinzuwirken im Hinblick auf faire Bedingungen sowohl für Sozialhilfebezüger als auch die Steuerzahler?

Tobias Christ

2. Schriftliche Anfrage betreffend Coming out von Grossräten und Regierungsräten

21.5112.01

Ich bin mit Grossräten in Kontakt. Ich bin mit Regierungsräten in Kontakt. Ich möchte die Politik verbessern. Ich bekomme vieles mit. Man kennt auch das private Leben der anderen Politiker. Und da lauern Gefahren.

Es gibt Schwule und Lesben. Nicht nur im Parlament oder nicht nur in Regierungen. Es gibt das überall. In der Politik muss es offen dargelegt werden.

Von einer Regierungsrätin lese ich, dass sie seit vielen Jahren in einer 4er Frauen WG wohnt.

Politiker und Politikerinnen sind erpressbar, wenn nicht ganz klar nach aussen kommuniziert wird, wie sie konkret leben. Meine Frau hat mich verlassen. Ich stehe dazu, dass meine Freundin 25 Jahre jung ist, bild hübsch ist und aus Bulgarien kommt. Was soll das. Man kann doch offen und ehrlich reden. Wir sind doch Politiker. Wir sind alle Basel. Wir sind alles nur Menschen mit Bedürfnissen und Wünschen und Sehnsüchten. Viele Grossräte sind Stammgäste in der Weber-Gasse. Aber ich gehe nicht mehr dort hin, da ich nun eine feste Beziehung habe.

1. Teilt der Regierungsrat meine Auffassung, dass jeder Politiker in Basel klar sagen soll, zu welchem Geschlecht er sich hingezogen fühlt?
2. Teilt der Regierungsrat meine Auffassung, dass man unbequeme Situationen verhindern soll und dass man daher offen sagen soll, welches Geschlecht man liebt, dass man auch als Regierungsrat nicht erpressbar ist, mit privaten Bett-Geschichten? Denn die Medien sind voll über solche Skandal-Geschichten, weil es eben nie nach aussen offen und ehrlich kommuniziert wurde.

Eric Weber

3. Schriftliche Anfrage betreffend BVB-Kontrolleure werden zum Gespött

21.5113.01

Ganz neu sind die BVB-Kontrolleure in Uniform unterwegs, wenn diese nach Schwarz-Fahrern Ausschau halten. Man kann davon ausgehen, dass dies zu einem Fasnachts-Sujet werden wird.

1. Werden jetzt weniger Schwarz-Fahrer erwischt, da die Kontrolleure in Uniform leicht zu erkennen sind?
2. Wie sind die neue Erfahrungen der Kontrolleure mit Uniform?

Eric Weber

4. Schriftliche Anfrage betreffend Basler Kantonalbank, die Eric Weber kein Konto eröffnen will

21.5126.01

Die Basler Kantonalbank will mir kein Konto eröffnen, weil sie meint, ich würde es als Spendenkonto missbrauchen. Dabei sagte ich der Bank, dass ich seit 2012 keine Spenden mehr bekommen habe. Und dass das Konto nur für meinen Lohn sei.

Kann die Basler Kantonalbank an Eric Weber verbieten, dort ein Konto zu eröffnen?

Eric Weber

5. Schriftliche Anfrage betreffend wie setzt sich der Basler Strompreis zusammen?

21.5127.01

Inzwischen bestehen über 80 Prozent des Strompreises aus Steuern, Abgaben und Umlagen. Auf diese gesetzlich veranlassten Preisbestandteile hat der Energielieferant keinerlei Einfluss. Allerdings ist das Elektrizitätswerk (IWB) dazu verpflichtet, die Kosten an den Verbraucher zurück zu geben. In Basel haben wir die IWB.

1. Gehört die IWB dem Kanton?
2. Ist die IWB das Elektrizitätswerk?
3. Wie setzt sich der Basler Strompreis zusammen? Wieviel sind Steuern, Abgaben und Umlagen?

Eric Weber

6. Schriftliche Anfrage betreffend wie viele Wahlzettel kamen zu spät für den Zweiten Wahlgang Regierungsrat?

21.5128.01

Am 28. November 2020 hatten wir in Basel den zweiten Wahlgang Regierungsrat und Präsident. Eric Weber war noch in beiden Wahlgängen Kandidat. Die Wahlzettel für diese beiden Wahlgänge wurden sehr spät verschickt. Daher ist davon auszugehen, dass viele Wahlzettel erst zu spät beim Kanton ankamen.

1. Wie viele Wahlzettel kamen nach dem 28. November beim Kanton an?
2. Wie viele Wahlzettel kamen nach dem 29. Oktober zu spät beim Kanton an? Bitte aufschlüsseln in RR und GR-Wahl. Es kann ja sein, dass jemand nur GR wählen wollte und nicht RR.

Eric Weber

7. Schriftliche Anfrage betreffend zu kleiner Briefkasten beim RAV in Basel

21.5130.01

Beim RAV und der Arbeitslosenkasse in Basel ist nur ein sehr kleiner Briefkasten. Er hat die Grösse eines normalen Briefkastens wie von Bürger XY oder von Eric Weber. Unter diesem Briefkasten vom RAV und der Arbeitslosenkasse an der Hochstrasse befinden sich aber rund zehn zugelebte Briefkästen. Es sieht dort echt sehr unschön aus und man denkt, man befindet sich in einem Haus von Asozialen. Ich habe den Vize-Chef von Arbeitslosenkasse angesprochen und ihm meine Eindrücke geschildert. Er hat mich verstanden und meinte, dass der Briefkasten, da er so klein ist, aber immer ganz oft geleert wird.

Da Ende Monat an die 4000 Basler Ihre Meldung an das RAV und die Arbeitslosenkasse abgeben müssen, so auch Grossrat Eric Weber, hat man einfach Angst, dass der Brief abhandenkommt, da es jemand aus dem Schlitz ziehen kann.

Der Mitarbeiter vom RAV meinte zu mir, diese Briefkasten-Anlage sei schon lange so. Man sei sich der Problematik aber bewusst.

1. Kann das RAV bitte einen Briefkasten bekommen, der einfach grösser ist?
2. Kann die Ausgleichskasse einen Briefkasten bekommen, der einfach grösser ist?
3. Wie kann die sehr unschöne und hässliche Briefkasten-Anlage mit rund zehn zugelebten Briefkästen und nur zwei funktionierenden Briefkästen bitte behoben werden?

Eric Weber

8. Schriftliche Anfrage betreffend Zusammenarbeit von Basel und Google

21.5130.01

Ich habe in einem Zeitungsartikel gelesen, dass sich die Basler Regierung an Google wenden will, da im Internet ganz oft kommt "Basel ist eine Verbrecherstadt" und dann kommt der Hinweis auf meinen bekannten Film bei youtube.

Gibt man ein bei google, Basel ist eine ... dann kommt immer noch Basel ist eine Verbrecherstadt.

1. Hat sich Basel an Google gewendet, damit der Begriff "Basel ist eine Verbrecherstadt" aus dem Internet verschwindet?
2. Wenn sich Basel an Google gewendet hat, wie hoch kamen die Kosten für diesen Auftrag?

Eric Weber

9. Schriftliche Anfrage betreffend darf man Sperrgut und Altpapier mitnehmen?

21.5132.01

Ich sehe seit 30 Jahren immer wieder folgendes: Ist eine Sperrgut-Abfuhr, fahren viele Autos und Kleinlastwagen durch die Stadt und durch die Strassen, halten Ausschau, was man mitnehmen kann. Und packen es ein. Viele Autos haben Kennzeichen aus Frankreich oder Deutschland.

Ich lese gerne Zeitungen und Zeitschriften. Daher ist für mich Altpapier auch immer interessant.

1. Wenn so Sperrgut-Abfuhr ist und die Leute die Sachen vor ihr Haus stellen, darf dann ein jeder die Sachen mitnehmen?
2. Wenn Alt-Papier-Sammlung ist, darf dann ein jeder auch dieses Altpapier mitnehmen?
3. Wenn Frage 1 und 2 mit Nein beantwortet wird, ist es denn strafbar, wenn man Sperrgut (wie Töpfe) oder Zeitungen mitnimmt?

Eric Weber

10. Schriftliche Anfrage betreffend Konkubinat - wann zählt man als Ehepaar?

21.5133.01

Heiraten ist heute nicht mehr in. Viele Paare leben zusammen. Aber gegenüber den Behörden sagen diese Paare, wir leben gar nicht zusammen.

1. Wann ist man in Basel ein Konkubinat?
2. Wenn jemand getrennt lebend ist, kann das bis zum Tod sein? Oder gibt es bei Getrennt-Lebend einmal eine Frist, wo das Getrennt-Lebend aufgehoben werden muss oder durch eine Scheidung besiegelt werden muss?

Eric Weber

11. Schriftliche Anfrage betreffend wenn Oma ins Pflegeheim muss

21.5134.01

Im Gespräch mit vielen Baslern kommt immer wieder dieses Thema auf. Die Mutter oder der Vater muss ins Pflegeheim. Dort müssen pro Monat an die 10'000 Franken bezahlt werden. Das kostet sehr viel Geld. Und in einem Jahr sind schon über 100'000 Franken weg, in fünf Jahren sind es schon eine halbe Million.

Viele Basler müssen ihr Haus verkaufen. Und die Kinder erben nichts mehr.

1. Stimmt es, dass man in Basel sein Haus verkaufen muss, wenn man im Pflegeheim ist?
2. Der Bürger ist doch nicht dumm. Kann der Bürger bevor er ins Pflegeheim einzieht, sein Haus verkaufen und das Geld an seine Kinder geben? Wenn das nicht möglich ist, wie kann man denn seinen eigenen Kindern ein normales Erbe hinterlassen?

Eric Weber

12. Schriftliche Anfrage betreffend müssen Mieteinnahmen angegeben werden?

21.5135.01

Als Grossrat kommt man mit vielen Bürgern ins Gespräch. Und man hört die abenteuerlichsten Geschichten über die Menschen und den Kanton. Ein Bürger sagte mir folgendes: "Ich habe ein Zimmer vermietet. Das ist nun schon seit 20 Jahren an eine Person vermietet. Es hiess damals, dass man eine Einnahme von 800 Franken pro Monat (Mieteinnahme) nicht der Steuer angeben muss. Daher habe ich auch der Steuer nie was angegeben."

1. Wenn man ein Zimmer in einer Wohnung oder in einem Haus vermietet, muss man das dann der Steuer angeben?
2. Gibt es Freigrenzen, z.B. wo die Miete nicht so hoch ist, damit man der Steuer nichts angeben muss?
3. Gab es vor 20 Jahren eine Regelung bei der Steuer in Basel, wo es hiess, wenn man nur ein Zimmer für 800 Franken pro Monat vermietet, dann muss man nichts angeben?

Eric Weber

13. Schriftliche Anfrage betreffend Einwohnermeldeamt – wie ist es mit dem Datenschutz

21.5136.01

2004, ich war überrascht. Ein Mitarbeiter der Stawa wollte von mir wissen, in welchem Hotel ich schlafe. Ich sagte, das sage ich nicht. Dann hat mir der Mitarbeiter gesagt: "Sie waren im Dorint. Sie waren im Hilton. Sie waren im Rochat."

Dabei hatte mein Besuch bei der Stawa gar nichts zu tun mit meinen Übernachtungen in Basler Hotels. Der Stawa-Mitarbeiter hatte also Datenzugriff. Zum Plausch schaute er sich die Hotel-Einträge von Eric Weber an.

Unbescholtene Bürger werden kontrolliert, wo und mit wem sie im Hotel schlafen.

1. Sind die Daten vom Einwohnermeldeamt Basel nicht geschützt?
2. Kann ein Mitarbeiter der Stawa, wenn ihm langweilig ist, weil er zu wenig Arbeit hat, einfach in den Meldedaten aller Basler rumschnüffeln? Braucht es dazu nicht einen Grund?
3. Wie lange werden in Basel die Meldedaten, wenn man in einem Hotel eincheckt, gesammelt?
4. Werden auch von Stundenhotels die Meldedaten gesammelt und gespeichert?
5. Wenn man in einem Basler Hotel eincheckt, z.B. mit einer Freundin, muss man dann den Namen nennen? Man kann ja auch bar bezahlen und daher keinen Namen nennen, die Rechnung ist ja bei Einchecken schon bezahlt.

Eric Weber

14. Schriftliche Anfrage betreffend Kosten für Passagierschiffe in Basel

21.5137.01

In Basel kommen viele Hotelschiffe und viele Last-Schiffe an.

1. Was sind die Kosten für ein Hotelschiff für einen Tag Anlegen?
2. Was sind die Kosten für ein Hotelschiff für zwei Tage Anlegen?
3. Gibt es für die Hotelschiffe in Basel teurere und billigere Plätze? Ich kann mir vorstellen, dass im St. Johann die Plätze teurer sind, da zentral. Und im Rheinhafen billiger sind, da abseits.
4. Was sind die Liege-Kosten für ein Last-Schiff im Rheinhafen pro Tag, für zwei Tage oder für eine Woche?
6. Kommen mehr Hotelschiffe nach Basel?
7. Kommen mehr Lastschiffe nach Basel?

Eric Weber

15. Schriftliche Anfrage betreffend Frauen bei der Polizei

21.5138.01

Bei der Polizei in Deutschland hat man schon sehr vielen Frauen den Dienst bei der Polizei verweigert, weil Sie Silikon-Brüste tragen. Es heisst, im Dienst, es könnte aufplatzen und die Frauen wären dann für viele Wochen krankgeschrieben.

1. Wie ist es bei der Basler Polizei? Gibt es da eine Regelung in Sachen Silikon?
2. Sollte es bei der Basler Polizei diesbezüglich noch keine Regelung geben, könnte sich die Regierung vorstellen, diesem Hinweis nachzugehen und eine Regelung bitte klar definieren?

Eric Weber

16. Schriftliche Anfrage betreffend Autokennzeichen BS und mit Hauptwohnsitz im Kanton Jura – ist das erlaubt?

21.5139.01

Es gibt viele Heimwehbasler, die wohnen gar nicht mehr in Basel. Sie wohnen z.B. im Kanton Jura und haben auf Ihrem Auto das Kennzeichen BS. Ich bin der Meinung, wenn man in einem anderen Kanton wohnt, dann muss man auf seinem Auto auch das Kennzeichen haben, mit diesem Kanton. Es ist ein Basler Promi, der dort lebt, im Kanton Jura.

1. Gibt es Sonderrechte für Prominente?
3. Wenn man Hauptwohnsitz im Jura hat, darf man dann Autokennzeichen BS haben?
4. Wenn man umgezogen ist, wie lange hat man dann Zeit, sein Auto auf den anderen Kanton umzumelden?
5. Ist es eine Straftat, wenn man sein Auto nicht ummeldet? Wenn ja, was für Strafen werden da in der Regel ausgesprochen?

Eric Weber

17. Schriftliche Anfrage betreffend warum dürfen Ausländer in Basel die Kirche als Wohnanschrift bei der Staatsanwaltschaft Basel angeben?

21.5142.01

Ist man in Basel unterwegs, sieht man jeden Tag wieder neue Dinge, die einfach nicht ok sind. Die Aufgabe eines Grossrates ist es, auf diese Missstände aufmerksam zu machen oder konkret die Regierung mit Fragen zu konfrontieren. Man erhofft sich dann eine Aufklärung. Und eine Besserung.

Im Sommer 2020 kamen in die Basler Kirche von Kirche Jesus Christi der Heiligen der letzten Tage, eher bekannt unter dem Namen die Mormonen, drei Zivil-Fahnder, die einen Mann um die 45 aus Tschechien suchten.

Per Zufall bekam ich das mit, da ich in der Kirche war. Knapp zwei Monate später kam der PTT-Postbote und wollte mir einen Einschreibe-Brief von der Staatsanwaltschaft in die Hand drücken, da ich wieder per Zufall in dieser Kirche war, zum beten.

So sah ich, dass die Staatsanwaltschaft Basel wohl einen Strafbefehl verschickte. Wie ich am Rande hörte, geht es um Pädophilie.

Ich verstehe nicht, wie ein Tscheche, der sich kurz in Basel aufhält, gegenüber der Staatsanwaltschaft als Adresse eine Kirchen-Adresse gibt. In dieser Kirche der Mormonen dürfen keine Menschen wohnen. Der Tscheche sagte wohl auch gegenüber der Staatsanwaltschaft Basel, dass sein Vater ein sehr bekannter Politiker in Tschechien war.

1. Kann man der Staatsanwaltschaft Basel als Melde-Adresse eine Kirche geben? Wenn ja, wie ist das möglich? Der Mann aus Tschechien hatte ja nicht die Vollmacht der Kirche dazu.
2. Warum akzeptiert die Staatsanwaltschaft Basel als Melde-Adresse von einem Täter, eine kirchliche Anschrift? Wie geht das? Unter welchen Voraussetzungen ist das möglich?

3. Wieviele Täter oder Menschen geben in Basel die Kirche als ihre Anschrift an?
4. Wieviele Kirchen-Asylanten beherbergen zur Zeit die Basler Kirchen? Es ist ja bekannt, dass die Kirchen für noch mehr Ausländer und noch mehr Asylanten sind. Was für eine Nächstenliebe ist das, gegen das eigene Volk der Schweizer.
5. Ist es richtig, dass in Basel zur Zeit wegen Corona keine Gottesdienste statt finden dürfen?
6. Die Kirche Jesus Christi der Heiligen der letzten Tage, bekannt unter dem Namen der Mormonen, hat das Gebäude in Grossbasel vom Kanton Basel-Stadt gemietet. Viele Kirchenmitglieder haben nun grosse Angst, dass in dieses Gotteshaus neu eine Türkische Super-Moschee einziehen wird, denn der Platz ist sehr zentral gelegen und gut erreichbar. Wie hoch ist die jährliche Pacht, die der Kanton Basel-Stadt für dieses Kirchenhaus bekommt?
7. Der Miet- oder Pachtvertrag zwischen den Mormonen und dem Kanton Basel-Stadt ist für wieviele Jahre fest? Wann könnte frühestens den Mormonen, die dort schon seit 80 Jahren sind, gekündigt werden?
8. Die Mormonen stecken jedes Jahr sehr viel Geld in den Unterhalt des Gebäudes rein. Allein in 2020 waren es für Malerarbeiten rund 70'000 Franken und in den Jahren 2015 bis 2019 nochmals rund 100'000 Franken, für neue WCs und neue Platten und andere Unterhaltsarbeiten. Warum werden diese Ausgaben nicht vom Kanton getragen? Wenn ich Mieter bin, dann bezahlt doch der Vermieter die Arbeiten an Haus und Wohnung, da der Vermieter ja Eigentümer ist. Als Mieter zahle ich nur die Miete, da mir das Haus oder die Wohnung nicht gehört. Ich bitte hier bitte um genaue Antwort, wie es sich konkret in diesem Fall verhält. Welche Mieter in Basel, die Wohnungen oder Häuser oder Kirchen vom Kanton gemietet haben, müssen selbst für die Renovierung und Instandsetzung zahlen? Danke für die Erklärungen, damit ich es nachvollziehen kann.

Eric Weber

18. Schriftliche Anfrage betreffend grosse Corona-Anfrage

21.5143.01

Die Sache mir Corona beschäftigt uns alle. Viele Mitmenschen sind total verunsichert. Ich versuche in dieser Schriftlichen Anfrage möglichst viel zusammen zu fassen und dann "geballt" die Fragen zu stellen, die viele Menschen beschäftigen.

Wir müssen davon ausgehen, dass uns Corona auch im nächsten Jahr beschäftigen wird. Wie sind die staatlichen Entscheidungen und Entscheidungsfolgen in der Corona-Krise. Wie sind die Auswirkungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Arbeit, Soziales, Inneres, Justiz und Tram.

1. Wie viele bereits angekündigte Aufführungen/Konzerte der vom Kanton mitfinanzierten Theater und Orchester fielen seit Beginn der Massnahmen zur Begrenzung des Corona-Virus aus? Bitte gesondert nach jeweiligem Theater/Orchester angeben. Danke.
2. Wie hoch sind nach Kenntnis des Kantons die Einnahmeausfälle infolge der in Frage 1 genannten Streichung von Aufführungen beziehungsweise Konzerten (bitte gesondert nach jeweiligem Theater/Orchester angeben)?
3. Mussten oder müssen als Folge der Einnahmeausfälle bei den vorgenannten Theatern und Orchestern während beziehungsweise infolge der Corona-Massnahmen künstlerisches beziehungsweise nicht künstlerisches Personal entlassen beziehungsweise Verträge gekündigt werden? Wenn ja, wie viele Personen sind davon betroffen (bitte gesondert nach Theater/Orchester angeben)?
4. Wie schätzt die Kantonsregierung die wirtschaftliche Lage der Basler Kinos nach der angeordneten Schliessung während der Corona-Krise ein und sieht sie Kinobetriebe von der Insolvenz bedroht?
5. Auf welche Höhe belaufen sich nach Kenntnis der Kantonsregierung jeweils die Einnahmeausfälle der infolge der Corona-Krise geschlossenen Basler Museen (bitte nach Einrichtung gesondert auflisten)?
6. Sind nach Kenntnis der Kantonsregierung Basler Museen infolge der Schliessungen während der Corona-Krise in ihrer Existenz gefährdet, und wenn ja, welche?
7. Wie hoch sind nach Kenntnis der Kantonsregierung die Einnahmeausfälle der Basler kommunalen beziehungsweise privaten Musikschulen infolge der Corona-Krise?
8. Welche Veranstaltungen, für die der Kanton BS Fördermittel für Kulturmarketing zur Verfügung gestellt hat, sind infolge der Corona-Massnahmen ausgefallen?
9. Wie hoch sind die Fördersummen, die vom Kanton für das Kulturmarketing der vorgenannten Veranstaltungen (vergleiche Frage 8) beziehungsweise ausgezahlt wurden (bitte getrennt nach Veranstaltung auflisten)?
10. Wie bewertet die Kantonsregierung, dass infolge der Anwendung digitaler Medien Schüler weniger haptische Erfahrungen machen, jedoch mit einer grossen Menge an optischen Reizen konfrontiert werden, die je nach Alter vom Gehirn nicht angemessen verarbeitet werden können, woraus Beeinträchtigungen der Konzentrationsfähigkeit, Gesundheit (beispielsweise Kopfschmerzen) und des Aktivitätsverhaltens resultieren können?
11. Wieviele Tafeln und Suppenküchen in Basel mussten nach Kenntnis der Kantonsregierung die Versorgung einstellen und wie wurde die Weiterversorgung Hilfsbedürftiger geregelt?
12. Wie wurden nach Kenntnis der Kantonsregierung die Beschäftigten der Notunterkünfte und Obdachloseneinrichtungen darin unterstützt, die geforderten Hygienemassnahmen im Umgang mit dem

Coronavirus umzusetzen?

13. Wie werden nach Kenntnis der Kantonsregierung Saisonarbeiter in Basel vor einer Infektion mit Corona geschützt und wie wird sichergestellt, dass diese Personen bei der Einreise nicht bereits mit dem Virus infiziert waren beziehungsweise infiziert sind?
14. Wie entwickelte sich nach Kenntnis der Kantonsregierung die Anzahl der Suizidfälle in Basel zwischen März 2020 und Juni 2020 und im Vergleich zu demselben Zeitraum in den Jahren 2015 bis 2019?
15. Wieviele Polizeibedienstete wurden zwischen März 2020 und Juni 2020 in mobiles Arbeiten (Homeoffice) geschickt und welche technischen Mittel wurden ihnen dafür zur Verfügung gestellt?
16. Wie entwickelte sich der Krankenstand im Zuständigkeitsbereich des Departementes von Baschi Dürr, also im Polizei-Ministerium in den Monaten März bis Juni 2020 im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahreszeiträumen von 2016 bis 2019 (bitte nach Monaten aufschlüsseln). Danke.
17. Wurden wegen Corona weniger Asylanten abgeschoben?
18. Welche Massnahmen hat die Kantonsregierung seit März 2020 ergriffen, um den öffentlichen Personenverkehr mit Tram, Bus und Zug während der Corona-Krise zu gewährleisten?
19. Wieviele Unternehmen und Selbständige in Basel haben Soforthilfen aus dem Corona Hilfsprogramm beantragt?
20. Wieviele Anträge aus den Hilfsprogrammen wurden abgelehnt, weil fehlerhafte Antragsformulare oder unrentabler Unternehmensführung oder wegen keinerlei Bedürftigkeit des Unternehmens oder sonstigen Gründen?
21. Welche Vereine mit wirtschaftlicher Tätigkeit bzw. gemeinnützige Unternehmen oder Stiftungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Bildung, Sport, Kunst, Kultur und Medien haben Soforthilfen erhalten?
22. Wurde der FC Basel unterstützt?
23. Gab die Firma Roche dem Kanton Basel-Stadt ein Gesuch ab, für finanzielle Hilfe?
24. Gab die Firma Novartis dem Kanton Basel-Stadt ein Gesuch ab, für finanzielle Hilfe?
25. Wie hoch sind nach Einschätzung der Kantonsregierung die Wertschöpfungsverluste (BIP) der Basler Wirtschaft infolge der vom Kanton ergriffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus?
26. Auf welche Summen veranschlagt die Kantonsregierung die zu erwartenden Mindereinnahmen für den Haushalt 2022?
27. Wie hoch sind die Mindereinnahmen der kantonseigenen Unternehmen und der Unternehmen mit Kantonsbeteiligung seit dem 16. März 2020?
28. In der Stadtgärtnerei arbeiten zu 80% Menschen, die in Frankreich wohnen. Sind die Elsässer zur Arbeit gekommen, trotz geschlossener Grenze? Wie muss man sich das vorstellen? Oder hat die Stadtgärtnerei März bis Mai 2020 nicht gearbeitet?
29. Welche Erhöhung von Steuern oder Abgaben plant die Kantonsregierung zur Finanzierung der diversen Hilfs- und Unterstützungszahlungen, die im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus vom Kanton BS geleistet wurden?
30. In welchem Umfang plant die Kantonsregierung eine Neuaufnahme von Schulden zur Finanzierung der diversen Hilfs- und Unterstützungszahlungen?
31. Wieviele der in Basel an beziehungsweise mit Coronainfektionen Verstorbenen hatten Vorerkrankungen?
32. Wie viele auf eine Infektion mit dem Coronavirus zurückführende Todesfälle gab es seit März 2020 bei Personen, die in Basler Alten- und Pflegeheimen betreut wurden?
33. Sind von März bis Juni 2020 in Basel mehr Menschen gestorben, als dies sonst in den Jahren 2000 bis 2020 im gleichen Zeitraum der Fall war?
34. Welche Massnahmen zur stärkeren Förderung der heimischen Fertigung von Medizinprodukten strebt die Kantonsregierung an?
35. Ist aus Sicht der Kantonsregierung der öffentliche Gesundheitsdienst auf Krisenfälle wie die Corona-Pandemie personell und materiell ausreichend ausgestattet und vorbereitet? Wenn ja, wie begründet die Kantonsregierung ihre Einschätzung und auf welchen Kriterien beruht diese Einschätzung?
36. Wie hoch sind nach Kenntnis der Kantonsregierung die Mindereinnahmen der Basler Kliniken aufgrund der zwischen März und Mai 2020 nicht erbrachten ambulanten bzw. stationären Leistungen (bitte nach Einrichtungen differenziert angeben). Danke.
37. Welche Konsequenzen ergeben sich aus Sicht der Kantonsregierung aus Frage 36 für die Krankenhausfinanzierung und die Finanzierung von Reha-Einrichtungen?
38. Welche unabhängige wissenschaftliche Dokumentation, Begleitforschung und Evaluierung des Corona-Ausnahmestandes, auch und besonders zu dessen sozialen, wirtschaftlichen, gesundheitlich-psychischen Nebenwirkungen, Langzeitfolgen und Schäden in allen Lebensbereichen führt die Landesregierung durch oder lässt sie durchführen bzw. beteiligt sich daran?
39. Wieviele Notarzteinsätze erfolgten nach Kenntnis der Kantonsregierung in Basel im Zeitraum zwischen 1. März und 31. Mai 2020 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2019? Ist es der Regierung bekannt, dass es im

Jahr 2019 viel mehr Noteinsätze gegeben hat und wegen Corona das nun zurückging?
Eric Weber

19. Schriftliche Anfrage betreffend Versuch mit Velovorfahrt

21.5144.01

An der Mülhauserstrasse / Kreuzung mit der Elsässerstrasse war ein Versuch mit Velovorfahrt an der Ampel in beiden Richtungen Mülhauserstrasse.

1. Was ist die Erkenntnis aus dem Versuch?
2. Und wie geht es damit weiter?

Eric Weber

20. Schriftliche Anfrage betreffend Tempoberuhigung

21.5145.01

Es hat einige Strassen mit Tempoberuhigung Schwellen gehabt. Warum (zum Glück) sind die entfernt worden und was ist die Erkenntnis aus der Massnahme?

1. Was hat die Massnahme gebracht?
2. Auf den Strassen auf denen die Tempoberuhigung Schwellen montiert waren ist der Strassenbelag defekt. Regenwasser und Salzwasser, wenn es mal wieder Schnee hat, fliesst in den Untergrund. Das Strassenbett und die Technischen Leitungen leiden. Wer kommt für die Reparatur auf?
3. Aus welchem Budget wird die Reparatur der Strassendecke bezahlt?

Eric Weber

21. Schriftliche Anfrage betreffend Güterzüge, die durch den Badischen Bahnhof rauschen

21.5146.01

Man wartet auf einen Zug nach Haltingen, doch zuvor braust direkt am Bahnsteig noch ein Güterzug vorbei, der nicht nur für Lärm, sondern im wahrsten Sinne des Wortes auch für viel Wirbel sorgt. Im schlimmsten Falle könnte ein durchrauschender Zug sogar einen ungesicherten Kinderwagen zum Rollen bringen.

1. Wie soll es konkret im Badischen Bahnhof diesbezüglich weitergehen?
2. Oder hat Basel da nichts zu sagen, da es sich um einen Deutschen Bahnhof auf Schweizer Boden handelt?

Eric Weber

22. Schriftliche Anfrage betreffend der Bordkläranlagen bei den Schiffen in Basel

21.5147.01

Die Flusskreuzfahrt in Basel erfreut sich wachsender Beliebtheit. Doch wie umweltschonend ist das für unseren Rhein. Und vor allem, was passiert eigentlich mit den Abwässern an Bord?

1. Welches Amt geht in Basel diesen Fragen nach?
2. Wer führt in Basel Kontrollen von Bordkläranlagen durch?
3. Schiffsabwässer tragen eine hohe Fracht an organisatorischen Stoffen, die ungeklärt in der Wasserstrasse im Extremfall zu Schädigungen bei Fischen und anderen Wassertieren führen können.

Eric Weber

23. Schriftliche Anfrage betreffend Löschschaum der Feuerwehr Basel – ist dieser gefährlich?

21.5148.01

Löschschaum ist heute nach Wasser das meistverwendete Mittel zur Brandbekämpfung. In den letzten Jahren sorgte allerdings vor allem die Gruppe der fluortensidhaltigen Löschschäume (AFFF, aqueous film forming foam, also wasserfilmbildende Schäume) immer wieder für Unsicherheiten bei Feuerwehren und Umweltbehörden weltweit. Wie ist diesbezüglich die Lage in unserem Basel?

Eric Weber

24. Schriftliche Anfrage betreffend Hilfe – ich bekam eine Einladung vom Sozialdienst 21.5150.01

Der Sozialdienst von Basel hat mir eine Einladung geschickt. Man will mich sprechen. Ich habe nun Angst dort hin zu gehen, denn ich will nicht, dass man mich weg sperrt. Daher habe ich nur angerufen.

Es geht um einen Grossrat, den ich per Mail anschrieb. Ich schrieb diesem nur: Dein Vater war böser Journalist. Er hat über mich die Unwahrheit geschrieben. Er ist mit nur 53 Jahren an Gehirn-Tumor gestorben.

1. Was macht der Sozialdienst in Basel?
2. Was passiert, wenn man nicht hingehet?
3. Ist das Gespräch beim Sozialdienst freiwillig?
4. Kann der Sozialdienst Leute in die Irrenanstalt einweisen?
5. Welche Befugnisse hat der Sozialdienst?
6. Wie viele Gespräche hat der Sozialdienst in den letzten 10 Jahren geführt und was kam dabei heraus? Ich bitte um genaue Aufschlüsselung

Eric Weber

25. Schriftliche Anfrage betreffend unbewilligte Demo vom 12. Januar 2021 21.5151.01

Am Abend vom 12. Januar 2021 fand eine unbewilligte Demo statt von Basel Nazi Frei. Dazu stellen sich diese Fragen:

1. Wieviele Polizisten waren im Einsatz?
2. Wieviele Demo-Teilnehmer wurden kontrolliert?
3. Da die Demo nicht genehmigt war, wurden Strafen oder Geldbusen ausgesprochen?
4. Kann in Basel jeder demonstrieren, der einfach Lust hat, auch wenn es nicht angemeldet ist?
5. Ist es der Regierung bewusst, dass der lasche Umgang von Baschi Dürr mit Demonstrationen ihm am Ende sein Amt gekostet hat?

Eric Weber

26. Schriftliche Anfrage betreffend Demonstrationen in der Nacht 21.5152.01

Ende November wurde eine Basel Nazi Frei Demo genehmigt, die zu zahlreichen Schmierereien führte. Auf dem Weg vom Barfi bis Claraplatz wurden fast alle Häuser beschädigt. Baschi Dürr sprach von einem Schaden von Fr. 30'000. Diese Summe ist viel zu tief. Der Schaden war über Fr. 500'000. Noch viele Tage lang sah man Handwerker, die Sachen wieder richtig her zu stellen. Auch auf der Mittleren Brücke war alles verschmiert. Dort waren rote Autos der Stadt im Einsatz und ich sah Männer, die die Sachen auf der Brücke reinigten.

1. Wie teuer kamen die Reinigungsarbeiten, welche die Stadt bezahlt hat?
2. Wieso wird eine Demo zu einer Zeit bewilligt, wenn man mit Gewalt Aggressionen rechnen muss, wenn es am Eindunkeln ist oder sogar Nacht ist? Dann fallen noch mehr die Hemmungen der Täter.

Eric Weber

27. Schriftliche Anfrage betreffend ich habe grosse Angst vor der Zwangs-Impfung 21.5153.01

Wir sind auf dem Weg in die Zwei-Klassen-Gesellschaft: Es soll keine Impfpflicht geben – aber wer sich weigert, wird zum Bürger ohne Reisefreiheit und andere Grundrechte. Eine Horrorgeschichte? Nein.

1. Will die Basler Regierung eine Impfpflicht?
2. Was ist mit den Bürgern wie Eric Weber, die keine Impfung wollen?
3. Wer nicht geimpft wird, darf der dann nicht mehr ins Parlament oder in den coop oder die Migros?

Eric Weber

28. Schriftliche Anfrage betreffend Steuererlass 21.5154.01

Die Steuerbehörde arbeitet nicht sauber. Es gibt Leute, die erhalten Steuererlass. Andere Leute bekommen es nicht. Scheinbar liegt es an der Nase.

1. Wieviele Steuererlasse gab es in den letzten fünf Jahren?
2. Wie hoch war die Gesamtsumme?

3. Wann bekommt man Steuererlass? Ich bitte um Beispiele.
4. Wann bekommt man keinen Steuererlass. Ich bitte um Beispiele.
5. Wie viele Leute arbeiten für den Steuererlass?
Eric Weber

29. Schriftliche Anfrage betreffend Schule für Grossräte

21.5156.01

Viele Grossräte können den Haushaltsplan nicht lesen oder verstehen die Unterlagen nicht.

1. Wohin kann sich ein Grossrat wenden, wenn man was nicht versteht?
2. Kann der Kanton einen Kurs anbieten, für wissbegierige Grossräte?
Eric Weber

30. Schriftliche Anfrage betreffend Grossräte die im Ausland leben

21.5157.01

RR Cramer hat als Grossrat in den USA studiert. GR Gröflin hat in London studiert und war gleichzeitig in Basel Grossrat. SVP-Urgestein Rutschmann wohnt seit vielen Jahren im Schwarzwald und ist auch Grossrat in Basel. Frau von Falkenstein musste in ihrem Leben noch nie arbeiten und bekommt jeden Monat eine Apanage von 10'000 Franken und hat Ferienhaus bei Rom.

1. Was bedeutet der Lebensmittelpunkt?
2. Wann darf ein Grossrat im Ausland leben?
3. Warum gibt es Sonderlösungen für Studenten, wie ich beim Einwohnermeldeamt Basel erfahren habe?
4. Ich bitte um Klarstellung, wie ein Grossrat im Ausland leben kann, aber in Basel Parlamentarier sein kann.
5. Wie ist es, wenn ein Grossrat ein Ferienhaus im Ausland hat und dort pro Monat eine Woche anwesend ist?
Eric Weber

31. Schriftliche Anfrage betreffend 95 % Resultat

21.5158.01

Bei der GR Wahl 2020 gab es das erste Resultat auf 16 Uhr. Das waren die Leute, die schriftlich abgestimmt haben. Aber es gibt immer noch die Leute, die ins Wahlbüro zum abstimmen gehen.

1. Ist es richtig, dass bei der GR Wahl 2020 rund 95 % schriftlich und der Rest im Wahlbüro abgestimmt hat?
2. Die Sitzverteilung gab es schon auf 16 Uhr, von den rund 95% schriftlich Abstimmenden. Aber diese Ausrechnung sieht man nie. Kann man bitte diese Ausrechnung einmal sehen? Denn es muss diese Ausrechnung ja geben?
3. Warum wird diese Ausrechnung nirgends publiziert?
Eric Weber

32. Schriftliche Anfrage betreffend Stimmrechtsausweis

21.5160.01

Bei den letzten GR-Wahlen sah man auch wieder dies:

"Stimmrechtsausweis, Persönliche Stimmabgabe an der Urne." So ein Zettel, zum Abtrennen. Wenn man im Wahlbüro persönlich abstimmen will, muss man glaube ich diesen Stimmrechtsausweis mitnehmen. Er hat grüne Farbe.

Wenn man aber per Brief abstimmen will, muss man den anderen Zettel so in den Umschlag einlegen, damit die Anschrift vom Rathaus erkennbar ist.

1. Wenn man schriftlich abstimmen will, wenn man das Wahlcouvert per Post zurücksenden will, muss man dann den grünen Zettel „Stimmrechtsausweis, Persönliche Stimmabgabe an der Urne“ abtrennen oder reicht es, wenn man den Zettel (A 4 Format) faltet und einfach so einlegt in den Briefumschlag, damit die Anschrift vom Rathaus erkennbar ist? Das Abtrennen ist nicht unbedingt notwendig oder doch?
2. Kann man das Wort Urne bitte in das Wort Wahlurne ergänzen? Denn Urne erinnert mich eher an Tod und nicht an eine Wahl.

Ich danke der Regierung für sachgemässe Antwort. Merci.

Eric Weber

33. Schriftliche Anfrage betreffend glückliches Leben in Basel

21.5161.01

Menschen, die ihr Leben frei gestalten, nehmen das Recht in Anspruch, für sich selbst einzustehen. Sie wissen um ihre Stärken und Schwächen. Sie nehmen sich als Person an und haben den Mut, ihre Authentizität zu leben. Ihre Werte und Einstellungen werden sichtbar, denn sie sind mit sich im Reinen. Die Gedanken, die Worte und die Taten weichen nicht voneinander ab. Sie bauen aufeinander auf. Selbstvertrauen und der Glaube an sich selbst können einen beflügeln.

Ich hatte keine Arbeit mehr. Dann hat mich meine Frau nach 26 Jahren verlassen. Beim RAV war ich ausgesteuert. Ich wollte nicht mehr leben. Ich wollte mich vor den Zug werfen. In Rheinfelden. Dann sah ich ein Licht am Himmel. Ich wurde religiös. Nun bin ich in einer religiösen Wahnsinns-Sekte Mitglied. Diese Menschen haben mir geholfen. Sie haben an mich geglaubt. Dann machte ich Dauer-Wahlkampf und wurde bereits zum vierten Mal in den Grossen Rat gewählt. Ich hatte keinen Plan B. Nun stehe ich vor der Taufe bei meiner Sekte. Ich bin stolzes Sekten-Mitglied. Die Sekten Mitglieder haben alle für mich gewählt. So wurde ich Grossrat und bin wieder ein glücklicher Mensch. Ich habe Arbeit durch den Grossen Rat und ich habe eine junge, sehr hübsche Freundin aus Bulgarien.

Alle Menschen wollen glücklich sein. Aber ich sehe viel, sehr viel Elend im Kleinbasel. Ich mache Hausbesuche bei meinen Wählern. Ich bin für meine Wähler da. Meine Wähler leben oftmals als Messi oder mit Drogen. Sie haben oft die Hoffnung an die Zukunft aufgegeben. Da sie ganz unten sind, haben sie auch keinen Sex-Partner und die meisten haben auch keine Kinder. Sie sind abgestürzt und leben von Sozialamt oder IV. Seit vielen Jahren sage ich mir immer: „Eric, so will ich niemals enden. Ich kämpfe gegen den Abstieg.“ Selbst als Grossrat komme ich nicht mehr ganz mit. Es gibt ein Beratungs-Dschungel. Daher bitte ich die Regierung mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Wenn jemand in seelischer Not ist, wo kann er Hilfe bekommen?
2. Wo gibt es die Hilfe kostenfrei und ohne Krankenkasse?
3. Wo gibt es die Hilfe mit Krankenkasse?
4. Kann der Kanton BS ein Sorgen-Telefon einrichten?
5. Jedes Jahr liegt das Weihnachts Buch im Rathaus Hof auf. Darin können die Leute ihre Sorgen und Nöte schreiben. Warum wird aber das Weihnachts-Buch nicht ausgewertet?
6. Ich schreibe in jedes Weihnachts Buch hinein: Eric Weber for President. Und ich freue mich daran. Wird das Weihnachts Buch auch weiterhin aufgelegt, trotz Corona? Denn so ein Buch kann eine Seuchen-Schleuder sein, weil es von Tausenden von Menschen angefasst wird.

Eric Weber

34. Schriftliche Anfrage betreffend welche Journalisten wurden nach Basel eingeladen

21.5162.01

Ich nahm im Jahr 2011 auch an diesem Programm teil. Ich war als Journalist in Basel und wohnte im Hotel. Ich bekam alles bezahlt, wie Hotel und Essen. Ich machte Reportage über Hilton Hotel und die Stadt. Für Freie Presse Chemnitz und für Sächsische Zeitung Dresden. www.ericweber.net

In Basel gab es in den letzten Monaten viel zu reden, dass die Regierung viele Medienstellen hat und viele Schreiberlinge. Besser sind aber die Journalisten die von Aussen kommen und dann über Basel schreiben. Daher bitte ich die Regierung um eine Übersicht, welche Journalisten in den letzten fünf Jahren eingeladen wurden.

Unter den Journalisten befinden sich leider viele sogenannte „Schwarze Schafe“ die nur kostenfrei reisen wollen und nichts dazu schreiben.

1. Wie viele Journalisten und Medien Leute wurden in den letzten fünf Jahren nach Basel eingeladen? Ich bitte um eine Übersicht. Merci.
2. In welchen Hotels haben diese Journalisten gewohnt?
3. Wie hoch waren die Gesamtausgaben?
4. Es wurden ja auch die Reisekosten bezahlt, wie hoch war die An- und Abreise?

Ich betone nochmals, solche Aktionen sind sehr gut und wichtig für unsere Stadt. Erst Recht jetzt, da der FC Basel für rund 100 Jahre nicht mehr in Champions League spielen wird. Früher kannte man Basel weltweit wegen dem Fussball und der Basel World. Aber das ist nun vorbei. Basel muss noch mehr Journalisten einladen.

Eric Weber

35. Schriftliche Anfrage betreffend Basel als Eisenbahnknotenpunkt Europas

21.5163.01

Früher gab es einen Kurswagen von Basel SBB bis Moskau. Als dieser Kurswagen vor ein paar Jahren das letzte Mal fuhr, gab es einen grossen Zeitungsbericht darüber.

Basel hat drei Bahnhöfe aus drei Ländern. Das ist weltweit einmalig. Basel ist Eisenbahnknotenpunkt. Aber es gibt immer weniger Nachtzüge. Es stellen sich Fragen über Fragen, wenn man ein Zugfan wie Grossrat Eric Weber ist.

Ich will kein Auto. Ich bin Öko. Ich will nur Eisenbahn. Ich bin ein Grüner.

Das Deutsche Bundesverkehrsministerium koordiniert die Planungen für die Einführung eines Deutschland-Taktes, mit dessen schrittweiser Umsetzung bis zum Jahr 2030 die Fahrgastzahlen bei der Bahn im Fernverkehr verdoppelt werden sollen.

30 Jahre lang verband der „Trans Europ Express“ (TEE) westeuropäische Metropolen miteinander, bevor er 1987 eingestellt wurde. Dazu zählte auch die Metropole Basel genau so wie Frankfurt oder Hamburg.

Nun präsentierte der Deutsche Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) ein Konzept, um den TEE wieder aufleben zu lassen: Mit einer Kombination aus Hochgeschwindigkeits- und Nachtzügen will der Minister zunächst solche transeuropäischen Strecken anbieten, für die keine grösseren Infrastrukturmassnahmen notwendig sind. Dazu gehören etwas durchgehende Verbindungen zwischen Amsterdam und Rom, Paris und Warschau oder Berlin und Barcelona. Mit Fahrzeiten von rund 13 Stunden sollen diese Städte untereinander erreichbar sein.

1. Wann war das nochmals, als der letzte Kurswagen von Basel nach Moskau fuhr?
2. Seit wann gab es diesen direkten Zug Basel – Moskau?
3. Stimmt es, dass in diesem Zug viele Spione mitfahren?
4. Wird der Basler Badische Bahnhof und evt. auch Basel SBB zum neuen Deutschland-Takt dazu gehören? Wie sehen die Verhandlungen konkret aus?
5. Wenn in Basel dazu keine Informationen vorliegen, kann sich da bitte der Kanton BS mit den zuständigen Stellen in Deutschland in Verbindung stellen, nicht dass unser schönes Basel von der Eisenbahn in Europa abgehängt wird. Es tut schon weh, dass der FC Basel nie mehr in der Champions League spielen wird.
6. Wird der geplante Zug von Amsterdam nach Rom über Basel fahren?
7. Welche Angaben sind in Basel bekannt, für die Pläne des Deutschen Verkehrsministeriums in Berlin?
8. Ich habe einfach Angst, dass Basel regelrecht abgehängt wird und dass die Streckenführung über Frankreich oder über Stuttgart – Zürich geht? Dann schaut Basel ins blaue oder wie man dem sagt und hat das grosse Nachsehen und wird für 1000 Jahre abgehängt sein von der Europäischen Eisenbahn.

Eric Weber

36. Schriftliche Anfrage betreffend unerwünschter Verlagerungseffekte von der IV zur Sozialhilfe

21.5174.01

Seit Jahren besteht der Vorwurf, dass durch die restriktive Renten-Praxis der Invalidenversicherung eine Verschiebung zur Sozialhilfe stattfindet und sich die IV auf Kosten der Sozialhilfe saniert. Dieser Verdacht ist nun mittels einer Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass) im Auftrag des BSV belegt worden. Es ist eine Tatsache, dass die seit 2004 umgesetzten Reformen zu einer Verschiebung zur Sozialhilfe geführt haben. Ab 2013 kam es aufgrund systematischer Überprüfungen zu etlichen Rentenstreichungen mit dem Ziel einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Es ist aber unwahrscheinlich, dass die Integration in den Arbeitsmarkt bei einer Mehrheit der Betroffenen gelungen ist oder gelingen wird.

Der Anteil an Personen, welche zwei Jahre nach der Rentenaufhebung auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist deutlich angestiegen. Die aktuelle wirtschaftliche Lage und die Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Arbeitsplätze, werden die Integration von Menschen mit Sozialhilfe, ehemaligen IV-Rentenbezüger*innen sowie Personen in IV-Eingliederungshilfen weiter deutlich erschweren.

Dieser Verlagerungseffekt hat direkte Auswirkungen auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe. Zudem schätzt die SKOS, dass bis ins Jahr 2022 etwa 55'000 – 72'000 weitere Personen Sozialhilfe in Anspruch nehmen werden. Es werden mehr Menschen ausgesteuert und die Zahl von erwerbslosen Selbständigen wird zunehmen. Die Kosten der Sozialhilfe werden aufgrund struktureller Gründe in den kommenden Jahren ansteigen. Eine zusätzliche Belastung der Sozialhilfe durch vermeidbare Verlagerungseffekte aus anderen Sozialversicherungen sollte daher vermieden werden.

Deshalb bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie hoch war die Anzahl der aufgehobenen IV-Renten im Kanton Basel-Stadt in der Zeit von 2016 – 2020?
- Welche medizinischen Diagnosen waren davon mehrheitlich betroffen?
- Wie hoch ist die Anzahl der Personen, die nach Aufhebung der IV-Renten in dieser Zeit von der Sozialhilfe Basel Zeit unterstützt wurden?
- Wie hoch ist die Anzahl der Personen, die nach Aufhebung der IV-Renten in dieser Zeit durch IV-Eingliederungshilfen eine Arbeitsstelle im ersten Arbeitsmarkt gefunden haben?
- Wie viele Personen konnten in der Zeit von 2016 – 2020 aufgrund einer IV-Rente bzw. IV-Eingliederungshilfen von der Sozialhilfe abgelöst werden?
- Welche Zugänge zu Eingliederungshilfen der IV bzw. zu Arbeitsmarktmassnahmen der ALV bestehen für Sozialhilfe-Bezüger*innen in Basel-Stadt?
- Teilt der Regierungsrat die Forderung nach einem Moratorium gegen die Aufhebung von IV-Renten, für die kommenden vier Jahre, wenn keine längerfristige und nachhaltige Eingliederung in den Arbeitsmarkt möglich

ist? Falls dem nicht so wäre – aus welchen Gründen?

Oliver Bolliger

37. Schriftliche Anfrage betreffend Saarländischer Rundfunk in Basel

21.5164.01

Der Saarländische Rundfunk hat im Spätsommer 2020 in Basel während einer Woche gedreht und hat kostenfrei im Hotel Basel in Basel übernachtet. Eingeladen wieder einmal von Basel Tourismus. Die Fernseh-Leute haben auch kostenfreies Abendessen in Basel erhalten. Ich habe auch im Hotel Basel gewohnt. Es ist wie mein zu Hause. Und ich spielte Tourist in der eigenen Stadt.

1. Wann wird der Reise-Film über Basel ausgestrahlt?
 2. Wie hoch waren die Kosten, die Basel für den Saarländischen Rundfunk bezahlt hat?
 3. Wie bahnen sich solche Geschäfte an? Geht Basel auf die Medien zu oder gehen die Medien auf Basel zu?
- Eric Weber

38. Schriftliche Anfrage betreffend welche Kantine kann man als Grossrat nutzen?

21.5166.01

Staatsangestellte können im Kanton Basel Kantinen benutzen.

1. Welche Kantinen gibt es in Basel? Ich bitte um eine Übersicht.
2. Da Grossräte auch vom Kanton sind, welche Kantinen dürfen die Grossräte auch benutzen?
3. Bekommen dann die Grossräte das Essen auch billiger?

Eric Weber

39. Schriftliche Anfrage betreffend sind Grossräte Staatsangestellte?

21.5167.01

Die Grossräte bekommen ihren Lohn vom Kanton BS. Sind Grossräte daher auch Staatsangestellte?

Eric Weber

40. Schriftliche Anfrage betreffend Hilfe für Handy-Teenager

21.5168.01

Auch ich bin seit Oktober 2020 Handy Teenager und ich hänge nur noch am Handy rum. Das ist eine Gefahr für die Gesundheit und einfach nicht gut. Ich habe erst seit der Grossrats-Wahl ein neues Handy und habe nun ganz neu Whats App und ich habe schon 10 Whats App Kontakte.

1. Wohin können sich Handy-Teenager aber auch Erwachsene hinwenden, wenn sie nur noch mit dem Handy rumhängen?
2. Ich möchte die anderen Grossräte auf meinem Handy blockieren. Wie kann ich das machen?

Eric Weber

41. Schriftliche Anfrage betreffend Einblick in die Polizei-Arbeit

21.5169.01

Grossräte haben seit 100 Jahren das Recht, bei der Polizei Basel mit auf Streife zu gehen. Man kann dazu immer in der Zeitung lesen.

1. Wo muss man sich da melden, wenn man dieses Angebot auch einmal nutzen will?
2. Warum darf Grossrat Eric Weber an diesem Angebot bis heute nicht teilnehmen, obwohl seit 1984, mit kurzen Unterbrechungen, Dauer-Grossrat in Basel und das wohl noch bis 2053 sein wird.

Eric Weber

42. Schriftliche Anfrage betreffend Schlüsselübergabe im Präsidentenpalast

21.5114.01

Basel hat mit Herrn Jans einen neuen Präsidenten. Der Schlüssel geht von Frau Ackermann an Herrn Jans über. Es findet eine Amtsübergabe statt, für die sich die Bevölkerung interessiert.

1. Wann ist die Schlüsselübergabe von Frau Ackermann zu Herrn Jans?

2. Wann ist der letzte Arbeitstag von Frau Ackermann?
 3. Wann ist der erste Arbeitstag von Herrn Jans?
 4. Bevor ein Regierungspräsident in Basel sein Amt antritt, wird er dazu von Mitarbeitern der Staatskanzlei im Vorfeld vom Amtsantritt geschult?
 5. Wird Herr Jans schon im Dezember 2020 oder im Januar 2021 in der Staatskanzlei oder im Präsidi-
aldepartement anwesend sein? Falls ja, bekommt Herr Jans für diese Zeit schon einen Lohn?
- Eric Weber

43. Schriftliche Anfrage betreffend wie man als Grossrat total in Stich gelassen wird

21.5115.01

Ich finde es nicht schön, wie ich als abgewählter Grossrat total in Stich gelassen werde. Wie mir Frau Staatsschreiberin schreibt, darf ich keine Verabschiedungs-Party im Rathaus geben. Mein Kollege Urs Müller durfte es.

Als abgewählter Grossrat musste ich mich nun beim RAV melden.

1. Hat die Regierung ein Hilfsprogramm für abgewählte Grossräte?
2. Können abgewählte Grossräte, wie Nationalräte, bitte ein Übergangsgeld von der Regierung bekommen?
3. Kann man Grossrat Eric Weber bitte einen Job, gerne auch eine Hilfstätigkeit, anbieten?
4. Warum darf Eric Weber keine Abschieds-Party im Rathaus geben? Warum genehmigt das nicht Frau Staatsschreiberin?

Eric Weber

44. Schriftliche Anfrage betreffend Grenzgänger in Basel - wieviele sind es?

21.5117.01

In Basel kommen viele Grenzgänger jeden Tag an.

1. Wieviele Grenzgänger kommen aus Frankreich?
2. Wieviele Grenzgänger kommen aus Deutschland?
3. Es gibt sogar Grenzgänger, die kommen mit dem Flugzeug: Aus welchen Ländern gibt es sonst noch Grenzgänger in Basel?

Eric Weber

45. Schriftliche Anfrage betreffend Schreibfehler auf allen Wahlcouverts

21.5118.01

Auf dem Wahlcouvert steht hinten drauf: "Es muss bis am Wahl-/Abstimmungssamstag, 12 Uhr, bei der zuständigen Stelle eingetroffen sein. Später eingehende Wahl-/Stimmzettel werden nicht mehr berücksichtigt."

Richtig müsste es so stehen: "Später eingehende Wahl-/Stimmzettel werden nicht berücksichtigt." Das Wort mehr muss gestrichen werden, sage ich als Journalist, der bei der grössten Zeitung Europas, bei Bild in Chemnitz und Magdeburg, fest eingestellt war.

Denn das Wort mehr sagt, dass früher auch später eintreffende Couverts gezählt wurden. Jetzt aber nicht mehr. Das Wort mehr ist unklar und verwirrt.

1. Ist die Regierung bereit, das Wort "mehr" aus diesem Satz zu streichen?
2. Wenn nein, ist meine Argumentation als Journalist denn nicht plausibel?

Eric Weber

46. Schriftliche Anfrage betreffend offene WC-Fenster beim RAV, die Männer-diskriminierend sind

21.5118.01

Beim RAV in Basel an der Hochstrasse 37 ist z.B. im Erdgeschoss ein WC. Ich war auf diesem WC. In einem 90 Grad-Winkel zu den offenen Fenstern stehen die Pissoirs. Wenn man dort steht, kann von der gegenüberliegenden Seite Einblick in die WC-Geschäfte genommen werden. Gegenüber dem RAV auf der anderen Seite, über die Bahnleise hinweg, ist z.B. die Sympany.

Diese WC-Anlage ist eine Diskriminierung für Männer. Man stelle sich einmal vor, es würde sich um ein Frauen-WC handeln. Dann wäre es niemals so.

Es gibt Leute, die beobachten mit Feldstechern von der Seite gegenüber dieses Männer-WC. Daher sollten dort die offenen Scheiben zugemacht werden oder mit einem Vorhang bedeckt werden. Ist die Regierung bereit, diese WC-

Anlage zu verbessern?

Eric Weber

47. Schriftliche Anfrage betreffend wurden zwei Mitarbeiter entlassen, weil Eric Weber als Grossrat abgewählt wurde?

21.5121.01

In der BZ Basel stand, dass beim Kanton nun zwei Mitarbeiter weniger beschäftigt werden, da Eric Weber abgewählt wurde. Es würden durch die Abwahl von Grossrat Eric Weber viel viel weniger Fragen an die Regierung gestellt.

Ich stelle fest, dass durch meine Abwahl, die Regierung rund 60% weniger Anfragen beantworten muss, da meine Anfragen wegfallen. Ich war sehr sehr traurig, dass ich nicht mehr Grossrat war. Aber ich habe mir fest zugesagt, dass ich nicht vom Turm springen darf.

1. Ist es richtig, dass der Kanton nun zwei Mitarbeiter weniger hat, als Eric Weber nicht mehr Grossrat war?
2. Sollten keine Mitarbeiter entlassen werden, was machen dann die Mitarbeiter neu, die bisher die Antworten auf die Anfragen von Eric Weber geschrieben haben?
3. Als Journalist und Grossrat hat Eric Weber immer viele Fragen. Das bringt schon der Beruf so mit sich. Ein Journalist der keine Fragen stellt, ist kein guter Journalist. Eric Weber hat aber auch weiterhin Fragen an die Regierung. Wo und bei wem bei der Regierung kann Eric Weber die Fragen an die Regierung abgeben?

Eric Weber

48. Schriftliche Anfrage betreffend Helikopter Landeplätze

21.5209.01

Bis heute fasziniert mich, wie der Staatspräsident von Rumänien im Dezember 1989 mit dem Helikopter geflohen ist. Aber er kam nicht weit, scheinbar hatte der Helikopter zu wenig Benzin. Und dann wurde er im Schnellverfahren hingerichtet.

Auch die Basler Regierung ist im Notfall auf Helikopter angewiesen. Da ich mich für unseren wunderschönen Kanton interessiere, schau ich mir gerne immer alles an. Kürzlich durfte ich mit Sonderführung den Helikopter Landeplatz vom Kantons Spital Basel sehen. Von einem Drohnen Film über Basel sah ich kürzlich, es gibt auch auf dem Messeturm Hotel Mustermesse einen Landeplatz Helikopter.

Vasella, Chef von Novartis, kam täglich von Zug nach Basel mit dem Helikopter und landete im Firmengelände.

1. Ich bitte die Regierung um eine Übersicht. Wo gibt es überall Helikopter Landeplätze in Basel? Bitte auch solche von Firmen wie Novartis aufführen. Danke.
2. Nimmt die Basler Regierung auch Helikopter in Anspruch? Wenn ja, für welche Flüge?
3. Steht der Basler Regierung ein Helikopter zur täglichen Verfügung?
4. Sollte die Basler Regierung oder einzelne Regierungsräte fliehen müssen, kann sich die Regierung vorstellen, dies auch mit dem Helikopter zu tun, wie der Staatspräsident von Rumänien?

Eric Weber

49. Schriftliche Anfrage betreffend offene Grenzen

21.5210.01

Ich lese immer in den Zeitungen BaZ und BZ Basel und 20 Minuten, dass die Kantone, so auch Basel, die Grenzen offenhalten wollen. Bei Corona. Aber die Kantone haben dazu nichts zu sagen. Das macht der Bund, die Schweiz. Dann steht, die Kantone sprechen mit dem Nachbarbundesland BW. Aber auch ein Deutsches Bundesland kann allein gar nicht bestimmen, ob die Grenze offenbleibt. Das bestimmt in Deutschland Frau Merkel. Das gleiche mit den Regionen in Frankreich. Auch in Frankreich bestimmt der Präsident, ob die Grenzen offenbleiben oder nicht.

1. Kann Basel allein bestimmen, ob die Grenzen offenbleiben?
2. Ist sich die Regierung bewusst, dass die Basler Regierung das allein nicht bestimmen kann, da es eine Angelegenheit vom Bund, der Schweizer Regierung ist?
3. Warum lese ich dann ständig in der Zeitung, der Kanton BS hat Abmachung mit den Nachbar-Regionen in Deutschland und Frankreich getroffen, für offene Grenzen. Das ist doch nur ein Sturm im Wasserglas und auch die Franzosen und die Deutschen, die an der Grenze zu Basel sind, haben diesbezüglich nichts zu sagen, da es Berlin und Paris bestimmt wird. Oder sehe ich hier was falsch und habe es nicht verstanden? Ich war im Gymnasium und im KV der beste in Staatskunde.

Eric Weber

50. Schriftliche Anfrage betreffend Kanton stellt sich schützend vor Mitarbeiter

21.5211.01

Körperliche und verbale Gewalt gegen Mitarbeiter von Behörden und Ämtern ist keine Seltenheit mehr. Kantonsmitarbeiter werden beschimpft, sei dies zu recht oder zu unrecht.

1. Kann der Kanton ein Schutzprogramm für seine eigenen Mitarbeiter lancieren?
2. Wie können die Mitarbeiter besser vor Gewalt und Angriffen geschützt werden?
3. Gibt es Schulungen zur Gewaltprävention?
4. Kann ein Leitfaden zum Umgang mit Gewaltvorfällen erstellt werden?
5. Kann der Leitfaden bitte auch an die Grossräte ausgehändigt werden?

Eric Weber

51. Schriftliche Anfrage betreffend Autofreie Tage

21.5212.01

Als ich Kind war, es war der Renner in Basel. Autofreie Tage. Man konnte auf der Autobahn spazieren. Die Stadt war da für uns Fussgänger. In Basel höre ich von fast allen Parteien, ausser von der VA, wie wichtig es sei, eine gute Klima Bilanz zu haben. Folgende Fragen in diesem Zusammenhang:

1. Kann sich die Regierung vorstellen, dass wir wieder, wie in meiner Kindheit, Autofreie Tage haben werden?
2. Ich ärgere mich jeden Tag, dass in beiden Roche Hochhäusern Tag und Nacht das Licht brennt. Kann die Basler Regierung an Roche bitte einmal schreiben und sagen, bitte die Lichter löschen? Denn dort wird pro Tag Licht verschwendet, was 150 Einfamilienhäuser in einem Jahr verbrauchen. Man rechne nur einmal.

Eric Weber

52. Schriftliche Anfrage betreffend Verbotene Aktion der Grünen Basel-Stadt

21.5213.01

In der Zeitung der Grünen (Grünwärts, Infobulletin Grüne Baselland und Basel- Stadt) steht in Ausgabe 23, November 2020, Seite 9:

„Der Bahnhofplatz wurde mit einem grossen, grünen Kreide-Herz verschönert und diverse weitere Aktionen wurden in den Quartieren durchgeführt.“

Weiter wurden Plakate aufgehängt von den Grünen, im Kreuzungsbereich. Bei den Langen Erlen. Darauf zu sehen war eine hübsche Frau. Die Autofahrer waren daher abgelenkt und ein paar mutige Basler haben die Plakate abgenommen.

1. Ist es erlaubt, auf öffentlichem Grund ein ganz grosses Kreide-Herz aufzuzeichnen?
2. Wenn ja, dann können alle Parteien auf öffentlichem Grund Ihre Wahlwerbung aufmalen und die VA darf schreiben „Ausländer raus“? Und dies auch direkt vor dem Bahnhof SBB.
3. Darf man seine privaten Wahl-Plakate einfach so in der Stadt aufhängen und dazu noch an einer vielbefahrenen Kreuzung?

Eric Weber

53. Schriftliche Anfrage betreffend Wahl-Couvert im Müll

21.5214.01

Viele Wähler werfen das Wahlcouvert in den Müll und merken dann, sie wollen doch Eric Weber wählen. Es sind auch Leute dabei, die nicht mehr gehen können. Das Wahlbüro sagt aber, man muss persönlich vorbeikommen. Früher wurde solchen Leuten ein Brief mit einer Vollmacht zugeschickt und das Wahlcouvert kam nochmals.

1. Warum werden die Wähler von Eric Weber schikaniert und warum bekam Frau X. obwohl sie nicht mehr gehen kann, keinen Wahlumschlag?
2. Wie wird prinzipiell verfahren mit Leuten, die nicht vorbeikommen können, wenn das Couvert verloren ist? Weil sie nicht mehr gehen können! Hier findet eine Ungleichbehandlung zum Nachteil von Grossrat und Präsident Eric Weber statt.

Eric Weber

54. Schriftliche Anfrage betreffend Massnahmen bei hohen Schadstoff-Belastungen

21.5223.01

Bisher wurde im Zusammenhang von Luftqualität und Corona-Pandemie oft über die positiven Auswirkungen aufgrund von weniger Verkehrsaufkommen während der ersten Welle berichtet. Ende letzten Jahres wurde aber beispielsweise eine Studie (<https://link.springer.com/article/10.1007/s41748-020-00184-4>) publiziert, welche die

Zusammenhänge zwischen Feinstaub und Corona-Erkrankungen und deren Verläufe untersuchte. Die Studie postuliert, dass erhöhte Feinstaub-Konzentrationen (PM_{2.5}) ein Treiber von Covid-19-Erkrankungen sein können und dass sie zudem die Sterblichkeit erhöhen können. Deshalb wird die Empfehlung ausgesprochen, die Luftqualität auch in diesem Hinblick im Auge zu haben. Neben verschiedenen in der Studie genannten meteorologischen Faktoren ist die Luftqualität auch von der Emission durch Verbrennungsmotoren, Heizungen oder Industrieanlagen abhängig.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat diese oder ähnliche Studien im Zusammenhang von Luftqualität und dem Risiko von Ansteckungen mit Covid-19 oder anderen Atemwegserkrankungen bekannt?
2. Beobachtet der Regierungsrat in diesem Hinblick spezielle Wetterlagen oder menschliche Emissionsquellen, welche erhöhte Konzentrationen von Feinstaub zur Folge haben können?
3. Sind bei solchen Wetterlagen Massnahmen geplant, welche über den bisher im Luftreinhalteplan festgehaltenen Massnahmen hinausgehen?
4. Wie schätzt der Regierungsrat den Zusammenhang von Luftqualität bzw. Schadstoffen (PM₁₀, NO_x) und einem erhöhten Risiko von Covid-19-Ansteckungen ein?
5. Welche Massnahmen könnte der Kanton Basel-Stadt ergreifen, um an Orten mit erhöhter Luftbelastung zum Schutz der Bevölkerung die Schadstoffbelastung zu senken?
 1. Zusätzliche Messungen entlang viel befahrener Strassen?
 2. Temporäre Senkung des Geschwindigkeitslimits?
 3. Temporäre Schliessung stark belasteter Verkehrswege?
6. Ist der Regierungsrat bereit im Sinne der Gesundheitsvorsorge bei der Anwendung von Massnahmen, die tatsächliche, aktuelle Luftbelastung als Referenz zu verwenden und nicht ein Durchschnittswert?
7. Wie werden besonders von den entsprechenden Schadstoffen betroffene Berufsgruppen wie zum Beispiel Verkehrsleitungspersonal entsprechend geschützt?

Oliver Thommen

55. Schriftliche Anfrage betreffend Fundgegenstände gehören ins Fundbüro

21.5226.01

Im Kanton Basel-Stadt können Fundgegenstände im Fundbüro (Bereich Bevölkerungs-dienste und Migration) im Spiegelhof oder bei allen Polizeiposten/-wachen abgegeben werden. In der kantonalen Fundsachenverordnung § 6 Abs. 1 steht jedoch: „Haus- und Anstaltsfunde werden weder vom Bereich Bevölkerungsdienste und Migration noch von der Kantonspolizei entgegengenommen.“

Verliert oder vergisst eine Person einen Gegenstand nicht auf Allmend, sondern in einem Restaurant, Verkaufsladen, öffentlichen Gebäude oder auch z.B. im Treppenhaus einer Wohnliegenschaft, so muss der Hausherr der Liegenschaft versuchen, den/die Besitzer/in ausfindig zu machen und allenfalls den Gegenstand während fünf Jahren aufbewahren. Dies ist auch im ZGB Art. 720 Abs. 3 und ZGB Art. 722 so geregelt. Diese Vorschrift ist für Gewerbetreibende und Hauswart/innen mit einem grossen administrativen Aufwand verbunden und beansprucht auch Lagerplatz.

Personen, die einen Gegenstand verlieren, wissen oft nicht wo dies war. Sie müssen bei Verkaufsläden, Restaurants, Freizeiteinrichtungen, Sportanlagen, wo sie sich aufhielten, allenfalls bei den Betreibern von öffentlichen Verkehrsmitteln sowie beim Fundbüro im Spiegelhof nachfragen, ob ihr verlorener Gegenstand abgegeben wurde.

Der Unterzeichnende schlägt vor, dass Haus- und Anstaltsfunde innert 3 – 5 Tagen beim Fundbüro abgegeben werden dürfen und müssen. Dies wäre einerseits eine Erleichterung für alle Gewerbetreibenden und Hauswart/innen, andererseits wäre es für Personen, die einen Gegenstand verloren haben, einiges einfacher, diesen zurück zu erhalten. Bestimmt würde so die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Fundgegenstände zu ihrem/r Besitzer/in zurückfinden.

Der Unterzeichnende bittet den Regierungsrat, folgende Fragen zu prüfen und darüber zu berichten:

- Ist der Regierungsrat bereit, die Fundsachenverordnung dahingehend zu ändern, dass Haus- und Anstaltsfunde nach einer bestimmten Zeit dem Fundbüro übergeben werden dürfen und müssen?
- Falls ja: In welcher Frist (z.B. innert 3 - 5 Tagen) sollen Haus- und Anstaltsfunde dem Fundbüro übergeben werden?
- Ist eine solche Änderung der Fundsachenverordnung möglich, ohne den Bestimmungen des ZGB zu widersprechen?
- Falls nein, wäre der Regierungsrat bereit, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Änderung des ZGB einzusetzen?

Christoph Hochuli

**56. Schriftliche Anfrage betreffend Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen
– Umsetzung Massnahme des Luftreinhalteplans 2016**

21.5227.01

Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass Dieselmotoren in grossem Masse für Feinstaubemissionen sorgen, gerade auch bei Schiffen, und dass der Umweltschutz in der Schifffahrt schwieriger zu erreichen ist als auf dem Land, weshalb es, obwohl sich die Branche sehr um Umweltschutz bemüht, hier besonders wichtig ist, jede unnötige Schadstoffquelle zu beseitigen.

Eine Möglichkeit, diese Emissionen zumindest im Hafengebiet zu verringern, sind Landstrom-Anlagen (Landanschlüsse) an den Anlegestellen.

Bei den Schiffsanlegestellen im St. Johann gibt es sie schon lange, in vielen Häfen entlang des Rheins (Bsp. Düsseldorf, Duisburg, Köln) und auch bei der Schifffahrt auf den Schweizer Seen sind sie eine Selbstverständlichkeit. In diesen Häfen können die Schiffsführer mittels App die Stromkosten ohne administrativen Aufwand abrechnen.

Im Basler Rheinhafen existieren jedoch keine solchen Möglichkeiten, deshalb sind dort die Schiffe noch immer gezwungen für die alltägliche Stromgewinnung die Dieselmotoren laufen zu lassen, was zu erheblichen Umwelt-, Luft- und Lärmbelastungen führt.

Die Schiffe sind bereits für solche Anschlüsse ausgerüstet und verfügen über die nötige Technik an Bord. Sobald diese Landanschlüsse installiert sind können die Schiffe auch dazu verpflichtet werden, den Strom auf diese Weise zu beziehen.

Das Hafengebiet gehört zu unserer Stadt und liegt nahe an stark von Verkehr belasteten Wohngebieten mit schlechter Luftqualität. Jede Massnahme, die zur Verbesserung der Situation beiträgt – auch im Sinne von „global denken, lokal handeln“ ist deshalb begrüssenswert.

Im Luftreinhalteplan 2016 ist die „Landseitige Elektrifizierung der Liegeplätze“ als neue Massnahme (S1) aufgeführt. Vor diesem Hintergrund interessiert der Stand der Planung und der Zeitrahmen für die Umsetzung.

Aus diesen Gründen bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- warum braucht es so lange, bis eine Massnahme des Luftreinhalteplans 2016 umgesetzt wird?
- wie ist der Stand der Planung bei der Bereitstellung von Landanschlüssen für die Rheinschiffe?
- wann ist mit der Ausschreibung der Arbeiten zu rechnen?
- wann werden die Landanschlüsse für die Rheinschiffe bereit stehen?
- welches Zahlssystem für die Stromabrechnung ist geplant?
- ist für die Schiffe eine Verpflichtung zum Strombezug an Land geplant, sobald die Anlagen in genügender Menge und Qualität bereit stehen?

Heidi Mück